

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Freie Prämienanbehangen:
Wochenschrift 2,50 Mk. monatlich, 1,10 Mk.
wöchentlich 20 Bfg. frei ins Haus.

Vorwärts

Die Insertions-Gebühr

beträgt für die hochgehaltene Kolonnen-
zeile oder deren Raum 20 Bfg. für
politische und gesellschaftliche Berichte
und Sammlungs-Anzeigen 10 Bfg.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Dienstag, den 7. Januar 1908.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Lehrer und Pfarrer.

Die „Pädagogische Zeitung“ eröffnet ihren neuen Jahr-
gang mit einem Klagegedicht über die Rückständigkeit der
preussischen Schulaufsicht. Leider fehlen in diesem
Klagegedicht alle schärferen Akzente. Statt drohend mit den
alten verrosteten Ketten zu rasseln und warnend anzukünden,

Der Trost ist ebenso billig wie trügerisch. Das „Ganze“
wird, wenn im bisherigen Fahrwasser weiter gefegelt wird,
den Einzelnen gemächlich hinfinken lassen, der Einzelne aber
wird verbluten. Vorwärts kommt das Ganze auf diese Weise
jedoch nicht, sondern nur durch den rücksichtslosen, entschiedenen,

Rit dieser Methode haben die bremischen Volksschullehrer
unter Führung Holzmeiers und Sannemanns im vorigen
Jahre ihren Kampf gegen einen pfäffischen Schulbureaukraten
glänzend gewonnen. Als Holzmeier wegen seiner Agitation
gegen den Schulinspektor gemahnt und auf halben Sold
gestellt worden war, verloren weder er noch die Kollegenschaft
den Halt. Holzmeier kämpfte trotz seiner Maßregelung mit
unverminderter Energie weiter, und seinen aufsehenerregenden
Vorstoß auf der Ränkener Lehrerversammlung zugunsten der
religiösen Schule unternahm er bereits als Bezeichner, mit dem
Damoskesschwert der Dienstentlassung über sich. Und seine
Kollegen sorgten dafür, daß ihm auch während der ein-
jährigen Suspension finanziell nichts abging. Die Folge
dieses tapferen Auftretens und Aushaltens war der glänzende
Sieg, den Holzmeier und seine mitangefallenen Kollegen vor
der bremischen Disziplinarkammer erritten: der orthodoxe
Schulinspektor mußte gehen, und an seiner Stelle steht jetzt
ein jüngerer bremischer Akademiker liberalen Schlags, ein
ehemaliger Volksschullehrer, der mit Holzmeier gemeinsam das
bremische Volksschullehrerseminar besucht hat. Holzmeier aber
ist wieder mit vollen Rechten in das ihm über ein Jahr vor-
enthaltene Schulamt eingerückt.

Die preussischen Volksschullehrer hätten jetzt Gelegenheit,
einen ähnlichen Beweis von Solidarität und Tapferkeit zu
liefern. Im vorigen Jahre war mehrfach von einem Lehrer
H. D. Leipacher die Rede, der in einem entlegenen ost-
preussischen Neste einen erbitterten Kampf mit seinem pfar-
herrlichen Disziplinarinspektor und mit den weiteren „vor-
gefeierten“ Regierungsbehörden führte. Der ungleiche Kampf
hat damit geendet, daß der unbequeme Schulmeister nach
einem rasch durchgeführten Disziplinarverfahren kurzerhand
aus dem Amte gejagt worden ist. In Preußen macht man
das so. Hier wird die Regierung von keinerlei liberalen Be-
denken gehindert, hier hat sie keinerlei liberale Traditionen
zu wahren, hier hat sie höchstens zu zeigen, daß sie auch in
der Zeit der liberalen Blodgenossenschaft genau so reaktionär
handelt, wie sie das von jeher gewohnt gewesen ist. Und hier
in Preußen gibt es auch keine Lehrerschaft, die einen gegen
den einzelnen gerichteten Schlag sofort als gegen das Ganze
gerichtet betrachtet und abwehrt, die leidenschaftlich aufbegehrt
und mit eindringlicher Geschlossenheit sich hinter den
einzelnen stellt.

Es ist nicht nötig, den Kampf Leipachers, wie er ihn im
einzelnen in einer soeben erschienenen Broschüre (Unwürdig
zum Volksschullehrer. Mein Kampf um Geist, Gewissen und
Lehrfreiheit im „weltlichen“ Kulturstaat“ Preußen 1907.
Frankfurt a. M. 1908) darstellt, hier an dieser Stelle zu
schildern. Leipacher ist einer von den vielen Lehrern, die den
unüberbrückbaren Gegensatz zwischen der ihnen einst ein-
geträchteten fauligen Seminarweisheit und der wirklichen,
lebendigen und frischen Wissenschaft, besonders auf
religionsgeschichtlichem und naturwissenschaftlichem Ge-
biete, erkannt haben, und die dadurch in einen
großen und bitteren Zwiespalt zwischen ihren Amtspflichten
und ihrer inneren Überzeugung geraten sind. Während aber
die meisten Lehrer, besonders in Preußen, diesen Zwiespalt
früher oder später mit einer Sünde wider den heiligen Geist
lernten und gegen ihre bessere Überzeugung rein handwerk-
mäßig den Kindern toten Formelkram und überlebte kirchliche
Hirngespinnste einbläuen, gehörte Leipacher zu den ganz
wenigen Lehrern, die frei und offen ihrer inneren Über-
zeugung folgten. Er kennzeichnete die biblischen Wunder im
Sinne des aufgeklärten Nationalismus.

So etwas ist natürlich in Preußen eine unerhörte Greuel-
tat! Wie kann ein Volksschullehrer sich herausnehmen, mit
einfachen deutschen Worten zu sagen, was ist! Wie kann er
die alte bewährte Staatsmaxime aus den Augen verlieren,
daß dem Volke die Religion in ihrer ganzen überlieferten
mysteriösen Dogmatik erhalten bleiben muß, koste es soviel
Vergewaltigung der gesunden Vernunft und der klaren Wissen-
schaft wie es wolle!

Leipacher hatte zudem das Glück, ein besonders aus-
gesuchtes Exemplar von Ortsgelübden als Schulinspektor
über sich zu haben. Dieser Herr — Bierhöf ist sein Name —

ließ gelegentlich einfach die Schulstunden ausfallen, um
während dieser Zeit die Kinder inquisitorisch über ihren Lehrer
auszufragen. Und aus dem Material, das der Bäckere auf
diese Weise sich aus den beeinflussten Kinderausagen zurecht-
schrieb, drehte er dem verhassten Lehrer, der obendrein seiner
pfarrherrlichen Autorität nicht genügend Nebenbrennung erwies,
einen dicken Strich. Als der Lehrer sich weigerte, an einer
Kirchenvisitation teilzunehmen, wobei er sich auf eine falsche
Verfügung aus dem Jahre 1872 berufen konnte, war das
Maß voll. „Die Regierung sagte ganz einfach, ich hätte der
Anordnung des Pastors unbedingt zu gehorchen.“

Da haben wir die schmachvolle Abhängigkeit der Schule von
der Kirche wieder in trasselter Form, eine Abhängigkeit, die
auch aus einer weiteren von Leipacher mitgeteilten Tatsache
hervorgeht: Der „Ostpreussische Volksfreund“, ein im wider-
lich-salabernden Traktatstijl geschriebenes orthodoxes und
junckerlich-reaktionäres Sonntagsblättlein, wird dort in Ost-
preußen durch die Schulen verteilt. Dadurch hat
es das Blatt auf eine Auflageziffer von 80000 bei 20 Bfg.
Wochenschriftspreis gebracht. Leipacher nennt diese Ausnutzung
der Schule als reaktionäres Zeitungsvertriebsinstitut mit Recht
einen Skandal erster Art.

Was werden die preussischen Volksschul-
lehrer zum Falle Leipacher sagen und tun? Die
erste Nummer des neuen Jahrganges der „Pädagogischen
Zeitung“ schweigt sich noch aus. Wir haben aber auch wenig
Hoffnung, daß die nächsten Nummern irgend etwas Erheb-
liches zu dieser wichtigen, für die Unhaltbarkeit der kirchlichen
Schulaufsicht wie für die Abschaffung des Religionsunterrichts
gleich überzeugenden Angelegenheit bringen werden. Wenn
einem organisierten Arbeiter Unrecht geschieht, so steht seine
Gewerkschaft schützend hinter ihm. Wenn ein Lehrproletarier
von der Behörde auf die Straße geworfen wird, so ist er fast
stets hilf- und schutzlos sich selbst überlassen. Denn den
preussischen Volksschullehrern fehlt der lodernde Kampfesjorn
und die opferbereite Solidarität des kämpfenden Proletariats.
Und so lange dieses beides bei ihnen nicht vorhanden ist, so
lange bleibt neben anderen Unwürdigkeiten in der Volksschule
auch die schmachvolle Tatsache bestehen, daß der Klasse und
nicht der Lehrer in der Schule das erste und das letzte Wort
zu sprechen hat.

Sinnlose Schmach.

Die sozialdemokratische Wahlagitator trifft
heute schon auf den verminderten Widerstand der Gegner. Was
noch vor zwei Jahren in weiter Ferne zu liegen schien, ist heute
näher gerückt: Die Erkenntnis der Unausführbarkeit
und Unaufhaltbarkeit der Reform des Dreiklassen-
wahlrechts.

Wie könnte es auch anders sein? Die politische Entredung
des Proletariats war gedacht als das wirksamste Mittel, die Ar-
beiterklasse politisch einflusslos zu erhalten, sie zu einem Anhängel
bürgerlicher Parteien zu machen und ihre Emanzipation auf-
zuhalten. Das Gegenteil ist eingetreten. Gerade der
Kampf gegen die Entredung sammelt, organisiert und
erweckt das Proletariat. Die Tatsache der Entredung ist die
stärkste Aufregung zum Kampf, und das Bestreben, sie zu er-
halten, zeigt dem Proletariat den Abgrund, der zwischen ihm und
den Ruheherren des Privilegs besteht. So treibt die Entredung
selbst das Proletariat zusammen und gibt ihm schließlich die Kraft,
sich sein Recht zu verschaffen gegen die Welt seiner Feinde. Es
ist eine Entwicklung, die in allen Ländern zu beobachten ist, in
denen die Ungleichheit des politischen Rechtes bestand. In
Belgien wie in Oesterreich offenbarte die Ungleichheit des
Rechtes den Klassengegensatz, beförderte die Loslösung der Ar-
beiterklasse vom Bürgertum und die Entwicklung einer un-
abhängigen Arbeiterpartei.

Um das zu begreifen, ist es übrigens gar nicht nötig, auf das
Ausland zu verweisen. Die Geschichte des preussischen
Proletariats selbst bietet ja dafür das beste Beispiel. War
nicht gerade die Aufregung, die im Dreiklassenwahlrecht enthalten
war, die wirksamste Förderung der Agitation
Lassalles? Muhte die politische Vergewaltigung zugunsten
des Besitzes dem Arbeiter nicht immer wieder die Wichtigkeit der
Klassenkampflehre beweisen, die Lassalle in zündenden Worten
verfäulerte, mußte der bornierte Widerstand der liberalen
Bourgeoisie gegen die Forderung Lassalles nach dem allgemeinen,
gleichen Wahlrecht die Loslösung der Arbeiterklasse aus der
liberalen Befolgenschaft nicht außerordentlich beschleunigen?

Und wie damals, so heute. Daß im Reiche das gleiche
Wahlrecht besteht, macht in Preußen das Unrecht noch un-
verständlicher, widersinniger und deshalb noch
empfindlicher! Daß in Süddeutschland dem Arbeiter
sein Recht im Staate geworden ist, wie er es im Reiche längst be-
sitzt, zeigt die Ausrede der Privilegierten, was für das Reich
passe, taugt nicht für den Staat, in ihrer ganzen Absurdität. Da
haben sie gleichsam am Rainufer eine Tafel aufgerichtet, auf der
zu lesen steht: „Arbeiter, wenn Du diesen Fluß übersteigst,
dann wirst Du Dein Recht verlieren!“ Glaubst man wirklich, wir
Sozialdemokraten könnten eine aufreizendere Sprache reden als
diese Inschrift, eine blutigere Satire auf die Wirklichkeit,
als diese Mahnung? Die letzten Jahrzehnte haben überall in
Europa die politische Emanzipation des Proletariats gesehen, seine
politische Gleichberechtigung gebracht, die ihm zum Mittel seiner
sozialen Emanzipation werden soll. Glaubst man in den ent-
wickeltesten kapitalistischen Gebieten, in England und Preußen,
diesem unübersteiglichen Jugg der Zeit halt gebieten zu können?

Töricht wie diese Hoffnung ist, entspringt sie auch einem
völligen Nichtbegreifen der sozialen Entwicklung. Das Wachsen
des Sozialismus ist unabhängig von den zufälligen Formen des
politischen Ueberbaues, so wichtig diese auch für die stetige und
gleichmäßige Entwicklung des Staatslebens sind. Der Despotis-

mus Russlands verhindert nicht das Erwachen des Proletariats zum
Klassenbewußtsein, und die Demokratie Englands oder der Ver-
einigten Staaten ist kein Schutz gegen das rapide Wachsen des
Sozialismus. Denn Sozialismus und proletarisches Interesse sind
identisch, und mit dem Kapitalismus, mögen die politischen Formen,
unter denen er entsteht und lebt, auch sein welche sie wollen, er-
starkt zugleich sein Erbe, der Sozialismus.

So wird die Erhaltung des Wahlrechts schließlich nur der
Privilegierten eigener Schaden; sie ist möglich, so lange sie das
Proletariat nicht beachtet, sie ist nicht länger zu halten, sobald die
Arbeiterklasse das Unrecht und seine Bedeutung erkannt hat und
seine Beseitigung mit allem Nachdruck fordert. Denn dann wird
der Hinweis auf die Ungleichheit, auf die Rechts-
losigkeit und die schärfste Agitationsmittel, das viele
noch Indifferente und abseits Stehende aufrüttelt und zum An-
schluß an die Reihen der Kämpfer bewegt! Das Wahl-
recht wird zum Erwecker des Proletariats und
gerade dadurch zum Feind der Privilegierten!
So viel Nutzen dem Proletariat auch die Eroberung der politischen
Gleichberechtigung bringt, nicht geringer ist der Nutzen, den der
Kampf selbst verspricht. Denn die Stellung zum Wahlrecht wird
zum untrüglichen Prüfstein für die Arbeiterfreundlichkeit der
bürgerlichen Parteien! Je schlechter sie die Probe bestehen, desto
größer die Zahl derer, die enttäuscht nach dem Verlust ihrer
Illusionen die Reihen der Sozialdemokraten verstärken!

Das beginnen langsam und zögernd selbst bürgerliche Parteien
allmählich zu begreifen. Wenn die Konservativen jede
Konzeption rundweg verweigern, so ist es nicht nur die Angst vor
der Sozialdemokratie. Sie wissen sehr gut, daß selbst die Er-
füllung der sozialdemokratischen Wahlrechtsforderung ihr noch
lange nicht in Preußen die politische Macht gibt, aber sie scheuen
den Anfang, der für sie freilich das Ende ihrer künstlichen Allein-
herrschaft bedeutet. Denn es ist nur die widerwillige
Wahlweiseinteilung des Dreiklassenwahl-
rechts, das ihnen im preussischen Abgeordnetenhaus nahezu die
Majorität gibt. Für alle anderen Parteien bedeutet eine Wahl-
reform ein Gewinn. Die Liberalen sind heute durch Kon-
servative und Zentrum vollständig matt gesetzt,
deren Koalition in allen Schul- und Kulturfragen wie in den
Frägen der Wirtschaftspolitik die schlimmsten reaktionären Pläne
verwirklicht. So hoch die Bourgeoisie es auch einschätzen mag, in
den preussischen Junkern eine Prätorianergarde gegen
das Proletariat auszuhalten; daß diese Prätorianer
das Regiment allein an sich reißen und im Gefühl
ihrer Macht immer höheren Sold verlangen, das wird selbst
der preussischen Bourgeoisie schon allzu unangenehm. Daraus
ergibt sich aber die zwiespältige Haltung der bürgerlichen Parteien,
die einerseits zwar die Unmöglichkeit, das Dreiklassenwahlrecht
länger zu halten, einzusehen beginnen, andererseits aber von der
Forderung, die allein gerecht ist, nichts wissen wollen, weil sie die
Sozialdemokratie allzusehr fürchtet. Aber daß auch dieser Wider-
stand überwunden wird, dafür muß eben die sozial-
demokratische Volksbewegung sorgen!

Noch einmal wird der Wille des Volkes am 9. Januar mani-
festiert werden. Mit Spannung und Erwartung sehen wir auf die
Erklärung der Regierung, die uns das Maß von Einsicht zeigen
wird, das den Nachtadern oben inneohnt. Aber wie immer sie
auch ausfallen mag, die Wahlreform steht auf der Tages-
ordnung, und unsere Aufgabe wird es sein, daß sie von
der Tagesordnung nicht mehr verschwindet, bis
das allgemeine, gleiche, direkte und geheime
Wahlrecht auch in Preußen gesiegt hat!

Tatsachen sind nebensächlich!

Die namenlose politische Korruption unserer freisinnigen
Presse offenbart sich in erschreckender Weise darin, daß sie das
ungeheuerliche Urteil der Königsberger Justiz völlig ignoriert!
Von den Berliner Blättern ist es einzig die ja für den Frei-
sinn nicht in Betracht kommende „Volks-Ztg.“, die Worte der
Kritik findet!

Dabei ist seit den Tagen der berichtigten Leipziger
Prozesse kein ungeheuerlicheres Urteil gefällt worden. Dabei
handelt es sich um einen politischen Tendenzprozeß der un-
glaublichsten Art!

In dem ganzen Artikel befand sich, sei es direkt, sei
es indirekt, nicht die mindeste Beleidigung sowohl
Wilhelms II. als des Denkmalskomitees. Der Artikel war
historisch-politisch, er brandmarkte die preussische Reaktion.
Und wegen dieser — strafrechtlich unschuldigen — Kritik soll
der Verfasser auf 1 1/2 Jahr ins Gefängnis wandern!

Welches war die Situation? Im Verlaufe der Jahr-
hundert-Erinnerung der Ereignisse der Jahre 1806 und 1807
besetzte es unserer herrschenden Klasse, in Remel ein
„Nationaldenkmal“ einzuweihen. Die Ereignisse dieser Jahre
hatten nicht nur in der bürgerlichen, sondern auch in der
sozialdemokratischen Presse ihre Würdigung gefunden. Während
das Gros der Bourgeoisie die Ursachen des Zusammen-
bruchs Preußens und der nach ihm einsetzenden Wieder-
aufrichtung im Lichte reaktionärer, fälschender Geschichts-
auffassung darlegte, war es, neben einigen wenigen bürgerlich-
demokratischen Blättern, die sozialdemokratische Presse, die der
in der bürgerlichen Presse und Jubiläumsliteratur üppig
wuchernden Geschichtslegende energisch entgegentrat. Die
Reaktion mochte über diese historische Belehrung der Massen
in die Jahre knirschen, aber sie hatte weder ein verfassungs-
mäßiges noch ein strafrechtliches Mittel, diese Volksaufklärung
zu hindern!

Als nun die Denkmalsfeier in Remel heranrückte, ver-
stand es sich für unser Königsberger Parteiorgan von selbst,
noch einmal zu Ehren der geschichtlichen Wahrheit in den
byzantinisch-reaktionären Phrasendunst hineinzuleuchten. Das

geschah in einem geschichtlich und strafrechtlich durchaus unansehnlichen Artikel, den man, in Anlehnung an ein Wort eines bürgerlichen Blattes, symbolisch die „Schandfäule von Memel“ betitelt hatte. Gemeint war damit, wie der Inhalt des Artikels unzweifelhaft ergab, die reaktionäre Schande der preussischen Politik, die den Zusammenbruch von 1806 heraufbeschwor, in zweiter Linie jenes reaktionäre Treiben, das auch heute noch Preußen für alle fortgeschrittenen Staaten entwürdiget. Die reaktionäre Schandfäule war gebraucht: die von 1806 und — freilich nur in drei oder vier Zeilen — auch die von 1907!

Und deshalb, weil Genosse Markwald etwas tat, was jeder der drei Millionen Sozialdemokraten als feiner und außerliches Bürgerrecht für sich in Anspruch zu nehmen hat und in Anspruch nimmt, wurde er zu 15 Monaten Gefängnis verurteilt!

Wie war das möglich? Einfach so, daß das Gericht den Ausdruck „Schande“ jedes politischen Sinnes entleerte, als plumpe, nackte Verbalinjurie aufnahm, die angeblich nicht ein System, sondern Personen treffen sollte!

Wäre die Schubert-Kammer auf die politisch-historischen Darlegungen Markwalds und seines Verteidigers Gaafe auch nur mit dem geringsten Verständnis eingegangen, so hätte sie die Monstrosität solcher Auffassung begreifen müssen! Aber die Schubert-Kammer erklärte souverän alle historischen und politischen Tatsachen für nebensächlich! Sie klammerte sich an den Buchstaben!

Dann freilich stellte sie sich auf den politischen Standpunkt, erklärte ohne jede Würdigung historischer und politischer Tatsachen die Sozialdemokratie und ihren Vertreter Markwald für „antipatriotisch“, für hämische Begeisterer glorreicher politischer Verdienste — deren Existenz doch gerade durch die Kritik Markwalds angezweifelt wurde! — und verurteilte ihn als Anti-Patrioten und gefährlichen Schmäher von Personen zu 1 1/2 Jahren Gefängnis.

Man greift sich an den Kopf, wenn man derartiges bedenkt! Wer „Patriot“ oder „Anti-Patriot“ ist, vermag doch nur eine Prüfung der historischen Tatsachen zu ergeben! Aber diese Tatsachen wurden von der Schubert-Kammer als „nebensächlich“ abgelehnt! Das Gericht stellte sich einfach und unbesonnen auf den Standpunkt der reaktionären byzantinischen Geschichtslegende und verurteilte vom politischen Standpunkt des vermeintlich persönlich geschmähten Denkmal Komitees aus den Sozialdemokraten Markwald zu 1 1/2 Jahr Gefängnis!

Das ist just das, was wir jederzeit als Klassenjustiz, als politische Tendenz-Rechtssprechung bekämpfen haben!

Und trotz dieser Ungeheuerlichkeit schweigt sich die „freisinnige“ Presse über dies Urteil völlig aus!

Ultramontane „Wissenschaft“.

Im Verlage von J. P. Bachem in Köln ist ein Buch über Windthorst erschienen. Verfasser ist Dr. E. Hüsgen, ehemals Redakteur des Düsseldorf'schen Zentrumsblattes. Das Buch ist von der Zentrumspresse über alle Maßen herausgestrichen und auf dem letzten Katholikentage als Beweis für die wissenschaftliche Wertlosigkeit des Katholizismus angepriesen worden.

In dem Abschnitt „Windthorst als Sozialpolitiker“ kommt Hüsgen auf den Antrag Galen aus dem Jahre 1877 zu sprechen; er geht die Einzelheiten dieses Antrages durch und schreibt dann:

„Auch die Sozialdemokraten hatten drei Wochen später als die Zentrumsparthei ebenfalls einen Antrag eingebracht, der sich inhaltlich in den meisten Punkten mit dem Antrag der Zentrumsparthei deckte.“

Mit den drei Wochen später soll der Schein erweckt werden, als ob die Zentrumsparthei in Sachen des Arbeiterschutzes früher aufgefunden sei als die Sozialdemokratie. Dabei vergißt der Biograph Windthorst, daß im Jahre 1869 bei der Beratung der Gewerbeordnung im Norddeutschen Reichstage die Sozialdemokratie (Fritzsche, Nebel, Schweitzer) zahlreiche Anträge zum Schutze der Arbeiter stellte, während die ultramontanen Abgeordneten (Windthorst, Reichensperger, Hompech usw.) nicht den Mund aufstauten.

Dann: Wie verhält es sich mit der Behauptung, daß der sozialdemokratische Antrag sich mit dem ultramontanen in den meisten Punkten deckte? Die Sozialdemokratie würde sich als Arbeiterparthei ein jammervolles Zeugnis ausstellen, wenn das der Fall wäre. Der Antrag Galen umfaßt in den amtlichen Druckbogen 41 Zeilen, wozu 47 Zeilen Begründung kommen. Er stellt sodann nicht bestimmt auf den Arbeiterschutz bezügliche Forderungen, sondern verlangt nur die Fortsetzung der bereits seit Jahren gepflogenen Erhebungen über die Lage der Arbeiterklasse und die Vorlegung eines Besprechungsprotokolls seitens der Regierung unter Hervorhebung einiger Punkte (Sonntagsruhe, Schutze der Arbeiter in Fabriken usw.), die in dieser Vorlage verhandelt werden sollen. Diese Forderungen zum Besten der Arbeiter enthielten sich jeder Bestimmtheit, es waren in der Eile hingeworfene Gedanken ohne greifbaren Inhalt — zudem verknüpft mit einer Reihe rätselhafter Forderungen, wie Revision der Freizügigkeit, Einschränkung der Gewerbefreiheit usw.

Der sozialdemokratische Antrag umfaßt in den amtlichen Druckbogen 11 Spalten; es war ein vollständig ausgeordneter Arbeiterschutzesentwurf, der sich die Gesetzgebung der wirtschaftlich und sozialpolitisch fortgeschrittenen Länder zum Muster genommen hatte, der keine Forderung enthielt, die nicht klar und bestimmt gefaßt und zur Debatte wie zur Ausführung reif gewesen wäre. Der sozialdemokratische Antrag forderte unter anderem Verbot der Sonntagsarbeit, Höchstleistungszeit von zehn Stunden, von acht Stunden für weibliche und jugendliche Arbeiter, Verbot der Nachtarbeit, Arbeitsruhe für Schwangere und Wöchnerinnen. Weitere Bestimmungen betrafen die genaue Regelung des Verhältnisses zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, die Errichtung eines Reichsgesundheitsamtes, von Gewerbeinspektoren und Gewerbebegleitern, Einführung der Gewerbeaufsicht durch Reichsarbeitsinspektoren, die Sicherung der Koalitionsfreiheit usw. — alles Dinge, von denen im Antrag Galen entweder gar nicht oder nur in nebelhaften Andeutungen die Rede war.

Man muß annehmen, daß es dem Biographen Windthorst, als er den oben wiedergegebenen Satz niederschrieb, lediglich darum zu tun war, die Herrlichkeit der ultramontanen Sozialpolitik zu preisen und daß er in der Voraussetzung von der Güte alles Ultramontanen es nicht nötig zu haben glaubte, außer dem Antrag Galen auch noch den sozialdemokratischen Antrag zu studieren. Für die wissenschaftliche Gründlichkeit des gepriesenen Windthorstbuchs legt ein solches Verfahren allerdings kein Zeugnis ab.

Der Kampf gegen das neue Knappschäfts-Zwangstatut.

Dortmund, 6. Januar.

In 23 teilweise überfüllten Versammlungen hat die Bergarbeiter-Schaft des Ruhrreviers heute dem preussischen Dreiklassenparlament ein einheitliches Mißtrauensvotum ausgestellt. Als der preussischen Regierung an der Verhandlung des Streiks von 1905/06 gelegen war, ließ sie durch den Mund Vilkoivs verkünden, daß das Vergesetz „im Sinne der Bergarbeiter“ geändert werden solle. Sobald das preussische Volksparlament die Sache in die Hände nahm, sagten alle Eingeweihten voraus, daß nichts Brauchbares herauskommen würde. Der Landtag der preussischen Junker rechtfertigte das Mißvertrauen der Arbeiter nicht nur, er vernichtete auch alle noch vorhandenen Hoffnungen. Das Machwerk, das herauskam, nannte selbst die „Aberin-Bestätigte Zeitung“, die dienstfertige Magd der rheinisch-westfälischen Industriellen, einen „gerupften Vogel“. Am 1. Januar haben die Ruhrbergleute einen Beweis bekommen, in welchem Sinne das Vergesetz geändert worden ist. Nachdem sich in der Generalversammlung des Bochumer Anknappschäftsvereins vom 23. Dezember zwischen Arbeitervertretern und Werksbesitzern kein Übereinkommen erzielen ließ, ist laut § 86 des Vergesetzes das sogenannte Zwangstatut einfach in Kraft getreten, zu welchem heute, wie erwähnt, im Ruhrrevier 23 Bergarbeiterversammlungen Stellung nahmen.

In der Versammlung in Dortmund, in welcher der Verbandsvorsitzende Genosse Sachse referierte, konnte der große Saal der Hohenturm die Masse der Besucher nicht fassen. Viele mußten wieder umkehren. Genosse Sachse ging näher auf die Generalversammlung vom 23. Dezember ein. Wenn man nach den Ursachen des Nichtzustandekommens einer Einigung forscht, so findet man nichts, als den Uebermut der Unternehmer. Noch im letzten Moment machten die Kameraden Schulte und Robis einen Vergleichsvorschlag, dessen Resultate für uns das mindeste waren, was wir beanspruchten mußten. Das am 1. Januar in Kraft getretene Zwangstatut räumt vor allen Dingen den Unternehmern erhebliche Vorrechte ein.

Früher waren die Arbeiter mit den Unternehmern gleichberechtigt; sowohl im Vorstand wie in der Generalversammlung konnten Arbeiter Vorsitzende sein. Heute haben wir eine Bestimmung, nach welcher diese Posten nur Werksvertreter besetzen können. (Lebhaftes Pflui) Aber es kommt noch besser. Man hat den Veteranen, den Ehrenmitgliedern des Bergarbeiterstandes, den Invaliden, das Wahlrecht genommen. Auch die Leistungen sind schlechter geworden. Nach dem neuen Zwangstatut beträgt das Krankengeld 2,50 M. gegen 3 M. vorher. (Lebhaftes Zurufe.) Referent kommt sodann auf die Anträge zu sprechen, die die Arbeitervertreter auf der Generalversammlung gestellt hatten. Wir beantragten, daß für die Beamten eine besondere Klasse geschaffen werde, weil die Beamten bis jetzt ziele eine Million Mark mehr bezogen, als eingezahlt haben. (Hört! hört!) Hätten also die Beamten ihre besondere Klasse, so hätten sie heute ein Defizit von einer Million Mark. Unter den heutigen Verhältnissen haben die Arbeiter für die Beamten diese Summe aufbringen müssen. Unser Antrag wurde abgelehnt, ebenso wie ein weiterer Antrag, der dahin ging, die Karenzzeit von fünf auf zwei Jahre herabzusetzen. Einen weiteren Antrag, der für die Arbeiter nach 25 Beitragsjahren Invalidenrente verlangte, erklärten die Unternehmer für undisputabel. Medner streift dann noch das bestehende Statut und sagt: Uniglaublich ist, welche Auswahl man unter den Anknappschäftsältesten trifft. Ursprünglich wollte man eine Bestimmung aufnehmen, nach welcher sich der Älteste im „geregelten Vermögensverhältnisse“ zu befinden habe. (Stürmische Heiterkeit.) Diese Bestimmung hat man schließlich fallen gelassen. Dafür müssen nach dem geltenden Statut die Ältesten „unbescholten“ sein. Dies ist den Doren ein Mittel, Kameraden, die wegen politischer bzw. gewerkschaftlicher (Streik-)Vergehen bestraft sind, von den Ältestenposten auszuschließen. (Pflui) Ein verdienter und tüchtiger Kamerad, der einmal wegen Majestätsbeleidigung verurteilt worden war, wurde als Anknappschäftsältester nicht bestätigt. (Lebhaftes Zurufe.)

Medner verurteilt dann mit den schärfsten Worten das Verhalten des Zentrums in Sachen des Vergesetzes und insbesondere des ehemaligen Bergmanns und jetzigen Landtagsabgeordneten Drust. Sodann untersucht er die Frage, was nun zu tun sei. Zunächst werde man alles daran setzen, die Wirkungen des Zwangstatuts zu mildern. Man werde den Rechtsweg beschreiten und einer besonders knifflischen und für die Arbeiter schädlichen Auslegung des Statuts eventuell durch Prozesse zu begegnen suchen. Von allen Konflikten wegen des neuen Statuts möge man den Verbandsvorstand in Kenntnis setzen, der alles tun werde, den Kameraden zu ihrem Rechte zu verhelfen. Weiter werde man von neuem an das Parlament herantreten und dem Reichslanale vor Augen führen, wie er sein Verprechen gehalten. Vor einem Jahre habe man dem Arbeiter vorgebetet, es solle in eine neue Wera der Sozialpolitik eingetreten werden. Jetzt werde man Gelegenheit bekommen, den Christlichen und sonstigen indifferenten Kameraden zu zeigen, wie es mit der Arbeiterfreundlichkeit der bürgerlichen Parteien stehe. Bezüglich der Waffe des Streiks sagt Medner: Dann meinen viele Kameraden: Wir müssen streiken! Ja, wären wir eine kleine, gutorganisierte Berufsgruppe, so ständen wir schon im Streik. Und aber hat das Jahr 1905 gezeigt, daß wir es uns doppelt überlegen müssen, ob wir streiken können oder nicht. Es kommen für uns circa 300000 Mann in Betracht, die ausreichend zu unterstützen momentan schwer sein würde. Medner schließt mit der Aufforderung, von einem Streik abzusehen, jedoch in eine eifrige und nachhaltige Agitation für den Deutschen Bergarbeiterverband einzutreten. (Lebhafter Beifall.)

Wächter, Dortmund ist der Meinung, daß der Streik als das einzige Mittel unausbleiblich sei, wenn das Parlament nichts tue. (Beifall.)

Linke, Dorstfeld fordert zur lebhaftesten Beteiligung an der Bewegung zur Eringung des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechts für den preussischen Landtag auf. (Stürmischer Beifall.)

Darauf nimmt die Versammlung einstimmig diese Resolution an: „Die heutige Bergarbeiterversammlung erklärt sich mit dem Verhalten derjenigen Ältesten, die in der Generalversammlung am 23. Dezember den Statutentwurf der Werksbesitzer abgelehnt haben, völlig einverstanden und spricht ihnen für ihre mannbare Haltung Anerkennung aus.“

Die Versammlung betont ausdrücklich, daß nach ihrer Ueberzeugung die Schuld an dem Scheitern des Einigungswerkes diejenigen Werksbesitzer trifft, die den Vermittelungsvorschlag Schulte-Robis ablehnten.

In dem nunmehr in Kraft tretenden Zwangstatut erblickt die Versammlung lediglich ein Produkt der bergarbeiterfeindlichen Gesetzgebung des preussischen Landtages. Die Vorgänge im Bochumer Anknappschäftsverein haben so deutlich wie nur möglich gezeigt, daß die Bergarbeiter nicht eher zu einem gründlichen Uebereinkommen gelangen und ihre alten knappschäftlichen Rechte wieder erhalten, als bis die ganze die Bergarbeiter betreffende Gesetzgebung einem Parlament überantwortet ist, das aus allgemeiner, gleicher, direkter und geheimer Wahl hervorgegangen ist.“

Die Versammlung fordert zur lebhaftesten Beteiligung an der Bewegung zur Eringung des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechts für den preussischen Landtag auf. (Stürmischer Beifall.)

Darauf nimmt die Versammlung einstimmig diese Resolution an: „Die heutige Bergarbeiterversammlung erklärt sich mit dem Verhalten derjenigen Ältesten, die in der Generalversammlung am 23. Dezember den Statutentwurf der Werksbesitzer abgelehnt haben, völlig einverstanden und spricht ihnen für ihre mannbare Haltung Anerkennung aus.“

Die Versammlung betont ausdrücklich, daß nach ihrer Ueberzeugung die Schuld an dem Scheitern des Einigungswerkes diejenigen Werksbesitzer trifft, die den Vermittelungsvorschlag Schulte-Robis ablehnten.

In dem nunmehr in Kraft tretenden Zwangstatut erblickt die Versammlung lediglich ein Produkt der bergarbeiterfeindlichen Gesetzgebung des preussischen Landtages. Die Vorgänge im Bochumer Anknappschäftsverein haben so deutlich wie nur möglich gezeigt, daß die Bergarbeiter nicht eher zu einem gründlichen Uebereinkommen gelangen und ihre alten knappschäftlichen Rechte wieder erhalten, als bis die ganze die Bergarbeiter betreffende Gesetzgebung einem Parlament überantwortet ist, das aus allgemeiner, gleicher, direkter und geheimer Wahl hervorgegangen ist.“

Politische Uebersicht.

Berlin, den 6. Januar 1908.

Wahlrecht und „Diesseitigkeits-Auffassung“.

Die konservative Presse setzt ihr frivoles Treiben fort, die aus dem „elendesten aller Wahlrechtssysteme“ hervorgegangenen „Wahlvertreter“ des Dreiklassenparlaments zur Abweisung aller Wahlrechtsreformpläne des „wahlfreie fanatischen“ Liberalismus aufzuzwingeln. Voran marschiert dabei, wie es sich für ihn als Leiborgan der für die materielle und geistige Kultur Deutschlands überflüssigsten Menschenspezies gezücht, der „Reichsbote“, das von „Salbung“ triefende Blatt jenes Teils der evangelischen Pastoren, der sich noch den Teufel mit Hörnern und einem Pferdefuß vorstellt, sonst aber eine gute Grünsüde und eine gute Flasche Rotpohln für sehr nützliche weltliche Dinge hält. Das ehrsame Blatt meint, daß die Wahlrechtsanträge schon deshalb zurückgewiesen werden müßten, damit die Erziehung der Nation wieder mehr in Wägen gelangt, welche die Gesamtheit um sich greifen läßt, wohin die übertriebene Diesseitigkeits-Auffassung des Lebens und Strebens führt und führen muß.

Schon müßte sich die Arbeiterklasse allzu mächtig, Deshalb müßte ihren steigenden Ansprüchen unbedingt ein Kniesel vorgehoben werden:

„Wer sich im Lande umhört, und dazu werden auch Abgeordnete Gelegenheit gehabt haben, die ihrer Partei schuldig zu sein glauben, so laut wie möglich in das Gehärd nach Einführung des Reichswahlrechts im größten Einzelhaute einzukommen, sitzt besonders in der Industrie auf Stimmern von nicht wenig einbruchsübiger und einbringlicher Art.“

Was sagen diese Stimmern? In weiten Kreisen der Industrie werde das Sinken der Konjunktur vielfach als ein kleineres Uebel angesehen, als wenn die Industriearbeiter wie beim Andauern der besseren Verhältnisse wahrscheinlich der Fall gewesen, ihre Ansprüche und Forderungen weiter übertrieben und überhöhen hätten. In der Industrie wird also vielfach im Eintritt magerer Jahre ein Bundesgenosse geschätzt, um die Ansprüche der Arbeiter zu dämpfen.“

Daß dem Pastorenorgan die schönen Profite der Industrie mehr gelten als die Besserung der Lebenslage des arbeitenden Volkes, finden wir durchaus begreiflich. So gläubig es sonst auch in bezug auf die biblischen Ratzen ist, dem Wort von den Schügen, die der Noth freit, traut es nicht. In diesem Punkt dünkt ihm die „Diesseitigkeits-Auffassung“ doch sicherer. —

Neumen ist seliger, denn geben!

Die Steuernöte im Reich und in Preußen machen neue Steuern notwendig. Und bei der Erörterung dieser Steuernöte zeigt sich wieder einmal so recht die eingestrichelte Abneigung unserer Besitzenden gegen das Steuerzahlen!

Der Freisinn — und teilweise auch die Nationalliberalen — sind der Ansicht, daß die neuen Reichsteuern nicht ausschließlich aus indirekten, die nicht-besitzenden Klassen belastenden Steuern aufgebracht werden dürften. Die Belastung der Nichtbesitzenden soll beschränkt, vertuscht werden durch einen kleinen Aderlag auch der Besitzenden.

So schlagen diese Liberalen eine Erhöhung der Reichserbschaftsteuer vor. Natürlich hoffen sie dabei, daß davon wiederum die Nichtbesitzenden, entfernte arme Verwandte oder Bedienstete, denen ein Legat zufällt, in erster Linie betroffen werden, gar nicht oder nur minimal dagegen die näheren Angehörigen der Erblasser!

Die Konservativen, die „Staatsbehaltenden“, das heißt die Erhalter der skandalösen sozialen Klassenunterschiede, wollen natürlich von der Erbschaftsteuer nichts wissen. Entschieden bekämpft sie das Agrarierorgan, die „Deutsche Tages-Zeitung“. Und sie hofft, daß dieser Steuervorschlag ja auch schließlich unter den Tisch fallen wird. Schreibt sie doch:

„Was von den direkten Steuern gilt, das gilt auch von dem sogenannten Ausbau der Erbschaftsteuer. Es ist richtig, daß Bayern und einige andere Bundesstaaten nicht nur für diesen Ausbau zu haben sind, sondern ihn auch mit einer gewissen Wärme empfehlen. Andere Bundesstaaten, auch der größte, hegen aber die lebhaftesten Bedenken gegen die Erweiterung der Erbschaftsteuer. — Bedenken, die nicht beseitigt werden können. Und wiederum, wenn es auch wider Erwarten gelingen sollte, diese Bedenken zu beseitigen, im Reichstage würde eine Mehrheit nicht zu erzielen sein. Das Zentrum kann, ohne sich in den schärfsten Widerspruch zu den Landwirten in der Partei zu setzen, nicht für den Ausbau der Erbschaftsteuer stimmen; auch die Nationalliberalen würden kaum geschlossen dafür sein, so daß die Mehrheit zum mindesten ganz unsicher sein würde.“

Die Junker haben recht! Auch für die Liberalen aller Schattierungen, auch für die Zentrumskapitalisten gilt ja das umgekehrte Bibelwort: Nehmen ist seliger, denn geben! —

Ein Abspalt-Nationalliberaler.

Auch einige Nationalliberaler beginnen mit der Frage der preussischen Wahlreform ein etwas beschleunigtes Tempo zu verlangen. Das „Berl. Tagebl.“ veröffentlicht einen Artikel von Herrn Dr. Brunnhuber, einem Führer der Jungliberalen, der einem Zusammengehen der Nationalliberalen und Freisinnigen das Wort redet, um wenigstens eine sofortige Abschlagszahlung zu erreichen. Als solche Abschlagszahlung fordert Brunnhuber die geheime und direkte Wahl sowie eine Reform der Wahlkreiseinteilung. Dies seien die Reformen, die auch der gemäßigtere Flügel der Nationalliberalen wiederholt fordert habe. Von diesem ist daher zu verlangen, daß sie das Programm unverzüglich wahr machen und diese Forderungen in einer sofortigen Aktion zugunsten der Reform des preussischen Wahlrechts durchdrücken. Aber Herr Brunnhuber scheint an die Reformfreundlichkeit seiner Partei nicht allzusehr zu glauben. Er schreibt:

„Die Achtung müßte schwinden, wenn das Bewußtsein aufdämmerte, daß den wütendsten Vorprüfungen die Ehrliehkeit fehlte. Der Nationalliberalismus aber hat die heilige Pflicht, in dieser brennenden Frage seine Ueberzeugung durch die Tat zu beweisen. Wollen die Nationalliberalen schon kein gleiches Wahlrecht, so haben sie wenigstens jedem Bürger und Wähler gegenüber darauf Rede und Antwort zu stehen, warum sie nicht wenigstens das, was sie selbst versprochen, verwirklicht haben. Es hängt — das weiß ich wohl — nicht allein von ihrem Willen ab, einen Wunsch Befehl werden zu lassen; aber sie haben Mittel und Wege genug, einer rentierten Regierung vorzumachen, daß sie auch ethische Pflichten in der Politik zu erfüllen hat.“

Ganz richtig. Aber diese ethische Pflicht besteht wohl in erster Linie darin, die schreiende Ungerechtigkeit der Rechtsungleichheit zu beseitigen, mit deren Beseitigung erst ein wirklich und wichtiger Fortschritt gegeben wäre. Es ist auch ein Irrtum, daß die Reformen, die Brunnhuber vorschlägt, viel leichter durchzuführen wären als eine gründliche Reform. Um den Widerstand der Konservativen, die jede Reform ablehnen, zu brechen, bedarf es einer großen und mächtigen

Goldbewegung. Die kann aber nur entfesselt werden, wenn es gilt, das ganze Unrecht, das am Volke verübt ist, zu beseitigen. Für Teilreformen läßt sich eine große Bewegung nicht herbeiführen. Ohne diese aber ist jede Reform unmöglich. Herr Braunhauer, der ja prinzipiell sich für die Einführung des Reichstagswahlrechts erklärt, täuscht sich, wenn er meint, die Sache, der er dienen will, zu fördern, wenn er seine Forderung abschwächt. Auch hier ist nur die prinzipielle Politik zugleich die allein praktische. —

Kamarilla.

„Ueber die Ablehnungsversuche der byzantinischen Presse bemerkt die „Frankf. Zig.“:

„Soweit die politische Seite der Sache in Betracht kommt, können nur politische Kinder annehmen, daß sie durch das neue Verfahren als Fabel erwiesen sei. Ob man die um Eulenburg eine Kamarilla nennen will oder nicht, darauf kommt wirklich wenig an. Aber daß Eulenburg neben den Reichsanzwählern und Ministern großen Einfluß ausgeübt hat, das ist gar manchen eine so bekannte Tatsache, daß kein Prozeß sie beseitigen kann. Dieser Einfluß ging nicht auf Fragen der Befehlsgebung und Verwaltung im einzelnen, wohl aber auf die Befehlsgebung hoher Posten, und das ist mehr als jenes. Warum sind denn alle Reichsanzwähler zornig geworden, wenn ihnen der Name Eulenburg genannt wurde? Sie wußten warum. Sie wußten auch, daß der Kaiser durch die übermäßige Verehrung, die der Liebenberger Kreis ihm entgegenbrachte, in seiner Neigung, nach eigenem Gutdünken zu handeln, bestärkt wurde, was ja die Tätigkeit seiner verantwortlichen Kollegen schon oft erschwert hat.“

Diesmal ist das Blatt wahrscheinlich nicht bülau-offiziell, dafür hat es auch recht. —

Amtdwechsel.

Das neue Jahr bringt diesmal eine Reihe besonders auffälliger Amdwechselungen hoher Verwaltungsposten. Der bisherige Polizeipräsident von Berlin, Herr Dr. v. Borries, der sich seit einiger Zeit müde fühlte, wird Regierungspräsident in Magdeburg. An seine Stelle tritt als Berliner Polizeipräsident der bisherige Landrat des Kreises Felsom, der energischere und schneidigere Herr v. Stubenrauch. Ferner tritt der Oberpräsident der Provinz Sachsen, Wirkliche Geheime Rat Freiherr v. Wilmowski am 1. Februar in den Ruhestand. Seine Stelle übernimmt der Regierungspräsident Hegel in Allenstein. Der Regierungspräsident v. Wase in Trier ist in gleicher Amdeseigenschaft an die Regierung in Arnberg und der Regierungspräsident Dr. Balg in Magdeburg an die Regierung in Trier versetzt worden. Ferner ist ernannt worden der Oberpräsidentialrat Gramsch in Königsberg zum Präsidenten der Regierung in Allenstein.

Man braucht energischere Leute. —

Der güldene Handwerksboden.

Wehr und mehr verlieren die Kleinmeister die Freude an der bedeutendsten Schöpfung zur Rettung des Mittelstandes: an der Handwerkskammer. Dieses Geschenk scheint ihnen allmählich so minderwertig, daß der Handwerkerstand seinen offiziellen Obitus zur Verwaltung des Rettungsgeschäftes zu verweigern beginnt. Der Magistrat in Offenbach, einer kleinen Stadt Badens, teilt in seinem letzten Sitzungsbereich mit, daß die beträchtliche Zahl von 80 Gewerbetreibenden vor der Zwangsabtreibung gestanden hätten, weil von ihnen die Beiträge an die Handwerkskammer in Höhe von 75 Pf. bis 1,50 M. nicht zu bekommen waren. Da als gemeinsamer Grund dieser Zahlungsunfähigkeit die wirtschaftliche Notlage angegeben wurde, veranlaßte die Stadtbehörde eine Untersuchung. Diese stellte fest, daß die betreffenden Kleinhandwerker mit geringen Ausnahmen einen begründeten Anspruch darauf haben, von dieser Last entbunden zu werden.

Die rheinische Zentrumspartei

hielt am 2. Januar eine Sitzung ihres Provinzialausschusses ab. Der Versammlung lag ein Antrag vor auf Einrichtung von Parteitagungen für Preußen und das Reich. In der Aussprache über die nächsten Landtagswahlen wurde allseitig die Notwendigkeit einer Einschränkung der Doppelmandate betont. Die Vorschläge zur weiteren Ausgestaltung der Parteitage in der Provinz fanden allgemeine Zustimmung; die Parteitage der fünf Regierungsbezirke sollen künftig im Herbst stattfinden; den einzelnen Komitees wurde zur Pflicht gemacht, jährlich mindestens einmal eine Sitzung nach Art der Parteitage abzuhalten.

Die „Rheinische Volkszeitung“ knüpft an den Bericht eine längere Betrachtung, um auch die Aufmerksamkeit weiterer Parteikreise auf die in mehr als einer Richtung vorbildliche Tätigkeit der rheinischen Zentrumspartei nachdrücklich hinzuweisen. Wenn überall mit solcher Umsicht und Ausdauer im politischen Leben gearbeitet würde als zurzeit in den Rheinlanden, so würde zweifellos die Gesamtsituation der Zentrumspartei in unserem öffentlichen Leben alsbald eine sehr wesentliche Stärkung erfahren.

Das hier der rheinischen Zentrumspartei gespendete Lob ist in der Tat verdient, zum guten Teil wirkt dabei der Umstand mit, daß die gewaltige Tätigkeit des katholischen Volksvereins wesentlich dem Rheinlande zugute kommt. —

Sozialdemokratischer Landtagswahltag in Bayern.

München, 6. Januar. Bei der Landtagswahlwahl im Wahlkreis Schwabach wurde der Arbeitersekretär Dierl (Soz.) mit 2600 Stimmen gewählt.

Diese von erfreulichem Fortschritt zeugende Mandatseroberung bringt die sozialdemokratische Fraktion der bayerischen Kammer auf 21 Mann. Bei den Hauptwahlen im Juni vorigen Jahres fiel der Kreis dem liberalen Block zu, der 2728 Stimmen aufbrachte, während 1913 für den Sozialdemokraten und 2154 für den Konserativen fielen. (Stichwahlen finden nicht statt, die relative Mehrheit entscheidet.) Der liberale Abgeordnete hatte bald nach Beginn der Landtagsarbeiten sein Mandat niedergelegt, so daß die Rückwahl erforderlich wurde, die der Sozialdemokratie wieder einmal Gelegenheit gab zu zeigen, daß es mit dem Niederreiten gute Wege hat. —

Wahlrechtsdemonstrationen in Sachsen-Altenburg.

Am 18. und 19. Januar werden im ganzen Herzogtum von den Parteioptionen und Gewerkschaftskartellen gemeinsam eiserne Massenversammlungen abgehalten, die den Kampf um die Befreiung des Bierklassenwahlrechtes zum Landtage verschärfen und gegen das geplante neue Reichsbereinsgesetz protestieren werden. —

Oesterreich.

Ein Wahlaufmarsch der Sozialdemokratie Böhmens.

Das böhmische Volk befindet sich seinen Herrschern und Bedrückern gegenüber in einer ähnlichen Situation wie das preussische. Böhmen ist das industriell am höchsten entwickelte Land der österreichischen Monarchie, ein Land der Arbeiter. Bei der letzten Volkszählung wurden in Böhmen 1 890 056 Männer und Frauen gezählt, die ihre Arbeitskraft verkaufen müssen. Die Arbeiterklasse bildet in Böhmen, wenn man die Familie dazu rechnet, eine Armee von 3,57 Millionen

Köpfen, das sind über 56 Prozent der Bevölkerung des Landes. Diese überwiegende Mehrheit der Bevölkerung hat im böhmischen Landtage keinerlei Vertretung! Aber auch die Bauern, die Kleingewerbetreibenden und die Handwerker der Städte sind ebenfalls so gut wie ausgeschlossen. Beherrscht wird der böhmische Landtag von den Feudalen, von den Nachkommen jener Adelsgeschlechter, die während des 30jährigen Krieges nach Böhmen kamen, Tausende von Bauern aus ihren Höfen vertrieben haben und immer Feinde jedes Fortschritts, die Stützen des Merkantilismus und der schwarzesten Reaktion gewesen sind.

Diese kleine Clique kann sich um so leichter in der Macht erhalten, als das böhmische Volk aller Nationen gespalten ist. Geeint ist nur die sozialdemokratische Arbeiterklasse!

Wie die preussische, so rüstet sich zurzeit auch die böhmische Sozialdemokratie zum Kampfe um das Landtagswahlrecht. Ein Aufruf, den die Sozialdemokratie Böhmens soeben erläßt, schließt mit den Worten:

„Öffnet die Tore des Landtages den breiten Massen des Volkes! Weg mit den Feudalen und mit den kapitalistischen Cliquen aus dem Landtage! Es lebe das allgemeine, gleiche Landtagswahlrecht! Auf zum Kampfe für die politische Gleichberechtigung, für soziale Reformen, für den nationalen Frieden und nationale Rechte!“

Oesterreichs Arbeiter haben schon öfter bewiesen, daß sie, wo man ihnen nicht freiwillig öffnet, wenn's sein muß, sich selber Eingang zu verschaffen wissen. —

Frankreich.

Clemenceau, der Vornisse.

Paris, 3. Januar. (Fig. Ver.) Clemenceau hat sein Lebenlang mit dem englischen Liberalismus lolettiert. Zur Herrschaft gelangt, bemüht er sich, alle Einrichtungen nach russischem oder zumindest preussischem Muster umzugestalten. Er hat die Ueberwachung der Verammlungen wieder eingeführt, die Epistel und die Staatsanwälte zu den wichtigsten Instrumenten der Regierung gemacht. Seine neueste Leistung ist die Verschärfung des Regimes für politische Häftlinge. — In einem Rundschreiben an die Präfekten erklärt er, daß manche Gefangnisse ein „Herd anarcho-sittlicher Agitation“ geworden seien; dieser Zustand sei unerträglich. Die Präfekten hätten die Gefängnis-Direktoren daran zu erinnern, daß die politischen Gefangenen gleich den Verurteilten des gemeinen Rechts in ihrer Korrespondenz der Vorschrift des Visums unterworfen seien! Die politischen Häftlinge sollen also keine schriftliche Mitteilung erhalten oder abgeben, die nicht das Visum trägt, und dieses Visum soll in keinen Falle solchen Korrespondenzen erteilt werden, die einen Aufbruch zur Agitation, aufrührerische Vorschläge oder Enthaltungen unangeleglicher Handlungen“ enthalten. Die Häftlinge sollen darauf aufmerksam gemacht werden, daß bei Uebertretung dieser Bestimmungen ihnen jede Korrespondenz, außer mit ihren Angehörigen verlagert werden würde! Kein Zeitungsschiffel aus ihrer Feder darf befördert werden! Die Liste der Zeitungen, die die politischen Gefangenen beziehen wollen, ist vorerst dem Minister zur Genehmigung zu übermitteln! Die Genehmigung zum Besuch der Gefangenen hängt, von der Familienmitgliedern und vom Betreffenden ab, von der Erlaubnis des Ministers ab. . . Die Autorisationsgesuche an den Minister müssen einen Vermerk über die Eigenschaft der Besucher tragen. Endlich soll den Häftlingen eine gemeinsame Halt nur dann bewilligt werden, wenn sie keinen Anlaß zur Veranstaltung von Vorträgen oder zur Erregung von Unordnung geben kann. Im anderen Falle ist Zellenhaft oder Einzelhaft zu verhängen.

Mit Recht vergleicht der monarchistische („Soleil“) dieses neue Clemenceausche System mit der ungleich größeren Freiheit, die die politischen Gefangenen in der Bastille und unter Napoleon III. hatten! Er verweist darauf, daß bisher auch bisher schon alle politischen Gefangenen — auch wenn sie keine Anarchisten waren — argen Schikanen ausgesetzt waren, und erklärt mit ungewisshafter Berechtigung, daß Clemenceau als Anhänger einer Partei, die die Aufhebung der Meinungsbeschränkung fordere, Anarchisten nicht mehr schikanieren dürfe als Konservative. Aber das sind doch nur Argumente politischer Logik und politischer Moral, um die sich der herrschende Anarcho-Bourgeois nicht schert. —

Justizminister Briand.

Paris, 5. Januar. (Fig. Ver.) Seit gestern ist Aristide Briand Justizminister. Das ist ein über die Welt des Schicksals und ein eigenartiger Stoff für ein republikanisches Morallesebuch. Es ist immerhin auch ein politisches Ereignis, wenn auch nur zweiten Ranges. Clemenceau hat für einen Augenblick wieder Luft bekommen. Der alte Guyot-Desaigne ist ihm recht gelegen gestorben, just da ihm der Atem wieder einmal zu stocken drohte. Sein gefährlichster Rivale, der im eigenen Haus, ist vorläufig gestillt. Als Justizminister ist Briand Vizepräsident des Ministeriums, er ist Herr aller Staatsanwaltschaft Frankreichs und kann auch die Gerichte seine Macht fühlen lassen. Das ist für ihn eine persönliche Genugtuung, die er, durchwandelter Nachsichten des Lebens gedenkend, eine Weile gemächlich und den höheren Ehrgeiz zügelnd genießen mag.

Mit seinem Uebertritt ins Justizministerium ist die Teilung seines früheren Ressorts verbunden worden. Vom Unterricht nimmt er nicht mit und von den schönen Künsten muß er auch amüslichen Abschied nehmen. Dagegen wird das Kulturbüro mit dem Justizwesen verbunden. Diese Veränderung ist sachlich gerechtfertigt, da nach der Trennung von Kirche und Staat die Beziehungen dieser Organisationen hauptsächlich in der Auseinandersetzung über die ehemaligen Kirchengüter bestehen. Die Tropopolitik des Vatikans hat insbesondere durch das Verbot, Kultusassoziationen auf Grund des Trennungsgesetzes zu bilden, die allgemeinen Verfügungen des Gesetzes aus der Praxis ausgeschlossen und eine mit großen Schwierigkeiten verbundene Neuordnung notwendig gemacht, zu der namentlich das neue Gesetz über die Verwaltung und Verwendung der verfallenen Kirchengüter, insbesondere der Stiftungen beitragen soll. Bei dieser Regelung können die Gerichte der antikerikalen Politik der Regierung große Schwierigkeiten bereiten, und Briand ist jetzt dazu außersehen, mit den Merkmalen Richtern, die in der Provinz sehr zahlreich sind, fertig zu werden. Außerdem dürfte ihm auch die Aufgabe zufallen, den drohenden Skandal wegen der Veräußerung der Güter der aufgelösten Kongregationen — bei der eilige dem Parlament angehörige oder von der Regierung protegierte Anwälte schamlos Profit gemacht haben — in einer Art zu decheln, daß die herrschende Clique möglichst wenig kompromittiert wird. Briand traut man die Geschmeidigkeit zu, über diese unangenehmen Geschichten den Schleier des Vergessens zu breiten.

Der neue Justizminister tritt sein Amt mitten in einer Verärgerung der Verfolgungen der gewerkschaftlichen und sozialistischen Propagandisten an. Er wird das Werk seines Vorgängers sicher ohne Abschwächung fortsetzen, aber der Justizminister Briand wird dem sozialistischen Propaganda mit seinem eingefundenen Werk der Parteifolge und Verwirrung. Der Leidtragende der Justizjagatage wird nicht die Arbeiterklasse sein. —

Der Streich des Generals.

Paris, 4. Januar. (Fig. Ver.) General Druce hat der Regierung, die ihn aus Afrika abberufen hat, zum Schluß einen bösen Streich gespielt. Man hätte seinen Latendrang — vermutlich, um die noch unsichere Kammer nicht vor den Kopf zu stoßen — zurückgehalten. Als der ihm untergebene Oberleutnant Prétach eines Tages die vorgeschriebene Linie überschritt, bekam er 30 Tage Arrest aufzuzufügen. Der verärgerte Kommandant des Korps von Casablanca demonstrierte nun durch Untätigkeit, auch dann noch, als der Regierung ein energischeres Eingreifen wieder wünschenswert erschien. Es wurde ihm nahegelegt, sich „aus Gesundheitsrücksichten“ zurückzuziehen. Seinem Nachfolger aber, dem General d'Amade, der die Protektion der Regierung erworben hat, als er, der Angehörige der feudalen Klasse, bei den Konnenaustrreibungen mit besonderer Schnelligkeit vorging, war der Erfolg der Eroberung der Kasbah der Mediuna zugebacht. Die beträchtlichen, für diese Operation gar nicht notwendigen Verstärkungen, deren Absendung der Kriegsminister angeordnet hatte, legten die Vermutung nahe, daß General d'Amade zu noch Größerem, am Ende zu dem von der Kolonialpartei ersehnten großen Eroberungszuge auszurücken sei. General Druce aber machte einen Streich durch die Rechnung der Marokko-Spekulanten. Er ergriff mit den ihm zur Verfügung stehenden Truppen die Offensive und ließ die Kasbah nehmen. Die Regierung ist begreiflicherweise wütend. Denn es ist jetzt vor aller Welt klargemacht, daß die französische Politik über das vereinbarte Maß einer angeblich notwendigen Politisektion hinauszugreifen strebt. General Druce soll sich in Paris verantworten, aber es ist verständlich, daß es dabei nicht sein Bewenden hat, vielmehr die Absichten der französischen Regierung von neuem zum Gegenstand von internationalen Diskussionen werden. Die Befehlsgebung der Kasbah der Mediuna galt als letzte Sicherungsmaßregel, der die Räumung von Casablanca folgen sollte. Wenn jetzt die Räumung nicht eingeleitet wird, sondern sogar noch neue Truppen nach Afrika geschickt werden, gerät der Marokkohandel wiederum in ein kritisches Stadium, und diesmal unlegbar durch die Treibereien der Finanzclique und ihrer Kollaboratoren, die außer bei den Sozialisten nirgends einen kräftigen Widerstand finden.

Rußland.

Es wird weiter gestohlen.

Der Eisenbahninspektor Gortischaloff, der mit der Revision der Zoskfenbahn betraut worden ist, berichtet aus Drenburg an das Verkehrsministerium, daß er eine ganze Reihe von Mißbräuchen und Entwendungen aufgedeckt habe, die der Bahn einen Schaden von zirka zwei Millionen Rubel zugefügt haben. Einige hohe Bahnbearbeiter sind ihres Postens entbunden.

Aus Wladiwostok kommen ganz ungläubliche Nachrichten: Im dortigen Kriegshafen haben die Unterschlagungen und Entwendungen nie dagewesene Dimensionen angenommen. Es kann hier absolut alles für geringes Geld erworben werden, beginnend mit Koble bis Nitroglycerin und rauchlos Pulver. Der Hafenkommandant, Baron Kerien, sah sich vor kurzem gezwungen, 10 Offiziere aus diesem Anlaß dem Gericht zu übergeben! — Welche Zustände dort herrschen, ist aus folgendem Vorfalle ersichtlich: Eines Tages wandte sich ein Offizier an die Firma „Kunst und Silber“ mit dem Anerbieten, eine beliebige Menge Kohlen aus dem Kriegshafen zu der beliebigen Preise zu verkaufen! Die Firma schlug dieses Anerbieten aus. Daß aber nicht alle so handelt, beweist die Tatsache, daß vor einiger Zeit die Maschinenteile eines russischen Torpedobootes an Japan verkauft wurden. . .

„Gähte“, „echtere“ und „echteste“ Russen.

Petersburg, 5. Januar. Unter den Mitgliedern des Verbandes wahrhaft russischer Leute ist eine Spaltung eingetreten. Vizepräsident Jurischewitsch sowie mehrere Gründer des Verbandes sind nach einer längeren Preßfehde gegen den Präsidenten des Verbandes Dubrowin aus dem Verbands ausgetreten. Jurischewitsch gründet eine neue allrussische monarchische Partei mit etwas gemäßigterer Richtung. Gleichzeitig bereitet der Bischof Dermogen die Bildung eines allrussischen orthodoxen Verbandes vor. —

Persien.

Teheran, 5. Januar. (Redlung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Der Präsident des Parlaments, der sein Amt niederlegen wollte, da der Gouverneur im Parlament mit dem Tode bedroht worden war, falls er die Leute nicht bestrafen würde, die auf das Tor des Parlaments geschossen und an den Wunden auf dem Artillerieplatz teilgenommen hatten, gab nach längerem Zureden seine Absicht auf. Ein Teil der Schuldigen wurde mit Stockschlägen bestraft. Erst heute zerstreuten sich die bewaffneten Verteidiger des Parlaments vollständig. Die Bedingungen der Verständigung zwischen Parlament und Schah sind unterzeichnet; jede der beiden Parteien deutet sie zu ihren Gunsten! Auch werden bereits neue Forderungen und Vorschläge laut. . .

Teheran, 6. Januar. In der gestrigen Sitzung des Parlaments wurde der Text des Erlasses verlesen, das das Parlament an die ausländischen Missionen um moralische Unterstützung gerichtet hatte, sowie die Antworten der russischen und der englischen Mission, in denen gesagt ist, die Missionen wollten sich bei dem Schah bezüglich seines Verprechens, die Verfassung streng zu wahren, verwenden. Die Verlesung dieser Antworten rief lebhafteste Begeisterung hervor. — Gestern abend ist der frühere Ministerpräsident Saad ed Dauleh mit seinem Bruder, der zum Gouverneur von Ischermanscha und Kurdistan ernannt ist, aus der Verbannung zurückgeführt. — Heute sind 118 persische Kosaken mit voller Bewaffnung nach Urmia ausmarschiert. —

Amerika.

Der Prozeß Pettibone ist nach den letzten brieflichen Nachrichten bis zur Beendigung des auf die Anklage entfallenden Teils gelangt, worauf Anwalt Nugent den Antrag auf Abweisung der Anklage stellte, da die Staatsanwaltschaft nicht das geringste Beweismaterial für die Beteiligung des Angeklagten an der Ermordung Steunensbergs beigebracht habe. Der vorsitzende Richter, Wood, erklärte daraufhin, daß es nicht so sehr darauf ankomme, die Beteiligung Pettibones an der Ermordung Steunensbergs nachzuweisen als: den Beweis für das Vorhandensein einer allgemeinen Verschwörung (!) zu erbringen! Im übrigen räumte er ein, daß er die Ueberzeugung erlangt habe, die Behauptungen des Kronzeugen Orchard in bezug auf Pettibones Beteiligung an dem Morde seien von den anderen Zeugen nicht genügend bestätigt worden! Im Prozeß gegen Haywood hatte Wood zwar auch die „allgemeine Verschwörung“ in den Vordergrund gestellt, aber hervorgehoben, daß alle Angaben Orchard über die Beteiligung des Angeklagten an dem in Frage stehenden Verbrechen von anderen Zeugen bestätigt sein müßten, da sonst dessen ganzes Zeugnis in der Luft schwebte. . . Troß allem beantragte Richter Wood, den Fall vor die Geschworenen zu bringen, da für jedes einzelne der von Orchard gestandenen Verbrechen genügend Beweise beigebracht seien! Er sei der Ueberzeugung, daß die bereits bewiesenen Tatsachen das Bestehen der Verschwörung im Sinne der Anklage bestätigten, wenn auch keinerlei unabhängige Zeugaussagen vorhanden seien, die den Angeklagten mit der Ermordung Steunensbergs in Verbindung bringen könnten.

Anwalt Darrow hat bereits die Eröffnungsrede für die Verteidigung gehalten.

Aus der Partei.

Esperanto.

Es wird und geschrieben:
Ich habe nicht die Absicht, Rosenhofs geniale Schöpfung an dieser Stelle dem Genossen G. D. gegenüber zu verteidigen. Das geschieht besser an anderem Orte. Auch verzichte ich hier auf eine Widerlegung der von G. D. an Esperanto geübten Einzelkritik. Das würde erst recht zu weit führen.

Rur in einer bestimmten Richtung möge ich auch an der Stelle, an der ich angegriffen wurde, meine Meinung sagen dürfen.

Ich finde in G. D.'s Artikel gegen mich den Geist einer ganz abscheulichen Unduldsamkeit und ein furchtbares Verlangen nach Parteiformalität. Komme das wirklich nicht entgegen, daß ich das Wesen, den Bau und das Maß der leichten Erlernbarkeit einer internationalen, sich schon hoher praktischer Anerkennung erfreuenden Hilfs-Weltsprache in einer bescheidenen Gede des von mir redigierten Parteiblattes internationalen Sozialdemokraten klar zu machen suche? Es ist ja Unlust, anzunehmen, daß infolge des Abdrucks der Grammatik und Wortbildungslehre nun irgendwelche Arbeiter, die unser anhaltisches Blatt lesen, sich im Schwelche ihres Angeichts mit bedingender Anstrengung darum bemühen werden, Esperanto nun auch gleich praktisch zu lernen, um es zu lesen, schreiben und sprechen zu können. So nämlich schäme die „Vollblättler“ meine Absicht nicht ein.

Wenn aber besonders intelligente Arbeiter, die dafür besonders veranlagt sind, aus dem, was ich im „Vollblättler“ über Esperanto geboten, die Anregung entnehmen sollten, Esperanto wirklich an der Hand weitergehender Hilfsmittel zu lernen, so sehe ich nicht ein, was das für ein Unglück sein kann. Schon eine große Anzahl Arbeiter sind Esperantisten. Wir schreiben ein Grobentwurf seitenslange Briefe in Esperanto, denen ich keinerlei Anhaltswort anmerke.

Doch was für mich in diesem Falle die Hauptsache ist: Wir sollten weit mehr als bisher den Grundsatz beachten: In necessariis unitas, in dubiis libertas (In notwendigen Dingen Einigkeit, in zweifelhaften, irrelevanten Freiheit). Wir müssen mehr Individualität in der Partei dulden und keine Uniformität verlangen, wo sie nicht notwendig ist. Man lasse in Dingen, die mindestens nicht schädlich sind, mehr Freiheit, und man bilde sich nicht ein, alles sei schädlich, was nicht dem allerengsten Parteibegriff entspricht. Solche Parteierzwingerei schadet uns weit mehr, als sie uns je nützen kann. Zuletzt ist doch die individuelle Freiheit, das eigene Blühen und Gedeihen Glück, und sie soll nur da gehemmt werden, wo das gleiche Recht aller auf solche Glück bringende Freiheit es fordert. Entzogen können, was nicht schädlich ist, auch wenn man selber es anders beurteilt, diese Duldbarkeit, die Voraussetzung alles blühenden Geisteslebens, steht vielen Parteigenossen, die von einem schädlichen Parteiananismus erfüllt sind. Im Geiste solcher gerade auch für das Parteileben höchst erwünschten Duldbarkeit hätte auch G. D. selbst bei seiner Meinung über das Esperanto die ganze persönliche, auf Einschüchterung, Unterdrückung abzielende Ränke in seinem Artikel gegen mich sich verhehlen können. Damit hätte er sich selber und der Partei mehr gedient. Ich kann den Puff, den er mir gütigst zu erteilen die parteigenössliche Liebe hatte, gut vertragen.

H. Peus - Dessau.

Aus der Entgegnung des Genossen Peus geht hervor, daß er sich der Konsequenzen, die sein Esperanto-Unterricht haben kann, nicht einmal voll bewußt ist. Oder vermag er die Zahl derer zu kontingenzieren, die sich — auf die Anregung im Dessauer Parteiblatt hin — an das Studium des Esperanto machen? Kann Peus verhindern, daß von den 11000 Abonnenten und weit mehr Lesern des Dessauer Blattes auch solche Leser und Leserrinnen des „Vollblättler“ die Siphonarbeit auf sich nehmen, denen für dergleichen Beschäftigung noch jede Vorkenntnis, jede Eignung fehlt? —

Es sei übrigens auch noch konstatiert, daß Genosse Peus von den Wirkungen seiner esperantistischen Bildungsarbeit nicht immer so bescheiden gedacht und gesprochen hat wie hier oben. Schrieb er doch am 14. Dezember 1907 im „Vollblättler“ für Anhalt: er wolle

„den Tausenden (!) unserer Leser die Kenntnis (!) desselben (Esperanto) . . . auf leichte Weise vermitteln. . . Es kann keinen (!) Leser geben, der nicht mit Vorteil das Stück Belehrung, das wir täglich über die Weltsprache bieten werden, hinnehmen wird . . .“

Ein Genosse aus Nummersburg bei Berlin teilt uns in einem neunseitigen Schreiben seine Erfahrungen ad „Esperanto“ mit. Er habe, so schreibt er, wochenlang Zeit und Kraft geopfert, um schließlich zu seiner furchtbaren Selbstenttäuschung gewahr zu werden, daß alle Mühe an der Unkenntnis der — Muttersprache endete! Dabei suchte dieser Genosse das Esperanto nicht — à la Peus — von toten Buchstaben zu erlernen, sondern in einem Kursus der Berliner Esperantistengruppe. Circa 30 Teilnehmer zählte der Kursus am ersten Abend, am dritten waren es nur noch 13, am sechsten Abend, nach welchem unser Genosse den Besuch der Kurse einstellte, nur noch sieben oder acht Teilnehmer! Der Genosse kommt zu dem bitteren Vorschlag: Peus sollte den Anhaltler Arbeitern lieber noch deutschen Sprachunterricht erteilen als esperantistischen! —

Ueber das, was der Partei und den Genossen schädlich oder „nicht schädlich“ ist, wollen wir mit Peus nicht streiten noch rechten. Wir meinen jedenfalls, daß wir bis auf weiteres erst lange, lange noch dem internationalen Proletariat zu bieten haben, was ihm positiv nützlich ist.

Sozialdemokratisches Presbureau.

Ueber das zu schaffende Presbureau meldet die „Mannh. Volksstimme“: Die Vorsteherchaft des Bureaus ist dieser Tage nun dem leitenden Redakteur unseres Frankfurter Parteiblattes, dem Genossen Dr. Luard, angetragen worden. Derselbe hat diese ehrenvolle Berufung nach einem Schwanken mit Rücksicht auf den bisherigen ihm lieb gewordenen Wirkungskreis in Frankfurt jedoch abgelehnt.

Diese Meldung unseres Mannheimer Bruderblattes ist nur zum Teil richtig. Genosse Luard war im Prinzip bereit, die Leitung des Presbureaus in Berlin zu übernehmen. Die Verhandlungen sind aber aus anderen Gründen gescheitert.

Der Mensch muß sich zu helfen wissen. Aus Halle a. S. berichtet man uns: Ein Jurist, von dem viele noch etwas lernen können, ist der hiesige Rechtsanwalt Oscar Suchsland, früherer Bürgermeister von Lindenwalde. Er hatte gegen den Genossen Redakteur Thiele vom „Vollblättler“ einen Privatbeleidigungsprozess mit umfangreichem Zeugnisverweigerungsverfahren anhängig gemacht und war damit hincingefallen. Suchsland wurde in zwei Instanzen kostenpflichtig abgewiesen und von dem Genossen Thiele ermahnt, auch die Anwaltskosten in Höhe von 38,40 M. zu zahlen. — Herr Suchsland lehnte aber die Vergleichung ab mit dem Hinweis, Thiele habe ihn durch Ablehnung der Lächerlichkeit bezw. Beteiligung an den injuriösen Artikeln in einer gegen die guten Sitten verstoßenden Weise vorläufig Schaden zugefügt. Nicht er, Suchsland, sondern Thiele sei nach § 826 des Bürgerlichen Gesetzbuchs zum Ertrage der Suchsland'schen Kosten in Höhe von 61,30 M. verpflichtet. — Damit dürfte der Kulminationspunkt der Juristenlogik überschritten sein.

Personalien. Aus der Redaktion der Breslauer „Vollblättler“ ist Genosse Georg Kaul am 1. Januar ausgetreten.

Berein deutscher Arbeiter in Prag. Reisende Genossen, deren Weg nach oder durch Prag führt, werden eingeladen, das Vereinsheim, Leitmergasse 19, I. Stock, zu besuchen, das täglich von 1/2 bis

1/10 Uhr, an Sonntagen von 10 bis 12 Uhr vormittags geöffnet ist. Der „Vorwärts“ und die österreichischen Parteiblätter liegen auf. Bereitwillig werden Auskünfte über Prager Arbeitsverhältnisse erteilt.

Partei- und Gewerkschaftsblätter werden freundlichst um Nachdruck ersucht.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Redakteuren. Eine Gefängnisstrafe von fünf Monaten, so berichtet man uns unterm 5. Januar aus Halle an der Saale, hat am Sonnabend der Genosse Redakteur Thiele vom „Halle'schen Volksblatt“ angetreten. Die Strafe hat er sich durch eine Erzählung im „Vollblättler“ über die Verurteilung eines Pfarrers in einem Freudenhause zugezogen. Durch die latente Arbeit sollten nicht weniger als die ganzen Pfarrer der Provinz Sachsen beleidigt worden sein. Der saarische Justizwund, der in Halle a. S. weht, bringt es mit sich, daß fast permanent ein Mitglied der Redaktion im Gefängnis weilte. Vor Weihnachten verließ Genosse Thiele die unglücklichen Hallen und schon wieder sind ihm wie auch dem Genossen Leopoldi mehrere Monate zugebracht worden. Auch gegen den Genossen Thiele schwebt noch ein weiterer Beleidigungsprozess.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Metallarbeiter! Die Kollegen von der Berliner Motorwagenfabrik in Reinickendorf-Ost, verlängerte Koloniestraße, haben wegen Differenzen mit der Firma in der vorigen Woche die Arbeit niederlegen müssen.

Die Kollegen befinden sich noch im Streik. Die Firma ist für Metallarbeiter jeder Branche bis auf weiteres gesperrt. Deutscher Metallarbeiterverband. Ortsverwaltung Berlin.

Gegen die Einigung.

Der Verein der Zimmerer Berlins und Umgegend hielt am Sonntag in den „Industriesälen“ eine außerordentliche Generalversammlung ab, um die in der Versammlung vom 15. Dezember abgeordnete Diskussion über die Verschmelzung mit dem Verband fortzusetzen und über die Frage abzustimmen. Zunächst gab der Geschäftsleiter Fischer eine Erklärung ab und verlas die Uebertrittsbedingungen, wie sie nun endgültig am 19. Dezember zwischen den Zentralinstanzen des Verbandes und der Geschäftsleitung der Vereinigung der Zimmerer Deutschlands unter Berücksichtigung der in der letzten Vereinsversammlung geäußerten Wünsche festgesetzt wurden. Es ist darin der Sachinhalt, daß allen Mitgliedern des Verbandes die freie uneingeschränkte politische Betätigung gewährleistet wird, ein Punkt, über den bekanntlich bei den früheren Einigungsverhandlungen keine Einigung erzielt worden war. Ferner verpflichteten sich die Zentralinstanzen des Verbandes, den das Beststellungsrecht des Zentralvorstandes betreffenden Absatz 5 des § 24 des Verbandsstatuts in der nächsten Generalversammlung zur Verhandlung zu bringen und für eine bessere Fassung, eventuell für Beseitigung dieser Bestimmung einzutreten. An den Orten, wo der Uebertritt erfolgt, soll der Vorstand neu gewählt werden, und zwar in der Weise, daß beide Richtungen ihrer Mitgliederzahl entsprechend in dem neuen Vorstand vertreten sind. Bei diesen Neuwahlen der Ortsvorstände scheidet jene Bestimmung über das Beststellungsrecht des Zentralvorstandes aus. Die Mitglieder der Vereinigung der Zimmerer Deutschlands treten als im Sinne des Verbandsstatuts vollberechtigte Mitglieder in den Verband über. Der Datum des Uebertritts ist auf den 2. März 1908 festgesetzt; mit diesem Tage beginnen die Pflichten und Rechte der übertretenden Mitglieder. Wer erst nach dem 14. März übertritt, gilt als neuzutretendes Mitglied. Das Vermögen der Geschäftsleitung wird nach Erfüllung aller Verbindlichkeiten der Hauptkasse des Verbandes zugeführt; ebenso der vierte Teil der Kassenbestände der einzelnen Vereine, während der Rest samt dem Inventar und den Bibliotheken der Vereine den Ortsvorständen der Verbandsgemeinschaften überwiesen wird. In der Vereinigung der Zimmerer Deutschlands hört die Beitragsleistung am 1. Februar auf. In der beitragsfreien Zeit bis zum 2. März haben die Mitglieder ihre Bücher in Ordnung zu bringen und sie an die Geschäftsleitung oder den Vereinsvorstand zwecks Umtausch abzuliefern. Erörterungen und Beschlüsse über die inneren Einrichtungen der Verbandsgemeinschaften, über das Delegatensystem usw., bleiben den Jahrestellerversammlungen vorbehalten.

Wenn die Fürsprecher der Einigungsbedingungen sich vielleicht der Hoffnung hingeeben hatten, daß die Gegner nun einen anderen Standpunkt dazu einnehmen würden, so haben sie sich durch den Verlauf und das Ergebnis der Versammlung getäuscht. Nachdem Czaminski im Sinne der Uebertrittsbedingungen gesprochen hatte, stellte Kepschläger den Geschäftsleitungsantrag, den Beschluß der vorigen Versammlung, wonach die Mitglieder der Geschäftsleitung und des Ausschusses erst nach den anderen Diskussionen das Wort erhalten sollten, aufzuheben. Der Antrag wurde abgelehnt; ebenso ein zweiter Antrag, abwechselnd einen Fürsprecher und einen Gegner der Uebertrittsbedingungen sprechen zu lassen. In der eigentlichen Diskussion äußerten sich dann vier Redner gegen die vorgeschlagene Einigung, von denen einer sehr scharf hervorhob, daß es nicht nur die Bedingungen, sondern auch die Grundzüge und die ganze Taktik der Zentralverbände seien, was die Verschmelzung unmöglich mache. „Uns trennt eine ganze Weltanschauung“, meinte der Redner. Darauf wurde Schluß der Debatte beschlossen. Ein neuer Antrag Kepschlägers, nun noch den Mitgliedern der Geschäftsleitung das Wort zu gewähren, wurde wiederum verworfen! Nur der Referent Wilhelm Schäfer konnte noch in seinem Schlusswort für die Einigung sprechen. Der Antrag, die Uebertrittsbedingungen, wie sie am 19. Dezember vereinbart waren, anzunehmen und somit den Verein aufzulösen, wurde mit 33 gegen 279 Stimmen abgelehnt. Der Vorsitzende Juppelach bemerkte dazu, daß die Mitglieder mit diesem Beschluß die erste Pflicht übernommen hätten, allen Widerwärtigkeiten, die sich daraus ergeben würden, allem äußeren Druck standzuhalten. Sodann wurde die Frage an den Geschäftsleiter Fischer gerichtet, ob er und die Geschäftsleitung nun diesem Beschluß oder dem Einigungsbeschluß der Konferenz der Vereinigung der Zimmerer Deutschlands folgen wollten. Fischer erklärte darauf, daß ihm und der Geschäftsleitung, den demokratischen Grundsätzen der Organisation entsprechend, die Beschlüsse der Konferenz, als die der höchsten Instanz der Vereinigung maßgebend seien, und daß die Geschäftsleitung dafür Sorge tragen werde, daß alle Mitglieder des Vereins dem Zentralverband beitreten. Diese Erklärung rief härmischen Widerspruch hervor.

Die Konferenz der Vereinigung hatte bekanntlich Geschäftsleitung und Ausschuss mit der Vertretung auf dem bevorstehenden Kongress der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften betraut. Demgegenüber beschloß nun die Versammlung, sechs Delegierte des Vereins nach dem Kongress zu senden, und wählte als solche: Clamann, Paul Schäfer, Heinrich Weisel, Oldenburg, Hermann Rupp und Jänike. Ferner wurde beschlossen, bis auf weiteres keine Gelder mehr an die Geschäftsleitung der Vereinigung abzuführen. Darauf wurde der Antrag gestellt, die Mitglieder der Geschäftsleitung: Theodor Fischer, Wilhelm Schmidt, Labilke, Kepschläger und Czaminski, die die Uebertrittsbedingungen unterzeichnet haben, wegen vorläufiger Schädigung des Vereins auszuscheiden, sowie ein Infamant, den Ausschuss auf alle 33 Mitglieder, die vorherin dafür gestimmt haben, auszudehnen. Beide Anträge wurden jedoch gegen wenige Stimmen abgelehnt. Man will erst abwarten, was die Fürsprecher der Einigung weiter unternehmen werden.

Die Versammlung beschloß dann noch, den freitenden Webern in Krefeld 300 M. zu senden, und dem Vereinsvorstand 1000 M. zur Verfügung zu stellen, die, wenn nötig, demselben Zweck dienen sollen.

Wir stehen nicht an zu erklären, daß die geringfügige Minorität von 279 Mitgliedern der Berliner Freien Vereinigung der Zimmerer durchaus nicht im Interesse der allgemeinen Arbeiterbewegung handelte, als sie unter Vorherablassung aller demokratischen Grundsätze und unter Vergeßlichkeit der Einigungsfreunde in der Versammlung das Einigungsrecht verwarf. Die kommende Einigung in der deutschen Arbeiterbewegung vermag freilich auch das Votum der 279 nicht zu ändern; diese ist eine Notwendigkeit, die nicht mehr zu hinterzählen ist. Den Rest der Arbeitsstehenden werden im kommenden Sommer die Scharfmacher aufreiben!

In der Bohnerhof-Bierbrauerei in Spandau haben gestern vormittag 70 beim Eisen beschäftigte Arbeiter infolge von Lohnabzügen die Arbeit eingestellt. Diese Arbeit wurde sonst mit 4 M. bezahlt; die Direktion stellte sich aber jetzt auf den Standpunkt, daß für jede eine Arbeit 3,50 M. genügend seien. Die Direktion lehnt jede weitere Verhandlung ab.

Achtung, Klavierarbeiter! In der Sonntagsnummer des „Vorwärts“ unter Gewerkschaftliches ist ein Trudelfehler unterlaufen. Es muß heißen Firma Schneider in Liegnitz und nicht Firma Schneider in Leipzig.

Deutsches Reich.

Das Ende des Kampfes in der Textilindustrie am Niederrhein.

Wie voraus zu sehen war, haben die Samt- und Plüschfabrikanten in ihrer Generalversammlung beschlossen, ihre Arbeiter vorläufig nicht auszusperrn. Sollten aber bis zum 11. Januar die Seidenstoffweber die Arbeit nicht aufgenommen haben, dann werden die Samtweber in Krefeld am 13. Januar geschlossen. In den Außenbezirken könnte die Aussperrung erst am 25. Januar vor sich gehen, weil dort die 11tägige Kündigung maßgebend ist.

Diese Beschlüsse werden nicht zur Ausführung kommen, weil der Widerstand, soweit er sich bei einem Teil der Stoffweber noch zeigt, in den nächsten Tagen vollständig gebrochen ist. Aber durch einen anderen Beschluß, den die Samtfabrikanten gefaßt, werden die Samtweber schwer geschädigt. Von Montag, den 8. Januar ab wird in den Samtweberbetrieben die Arbeitszeit auf 4 Stunden täglich reduziert. Begründet wird diese Maßregel mit der Behauptung, es fehle das zu verarbeitende Material, Ursache sei die Aussperrung der Färbereiarbeiter. Tatsache ist aber, daß die auswärtigen Färbereien genügend Material geliefert haben, es handelt sich um eine Schikane der Fabrikanten, für einige Zeit soll den Samtwebern der Profort höher gehängt werden.

Nachdem die Sperre von den Fabrikanten aufgehoben worden ist, haben die Christlichen beschlossen, am Dienstag, den 7. Januar die Arbeit aufzunehmen. Den nächtlichen Beschluß haben die Färbereiarbeiter, nachdem die Verbandsfunktionäre ihnen die Aussichtslosigkeit des Kampfes vor Augen geführt, gefaßt. Nur die Seidenstoffweber leisten, wie bemerkt, noch hier und dort Widerstand, doch auch diese werden, da ihnen keine Unterstützung seitens der Organisationen zuteil wird und weil die Gefahr vorliegt, daß die Christlichen die besten Arbeitsplätze besetzen, den Kampf aufgeben müssen. Das Gros der Textilarbeiter nimmt am 7. Januar die Arbeit auf.

Ausland.

Der Automobilsverkehr in London.

Beide Seiten, Unternehmer wie Angestellte, sind zum weiteren Aushalten entschlossen. Die Unternehmer behaupten, daß sie nur das einführen wollen, was bei ihren Konkurrenten bereits in Geltung ist, während die Arbeiter erklären, daß sie die volle Sympathie ihrer Kollegen bei den Konkurrenzgesellschaften haben, und sie fühlen sich stark genug, den Kampf durchzuführen. Die Gesellschaft verliert an den Einnahmen pro Tag 700 bis 800 Pfund Sterling (14 000 bis 16 000 M.); die Angestellten würden, wenn der Streik eine Woche dauert, etwa 2000 Pfund (40 000 M.) an Löhnen verlieren. Die Unternehmer geben zu, daß die Angestellten durch die Neuordnung eine längere Arbeitszeit haben würden, erklären aber, daß sie dadurch auch ihre Löhne erhöhen könnten. Es ist der Gesellschaft noch nicht gelungen, mehr als zwanzig Wagen mit Streifbrochern — „Scabs“ — zu bekommen. Das Londoner Publikum empfindet die Störung im Verkehr sehr unangenehm und muß sich mit allerlei Wagen begnügen, die von sinnigen Geschäftsleuten auf den vielbefahrenen Straßen als Ersatz angeboten werden.

Eine große Aussperrung wird in den englischen Baumwollspinnereien beabsichtigt. Die Unternehmer wollen lieber ihre Fabriken schließen, ehe sie die gestellten Forderungen auf eine Lohn-erhöhung nachgeben. In der Unternehmervereinigung, der „Federation of Master Cotton Spinners“, wurde eine Abstimmung wegen dieser Frage vorgenommen und das Resultat kürzlich in Manchester bekannt gemacht. 96 Proz. der Unternehmer sollen sich bereit erklärt haben, bis zum 21. Januar ihre Betriebe zu schließen, wenn bis dahin nicht der Streik, der jetzt in vier Betrieben in Oldham besteht, beendet ist. Die Aussperrung würde 150 000 Angestellte betreffen und 50 000 Weber in Mitleidenschaft ziehen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Die Scharfmacher kommandieren.

London, 6. Januar. (W. T. V.) Der Ausschuss des Verbandes der Baumwollspinnereibesitzer erklärt an Rundschreiben, in dem das zugunsten der Aussperrung ausgefallene Ergebnis der Abstimmung bekannt gegeben wird. Gleichzeitig werden die Spinner angewiesen, ihren Angestellten eine vom 18. Januar ab laufende Kündigungsfrist von einer Woche zu geben.

Opfer der Kälte.

Frankfurt a. M., 6. Januar. (W. T. V.) Die strenge Kälte hat zahlreiche Opfer gefordert. Auf der Bahnstrecke von Bensheim wurde der 71-jährige Arbeiter A. Wüst erfroren aufgefunden. In Alsenz ist ein Arbeiter auf dem Wege von der Arbeit nach Hause erfroren. In Halber erfroren ebenfalls ein Wäderegele auf dem Wege nach seiner Wohnung.

Ihr sollt euch nicht Schätze sammeln . . .

Kürnberg, 6. Januar. (W. T. V.) Gestern vormittag ist in einem Pfarrhaus des Dorfes Kraftshof, halbwegs zwischen Nürnberg und Erlangen ein Einbruch verübt worden, als die sämtlichen Bewohner in der Kirche waren. Nach einem hiesigen Blatte sind etwa 30 000 Mark in Wertpapieren, etwas bares Geld und eine goldene Uhr entwendet worden.

Die göttliche Weltordnung.

Madrid, 6. Januar. (W. T. V.) In St. Lucar verteilten die Behörden mehrere 1000 Pfund Brot an die Arbeitslosen. Die Arbeit in ganz Andalusien stockt. Bauden ziehen in die Gegenden und rauben und plündern.

Gefangenenervolte.

London, 6. Januar. (W. T. V.) Ein Gefangener des Distriktsgefängnisses von Dartmoor schlug während der Rückkehr vom Kirchgang einen Wärter. Andere Gefangene machten gemeinsame Sache mit ihm, rissen zwei Wägen zu Boden und verletzten sie so schwer, daß sie ins Hospital gebracht werden mußten. Die Gefangenen wurden schließlich überwältigt.

Das Wüten der Cholera.

Konstantinopel, 6. Januar. (W. T. V.) Die Sanitätsbehörden wurden heute durch die Stadtpflichter von zwei choleraverdächtigen Fällen der Wasservorstadt Beicos in Kenntnis gesetzt, von denen einer tödlich verlaufen ist. In Refka, Medina, Dscheddab, Jambou und Abual sind 176 neue Cholerafälle, von denen 122 tödlichen Ausgang hatten, festgestellt worden.

Die Einigung der Bauarbeiter.

Die Freie Vereinigung der Bauarbeiter hielt ihre dritte Konferenz am Sonntag und Montag in Pökers Saal, Weberstr. 17, ab. Die Konferenz war besetzt durch 20 Delegierte aus den einzelnen örtlichen Vereinen der Freien Vereinigung.

Den ersten Punkt der Tagesordnung bildete der Bericht des Geschäftsleiters. Hierzu lag ein gedruckter Bericht vor, welcher die Zeit vom 1. April 1906 bis 30. September 1907 umfaßt. Aus dem Bericht geht folgendes hervor: Bei der vorigen Konferenz gehörten der Freien Vereinigung 8 Vereine an, während der Berichtszeit sind 13 Vereine hinzugekommen, 3 davon haben sich neuerdings aufgelöst, so daß die Freie Vereinigung jetzt 18 örtliche Vereine mit zusammen 2384 Mitgliedern zählt.

Der Geschäftsleiter Baum fügte dem gedruckten Bericht noch einige mündliche Ergänzungen hinzu und beklagte, daß sich die Solidarität der einzelnen Vereine beim Berliner Streit nicht in wünschenswerter Weise betätigt habe, denn von den ausgeschriebenen Ertragsbeiträgen sei nur ein Teil eingegangen, während ein großer Teil noch ausstehe.

Diese Angelegenheit bildete auch in der Diskussion den Hauptpunkt der Erörterung. Die Vertreter der betreffenden Vereine suchten das unzulängliche Eingehen der Ertragsbeiträge aus den örtlichen Verhältnissen zu erklären. — An der Tätigkeit des Geschäftsleiters hatte keiner etwas auszusagen. Nach Schluß der Debatte wurde dem Geschäftsleiter einstimmig Decharge erteilt.

Einigungsverhandlungen

auf der Tagesordnung. Zwischen den Vertretern der Freien Vereinigung und denen des Zentralverbandes sind unter Mitwirkung des Parteivorstandes am 7. Dezember u. s. Einigungsbedingungen vereinbart, die der Konferenz zur endgültigen Beschlussfassung vorzulegen. Die Einigungsbedingungen decken sich im wesentlichen mit denen, die auch zwischen den Organisationen der Maurer vereinbart worden sind. Den Mitgliedern der Freien Vereinigung wird im Verbandsbeirat die Betätigung ihrer politischen Grundzüge im Sinne des Programms der sozialdemokratischen Partei gewährleistet.

Baum-Berlin, der über die Einigungsverhandlungen referierte, besprach die Vorgeschichte derselben und begründete die Ein-

gung mit dem Verband unter Hinweis auf den Beschluß des internationalen Kongresses in Stuttgart, der die Gegenseite, welche früher zwischen den beiden Gewerkschaftsrichtungen bestanden, aus der Welt geschafft habe. Ferner verwies der Redner auf die allgemeine Situation. Der feste Zusammenschluß der Unternehmer und deren Absicht, die Arbeiter mit allen möglichen Mitteln zu bekämpfen, mache eine einheitliche, geschlossene Organisation der Arbeiter zur Notwendigkeit.

Es entstand nun eine lange Debatte, die sich bis zum Abend hinzog. Gegen die Einigung sprachen besonders die Delegierten aus Magdeburg und aus Hamburg. Sie erklärten, daß ihnen die vorliegenden Einigungsbedingungen keine genügende Garantie für die Wahrung des Selbstbestimmungsrechts der einzelnen Mitgliedschaften im Verbandsbeirat bieten. Alle örtlichen Streitigkeiten mit dem Verbandsbeirat, die teils mehrere Jahre zurückliegen, wurden gegen die Verschmelzung ins Feld geführt. Die Hamburger, welche den dortigen Verein der Abbrucharbeiter vertreten, machten geltend, daß die besonderen Verhältnisse dieser Arbeitergruppe eine vollkommen selbständige Vertretung verlangen, die ihnen als Sektion des Verbandes nicht zuerkannt werde.

Nach Schluß der Debatte wurde folgender Antrag in namentlicher Abstimmung mit 17 gegen 7 Stimmen angenommen: Die Delegierten nehmen Kenntnis von dem Resultat der Einigungsverhandlung mit dem Verband der baugewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands unter Vorbehalt des Parteivorstandes und erklären sich mit der Stellungnahme und dem Vorgehen der Geschäftsleitung hierbei voll einverstanden.

Die Delegierten erkennen die Notwendigkeit einer einheitlichen geschlossenen Organisation der Bau-, Erd- und gewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands an; sie fassen sich der Tatsache nicht verschließen, daß gegenüber den festfügigen, gegen und gerichteten Organisationen der Arbeitgeber, eine solche der Arbeitnehmer jetzt mehr denn je entgegenzustellen ist.

Aus diesem Grunde verpflichten sich die Delegierten, für die am 7. Dezember vereinbarten Bedingungen einzutreten, und für deren Durchführung in ihrem Ortsverein Sorge zu tragen, damit alle Vereine, die der Fr. V. d. B. D. bisher angeschlossen sind, am 1. März sich dem Verband der baugewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands anschließen. An sämtliche Mitglieder der Fr. V. d. B. D. richten die Delegierten den dringenden Wunsch, den Bedingungen ihre Zustimmung zu geben.

Zur Durchführung der Konferenzbeschlüsse erhält die Geschäftsleitung den Auftrag, die nötigen Maßnahmen, die dazu erforderlich sind, einzuleiten, und sind deren Funktionen nicht eher als erledigt zu betrachten, bis der Anschluß der Ortsvereine erfolgt ist.

Als letzter Punkt der Tagesordnung wurde der 8. Kongreß der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften besprochen. Nachdem Wed-Berlin über diesen Punkt kurz referiert hatte, beschloß die Konferenz, den Kongreß durch 4 Delegierte zu beschicken, die daselbst im Sinne der Beschlüsse der

Konferenz zu wirken haben. Die Konferenz stellt den Antrag auf Auflösung der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften und verpflichtet die Delegierten, diesen Antrag geschlossen zu vertreten. Als Delegierte zum Kongreß werden gewählt Baum-Berlin, Marx-Hamburg, Caffé-Berlin, Duplé-Berlin, Korgel-Berlin und Meißner-Erfner.

Die Hamburger verzichteten auf ein Kongreßmandat, weil sie sich ohne Zustimmung ihres Vereins nicht auf den eben angenommenen Antrag verpflichten konnten. Es wurde ihnen anheimgestellt, einen siebenten Delegierten durch ihren Verein wählen zu lassen, falls derselbe den Kongreß beschicken wolle.

Damit war die Tagesordnung erledigt. Der Vorsitzende Korgel schloß die Konferenz mit dem Wunsche, daß die Delegierten für die Durchführung der Einigung wirken, damit eine einheitliche Organisation der Bauarbeiter zustande kommt.

Das beleidigte Memeler Nationaldenkmal vor Gericht.

Zur Ergänzung unseres Berichtes tragen wir noch nach: Vorsitzender: Angeklagter Radwald, Ihnen wird zur Last gelegt, der Verfasser des Artikels zu sein.

Radwald: Ich erkläre, daß ich den Artikel geschrieben und in die Druckerei gegeben habe. Die Darstellung meines Kollegen ist absolut richtig. Er konnte von dem Artikel nicht die notwendige Kenntnis haben, da er tatsächlich nicht mehr dauernd in der Redaktion tätig war. Die Zeichnungsänderung war nur noch nicht vorgenommen.

Vorsitzender: Wir gehen dann auf den Artikel ein. Sie haben da die Ausdrücke „Schandfäule“ und „Tragikomödie“ gebraucht. Was stellen Sie sich unter Schandfäule vor und warum haben Sie den Artikel geschrieben?

Radwald: In einer Schandfäule sehe ich eine Säule, die an irgend eine Schande erinnert. Den Ausdruck habe ich zuerst in einer Beschreibung des Denkmals, die durch mehrere Mütter ging, gelesen. Es hieß da: „Die Borussia stützt sich auf eine zerbrochene Schandfäule“. Dann habe ich den Artikel geschrieben, um der Geschichtsfälschung, die damals in den bürgerlichen Müttern getrieben wurde, entgegenzutreten, soweit das in einem Zeitungsartikel möglich war. — Unter Tragikomödie verstehe ich eine Handlung, die zugleich heitere und ernste Gefühle auslöst. Irgend ein spöttischer Gedanke ist mir bei dem Ausdruck nicht gekommen. Auch habe ich in

Keiner Weise an den Kaiser gedacht.

wie ich überhaupt an Personen, auch an die Herren des Denkmal-Komitees nicht im geringsten gedacht habe. Dem Artikel kann keinerlei beleidigende Absicht zugrunde gelegen haben, da er sich ja in keiner Weise mit beteiligten Personen beschäftigte, sondern nur eine geschichtskritische Beleuchtung des Denkmals enthielt. — Für den „Landboten“ bin ich verantwortlich. Die Ueberschrift ist geändert worden, weil die bürgerlichen Mütter in dem Ausdruck Schandfäule etwas besonders Anstößiges fanden. Im übrigen habe ich den Artikel im „Landboten“ nicht zusammengestellt. Wer es gemacht hat, gebe ich aber nicht an.

Staatsanwalt Paefeler stellt fest, daß Radwald am 15. September, also sechs Tage vorher, in Memel einen Vortrag gehalten hat, der sich mit derselben Materie beschäftigte.

Radwald: Ja, das wird stimmen, ich war aufgefordert, dorthin zu kommen und die Sache historisch zu beleuchten. Nunmehr wird durch den Vorsitzenden der Artikel „Die Schandfäule in Memel“ vorgelesen. Da er sehr schnell und leise liest, ersucht der Verteidiger, etwas lauter zu lesen.

Vorsitzender: Angeklagter Radwald, was sollte dieser letzte Satz bedeuten: Die Arbeiterklasse weiß, daß, wenn Reichens Schweigen, Steine reden, und daß künftigen Geschlechtern die Schandfäule zu Memel von Preußens Schmach zu Beginn nicht nur des 19., sondern auch des 20. Jahrhunderts berechtes Zeugnis ablegen wird.“

Radwald: Das Denkmal in Memel ist ein Borussia-Denkmal und stellt demnach symbolisch Preußen dar. Ich bin nun der Ansicht, daß alle Borussia-Denkmal aus dem Anfang des 20. Jahrhunderts und an die Schande Preußens erinnern. Preußen ist nicht nur den westeuropäischen, sondern auch den anderen deutschen Staaten gegenüber ungeheuer rückständig. Und die Ursache hierzu ist das Dreiklassenwahlrecht. Württemberg hat längst das

fammlungen reden!“ — „Wieso?“ — „Na, daran darf doch nur deutsch gesprochen werden?“ (Jugend.)

Notizen.

Als Nachfolger Joachims als Leiter der Weigenassen an der Berliner Hochschule für Musik ist Henri Martin berufen worden. Der junge Künstler — er ist erst 33 Jahre alt — hat als Weigenassenspieler sich längst einen geachteten Namen geschaffen; er ist zurzeit in Genf tätig. Martin hat sich in Berlin längst als ebenso glänzender wie gefühlvoller und edler Meister erwiesen. Er ist denn auch von Joachim selbst noch als Nachfolger vorgeschlagen worden.

Max Bruch beging am Montag seinen 70. Geburtstag. Als Lehrer für Komposition wirkt er seit Jahren an der Berliner Hochschule für Musik. Als Komponist ist er — der schon als Knabe einen Preis der Mozartstiftung errang — besonders durch seine Chorwerke hervorgetreten, zu deren bekanntesten „Brithjof“, „Odysseus“, „Das Lied von der Glode“ gehören.

Wühnenchronik. Albert Heine, der zurzeit als Regisseur am Münchener Hoftheater tätig ist, wurde für das Berliner Theater — hauptsächlich als Charakterdarsteller — verpflichtet. Heine sieht von seinem Wirken am Königl. Schauspielhaus her, dem er in den neunziger Jahren angehörte, noch im guten Andenken als scharfsinniger Künstler.

Theaterchronik. Felix Philippis neuestes Schauspiel „Die Ernte“ hat merkwürdigerweise seine Uraufführung am Wiener Deutschen Volkstheater erlebt. Das Stück ist ein sogenanntes Schauspiel, das die Entdeckung eines jungen Liebespaars, das sie Geschwister sind, bühnenmäßig verarbeitet. — Karl Goldmark, der bald 78jährige Komponist, hat das Wintermärchen in einer Irish-weisen Musik vertont, der auch vollständige, frisch amnotierte Bände nachgerühmt werden. Das Werk kam kürzlich an der Wiener Hofoper zur ersten Aufführung und hatte lebhaften Erfolg.

Widerfälschungen großen Stiles ist man in München auf die Spur gekommen. Die betriebsamen Fälscher, die im Aus- und Inlande förmliche Fabriken dieses Genres unterhalten, stellen sonst meist ältere Kunstwerke — von antiken Münzen, Statuen angefangen bis zu preraphaelischen und Renaissancegemälden herab — mit verblüffender Geschicklichkeit her und begnaden damit nicht nur Berliner und Amerikanische Parvenus, die sich eine Galerie mit und ohne Ahnenbilder einrichten, sondern selbst erfahrene Kunstkenner. Die Münchener Händler, von denen man zwei misant sechs Agenten verhaftet hat, haben dagegen gefälschte Lenbachs, Wödlins, Menzels usw. vertrieben. Das bei dem erschreckenden Fleiß, das bei dem Kunstproletariat herrscht, sich auch arme Leute finden, die ihre in der heutigen Gesellschaft sonst unverwerthbaren Talente für ein Schandgeld zu solchen Künften verleiten lassen, ist nicht weiter verwunderlich. Der Schwindel, der in der beginnenden kapitalistischen Wirtschaft allgemains Prinzip war, hat auf dem Gebiete der nicht beliebig reproduzierbaren Waren heute noch eine unbestreitbare Domäne.

Kleines feuilleton.

Theater.

Freie Volksbühne (im Neuen Schauspielhaus): Iphigenie auf Tauris, von Wolfgang Goethe. Es muß für den wahrhaftigen Künstler doch ein wunderbar erhebendes Gefühl sein, nach allem modernen Bühnenschnitzschmuck wieder einmal am fastlichen Quell altgriechischer Dichtung seine Seele rein zu haben. Untergangliche Gedanken klingen im herrlichsten Tonfall der deutschen Sprache an sein Ohr; ewige Gesänge erschüttern ihn, Gesänge, die die ganze Menschheit miteinander teilen. Es ist eine große Welt, nicht ein Ausschnitt von ihr, die sich da vor und ausbreitet. Gleichsam über allen Stüpfen wandelt der Geist dieser Goetheschen Tragödie, die so recht eine Tragödie ist, weil sie Verführung bringt, und in ihrer künstlerischen Klarheit und dichtestrischen Reinheit keinerlei Schlacken aufkommen läßt. Vier erwacht dem Darsteller die Aufgabe, als Mittler zwischen dem Dichter und dem Hörer zu stehen, indem er seine Künstlerkraft steigert und mit ihr die Gemüter in die hohe Region der Klassizität erhebt. Je fester er auf dieser Linie zu wandeln weiß, deren Ueberschreiten so leicht verhängnisvoll werden kann, desto tieferer Erkundungen wird er hervordringen. Gertrud Arnold ist sich dieser ersten Aufgabe sehr wohl bewußt. Ihr steht die Gebärde der großen feierlichen Worte vollkommen zu Gebote. Sie rollt seine hohlen Tiraden. Ihre Ohren atmet olympische Luft. Sie ist zugleich die heiligste Waise Platonias und eines ruhenden Weib, als welche wir sie aus Goethes Händen empfangen haben und kennen. Was bei Hand Siebert anfanglich etwas befremdete: die für Recht nicht gerade glückliche Erscheinung und einige routinierte Griffe, die ans Komödiantenhafte streifen, das trat bald hinter die erschütternde großzügige Leistung zurück, und so empfing der Hörer von ihr einen nachhaltigen Eindruck. Auch Franz Döblin zeigte sich als Inhaber seiner Rolle gewachsen, weil seiner jugendfrischen Gestalt der Schwung einer hingebenden idealen Freundschaft und eines heftigen Optimismus recht wohl ansteht. Viktor Hartberg (Thaos) und Herbert Goehner (Arkas) bezeugten redlichen Eifer für ihre Aufgaben. So darf denn diese Aufführung der Iphigenien-Tragödie als eine Goethes würdige — auch was die stimmungsvolle Inszenierung angeht — willig und gerne bezeichnet werden. e. k.

Kunst.

Ein Maler der guten alten Zeiten. Der 7. Januar ruft die Erinnerung an einen Künstler wach, dem wir bereits auf der Jahrhundert-Ausstellung für einige reizende Eindrücke zu danken hatten. Am 7. Januar 1808 ist der Maler Friedrich Eduard Meyerheim in Danzig geboren worden. So fern seine sauberen, schmalen, zierlich glatten Bildchen heute unserem Empfinden und unseren künstlerischen Anschauungen stehen, sie grühen doch in ihrer Ehrlichkeit wie Erinnerungen an Szenen und Erlebnisse eines freundlichen Kinderlandes. Die sorgsame und mäßvolle Gewissenhaftigkeit, mit der Meyerheim seine Bilder bis zu einer fast vorzuleugnenden Glätte durchführte, war die peinliche Akkuratheit

und Ordnungsliebe einer einfachen Natur, die ihre Wider gern so blühend puzte wie die Hausfrau ihre Stübchen auf seinen Interieurs. Dieselbe Andacht zum Kleinen lebt in Meyerheim, wo sie sich zu gleicher Zeit in der Literatur in Stifter äußerte; ein idyllisch realistischer Jung geht durch seine Wauererlebnisse wie durch die damals anblühende Dorfnoth. Der junge Eduard geriet auf seinen ersten Kunstfahrten ins romantische Fahrwasser. Die malerischen Vandalen der Vaterstadt Danzig reizten ihn zu sorglicher Absonderung, so daß er 1832 seine Ansichten aus Danzig in zehn lithographierten Blättern herausgeben konnte. In Berlin unter Schadow in seinem Streben bestärkt, unternahm er Wanderungen durch die Mark Brandenburg lange vor Fontane und machte auch hier perspektivische Zeichnungen von den mittelalterlichen Waldsteinbauten. Das ihm eigenwillige Feld des realistischen Genres betrat er 1834 mit der reizenden „Regelgesellschaft“, einem prächtigen Bild in Berlin voll charakteristischer Gestalten und gemüthlicher Behabigkeit. Und als er dann 1836 in seinem „Schlingensiefel“ das Leben der westfälischen Bauern, wie es Zimmerman im „Oberhof“ geschildert, in festlicher Färbung darstellte, war sein Auf begründet und eine lange Reihe ähnlicher Werke folgte. Es sind die harmlosen und an sich so wenig befremdenden Szenen des stillen Familienlebens, die Meyerheim als erster vorgeführt hat und die später bis zum Ueberdruß von der deutschen Genremalerei wiederholt wurden. Bei ihm aber haben alle diese unbedeutenden Szenen ein eigenes Gesicht, eine heimliche Wärme.

Humoristisches.

Der Schwur des Schahs. Der Schah von Persien Mohammed Ali war, von russischem Einfluß angefaßt, der Meinung, der Konstitutionalismus sei ein schädliches Insekt und müsse durch Pulver und Blei vernichtet werden; zu diesem Zwecke hatte er sich schon eine größere Menge Pulver (natürlich persisches Insektenpulver) angeeignet. Die Russen reizten ihn zum Widerstand gegen Volk und Parlament. Aber auch das Volk und das Parlament waren bereit, ihre Interessen mit ihrem Blute zu verteidigen. Und so schien es einen Augenblick, als ob die Kruppen des Schahs und diejenigen des Parlaments aneinander geraten würden.

Aber es stieg, wie in Russland, der Parlamentarismus. Der Schah unterwarf sich ihm und leistete einen feierlichen Eid auf die Verfassung. Indes ist jetzt ein neuer Streit um die Form des Eides entbrannt. Die offizielle Presse berichtet, der Schah habe geschworen: „Ich gelobe es und schwöre es, daß ich die Verfassung beobachtet will.“ Der größte Teil der Zuhörer behauptet aber, der Schah habe geschworen: „Ich gelobe es schwärzlich, daß ich die Verfassung beobachtet will.“ Das Volk verlangt deshalb stürmisch, der Schah solle einen neuen Eid leisten; und dieser holt sich wieder bei seinen russischen Freunden Rat. Endlich hat man sich auf allen Seiten über eine neue Eidesform geeinigt; der Schah soll schwören: „Ich gelobe, daß ich alle Zeit die Verfassung ebenso treu und ebenso gewissenhaft halten und lieben werde, wie mein Vetter und Bruder, der Jar aller Reußen.“

Juristen. Wenn der § 7 des Vereinsgesetzes durchgeht, dürfen wir Juristen überhaupt nicht mehr in öffentlichen Ver-

allgemeine Wahlrecht

eingeführt. In Bayern und Baden hat man ein fast allgemeines Wahlrecht. Fast nirgends hat das Volk so wenig Rechte, wie in Preußen. Jeder zurückschauende Historiker muß daher bei jedem Vorkommnis zu Beginn des 20. Jahrhunderts an

die Schande Preußens

erinnert werden. Auf Antrag des Verteidigers, Rechtsanwalt Haase, wird ein Artikel aus der „Königsberger Allgemeinen Zeitung“ verlesen, in welchem eine Beschreibung des Denkmals enthalten ist. Darin ist ausgedrückt, daß

auf dem Denkmal tatsächlich eine Schandsäule

abgebildet ist. Eine zerbrochene Schandsäule, auf die sich die Borussia stützt.

Verteidiger Rechtsanwalt Haase: Es wird dem Angeklagten der Vorwurf gemacht, in dem Artikel nicht erweislich wahre Tatsachen veröffentlicht zu haben. Der Herr Staatsanwalt hat Beweismittel angeführt, u. a. den Artikel in der „Hartung'schen Zeitung“, worin dem Angeklagten Geschichtsklitterung und Behauptung unwahrer Tatsachen vorgeworfen wird. Er habe kein klares Bild über die geschichtlichen Vorgänge gegeben. Ich habe es nun für meine Pflicht als Verteidiger gehalten, den Antrag zu stellen, den Archivar und jetzigen Geschichtspräsidenten Lehmann darüber zu vernehmen, daß sämtliche in dem Artikel behaupteten Tatsachen richtig sind. Ich habe jetzt sogar ein Interesse daran, den Beweis zu erweitem, daß alles dies von den Behauptungen der Unwissenschaftler geleitet wird. Ich weiß zwar, daß dem nichts im Wege steht, Teile aus Werken im Plaidoyer zu verlesen, ohne daß sie zum Gegenstand der Verhandlung gemacht sind. Es ist für die Beurteilung des Angeklagten von weittragender Bedeutung, festzustellen, ob er Geschichtsklitterung getrieben und unwahre Tatsachen behauptet hat, oder ob er

nur wahre Tatsachen mit einer gewissen Verächtlichkeit vorgetragen hat. Unter diesen Umständen muß ich den größten Wert darauf legen, daß zum mindesten die Briefe, die Friedrich Wilhelm III. an Napoleon geschrieben hat, verlesen werden. Ferner muß ich Wert darauf legen, daß zum mindesten der Brief des Königs an Stein verlesen wird. Dann aber muß ich Wert darauf legen, daß alles das verlesen wird, was namentlich nicht nur Humboldt, sondern auch Delbrück und Lehmann festgestellt haben über die Königin Luise. Zur Erläuterung meines Antrages verlese ich die Briefe des Königs Friedrich Wilhelm III. an Napoleon.

Dann möchte ich zum mindesten hinweisen auf die Briefe der Königin Luise, die in der „Deutschen Rundschau“ veröffentlicht sind. In einem Brief vom 6. November 1807 schreibt Luise: „Wir haben zum Diner vier Gänge, zum Abend drei Gänge. Wir leben von der Luft.“

Ich glaube, daß diese Anträge genügen werden. In beantragte daher, aus den angeführten Werken von Lehmann, Bauer und der „Deutschen Rundschau“ die angeführten Stellen zu verlesen und den hiesigen Professor Krause zu vernehmen, der die Richtigkeit dieser Tatsachen bestätigen wird.

Der Staatsanwalt beantragt, den Antrag abzulehnen, da die Richtigkeit der behaupteten Tatsachen unerheblich ist.

Nach kurzer Beratung wird verkündet: Die

Scheidanträge werden abgelehnt,

da die Feststellung, ob die geschichtlichen Tatsachen richtig sind, nicht für die Verhandlung von bedeutendem Belang sein können. Die strafbare Handlung kann nur in Ausdrücken, die heute lebende Personen verletzen sollen, gesehen werden.

Staatsanwalt: Als der Kaiser nach hier kam, wurden ihm damals begeisterte Grüße entgegengebracht, nicht zum wenigsten durch die Presse. Dazwischen erschien der Artikel der „Volkzeitung“, der die Feier in Remel herabsetzte. Zunächst hat man die Artikel immer damit zu beken gesucht, daß Personen gar nicht genannt seien. Es kommt aber darauf gar nicht an, da nach Reichsgerichtsentscheidung gerade die verurteilten Verleumdungen die schlimmsten sind. Die geschichtlichen Reminiscenzen sind für die Anklage nicht von Belang. Es sind durch den Artikel Personen von heute und nicht durch geschichtliche Darstellungen verlorbene Personen getroffen worden. Der Artikel war dazu geeignet, Personen in der Achtung herabzusetzen. Er war ferner dazu geeignet, den Kaiser herabzusetzen. Die Tendenz des Artikels ist entschieden unpatriotisch, und deshalb war der Gedanke einer Majestätsbeleidigung sehr nahe liegend. Der Kaiser hat sein großes Interesse durch tätiges Eingreifen befunden, und wenn dann diese Feier, deren Mittelpunkt der Kaiser war, eine Tragikomödie genannt wird, wenn das zu enthüllende Denkmal als eine Schandsäule bezeichnet wird, und noch die zu feiernden Vorfahren geschmäht werden, dann ist die Frage der Majestätsbeleidigung unbedingt zu bejahen. Gewußt habe Marxwald ganz entschieden, daß der Kaiser kommen werde und wie die Stimmung in Remel war. Trotzdem hat er diese Artikel gebracht und auch eine Rede in Remel gehalten, die sich mit der Sache beschäftigte. Er hat also sicher mit vollem Vorbedacht gehandelt und auch den Artikel zur Herabsetzung des Kaisers und des Denkmalkomitees benutzt geschrieben.

Der Angeklagte Marchionini hat, wie er selbst sagt, in der fraglichen Zeit doch noch vorübergehend in der Redaktion gearbeitet. Und wenn er nun den Artikel mit der bezeichneten Ueberschrift sah, mußte er sich über den Artikel klar werden. Er ist zum mindesten noch dem solus eventualis strafbar. Er hat sich durch Zeichnung des Artikels

der Majestätsbeleidigung schuldig gemacht.

Wel der Verleumdung der Mitglieder des Denkmalkomitees liegt die Sache ähnlich: Die Verleumdung ist begangen durch Schmähung des Wertes, das die beleidigten Personen aus patriotischem Gefühl errichtet haben.

Die Angeklagten sind beide wegen Majestätsbeleidigung verurteilt. Das und auch die Stimmung, die Aufregung, die der Artikel bei den Patrioten, die es ehrlich mit ihrer Vaterlandsliebe meinen, hervorgerufen hat, muß ich als strafschärfend in Betracht gezogen werden. Die Veröffentlichung der Artikel gerade in der Zeit der höchsten patriotischen Stimmung ist beinahe eine ehrlose Handlung, denn das innerste Gefühl eines großen Teiles der Bevölkerung ist betruht und bis ins tiefste verletzt worden. Jeder anständige Mensch, allgemein gesprochen, sollte doch das innerste Gefühl anderer achten und würdigen. In Anbetracht all dieser Tatsachen und Erwägungen ist eine harte Strafe gegen den Verfasser des Artikels, den Angeklagten Marxwald, am Platze. Ich beantrage für jeden Fall der Verleumdung ein Jahr Gefängnis, zusammengezogen zu einer

Gesamtstrafe von einem Jahr und sechs Monaten Gefängnis, ferner ist die Verhaftung des Angeklagten auszusprechen.

Der Angeklagte Marchionini ist milder zu bestrafen. Ich beantrage gegen Marchionini

neun Monate Gefängnis,

ferner ist die Eingekerkelung der Zeitungen und der Platten zu verfügen.

Verteidiger Rechtsanwalt Haase: Für die Schuld des Angeklagten Marchionini ist heute nicht der geringste Beweis gebracht. Marchionini ist seit dem 15. September nur noch hin und wieder auf die Redaktion gekommen, um seinem Vertreter etwas zu helfen. Er konnte sich um die Redaktionsgeschäfte gar nicht kümmern, weil er mit den Vorbereitungen zu seiner Abreise nach Berlin beschäftigt war. Ich halte es für selbstverständlich, daß der Gerichtshof den übereinstimmenden Angaben der beiden Angeklagten über diesen Punkt Glauben schenkt.

Der Angeklagte Marxwald hat die volle Verantwortung für die Artikel übernommen. Er hat auch nicht nur erklärt, sondern auch den Beweis dafür angetreten, daß er den Artikel nicht leichtfertig, sondern auf Grund eingehender wissenschaftlicher Studien geschrieben hat. Er hat

nur geschichtliche Feststellungen

veröffentlicht. Ich behaupte, es wäre niemand eingefallen, in dem Artikel eine strafbare Handlung zu sehen, wenn nicht ein Blatt, das sich liberal nennt,

die „Königsberger Hartung'sche Zeitung“, vielleicht um frühere Sünden zu büßen, ihr hyperpatriotisches Herz erbebt und ein großes Geschrei über den Mittelalter in der „Volkzeitung“ erhoben hätte. Jetzt wußte ich, daß der Staatsanwalt einschreiten würde. Jetzt war der Dolus da, und nun suchte man einen Tatbestand zu konstruieren. Selbst der nationalliberale Führer, Justizrat Dr. Krause, hat die Ansicht ausgesprochen, daß eine strafrechtliche Verfolgung des Artikels nicht möglich sein würde. Ebenso der konservative Reichstagsabgeordnete Kretsch. Der bekannte Professor Hans Bruh hat sich in ähnlicher Weise wie der Angeklagte über die byzantinische Verhimmelung des Hohenzollernhauses ausgesprochen. Und nun frage ich, was steht in dem Artikel, aus dem sich die Empörung und Entrüstung herauslöst, die auch in dem Plaidoyer des Herrn Staatsanwalts zum Ausdruck gekommen ist. Aus dem ganzen Artikel sind zwei Worte herausgeholt und an denen werden die Angeklagten aufgehängt. Der Staatsanwalt meint, der Kaiser könne auch beleidigt werden, ohne daß er im Artikel genannt sei. Aber wo findet sich auch nur ein Hinweis, eine Beziehung auf den Kaiser? Nirgends! Soll es denn nicht mehr erlaubt sein, Angriffe gegen die Junker zu richten und ihnen ihr Sündenregister vorzuhalten, wie es alle Historiker tun? Nun hat man ferner eine Verleumdung des Denkmalkomitees konstruiert. Ich bitte den Herrn Staatsanwalt, mir zu bestätigen, daß die Herren des Strafantrags erst gestellt haben auf Verlangen der Staatsanwaltschaft und eine Anzahl der Herren es sogar abgelehnt haben, den Strafantrag zu stellen. Hierzu gehört auch der Staatsminister von Roltke. Der Angeklagte hat den Artikel gerichtet

gegen Byzantinismus und Servilismus

und dafür soll er auf 1½ Jahre ins Gefängnis? Ich bin überzeugt, daß Sie zur Freisprechung beider Angeklagten kommen müssen.

Der Staatsanwalt erwidert, der Angeklagte Marxwald sei durchaus nicht glaubwürdig. Marchionini habe von dem Artikel Kenntnis haben müssen. Bei dem Schlusssatz des Artikels habe der Angeklagte an den Kaiser denken müssen. Neben jener eine Stelle aus der „Volkzeitung“, wo gesagt sein soll, daß die Sozialdemokratie nur ihren Patriotismus für wahr, jeden anderen für Schwindel erklärt. Wir werden uns das hehre Bild, welches wir von der Königin Luise haben, durch solche Artikel nicht nehmen lassen.

Verteidiger Rechtsanwalt Haase: Der Herr Staatsanwalt hat den Wunsch ausgesprochen, daß das Bild, wie es auf Grund der Geschichtlegenden

entstanden ist, im Volke erhalten bleibe. Er wird es aber dem Angeklagten Marxwald nicht verdenken, wenn er auf Grund seiner Kenntnis der Geschichte den Wunsch hat, dieses Bild der Wahrheit gemäß

umzugestalten. Ich habe mich vorher über das Strafmaß nicht ausgesprochen, weil ich das nicht für nötig halte. Wenn der Herr Staatsanwalt den Antrag auf Verhaftung stellt, so möchte ich doch darauf hinweisen, daß der Angeklagte bisher nie davoo zurückgeschreckt ist, die Folgen seiner Tätigkeit zu tragen. Er würde es weit von sich weisen, sich einer, wenn auch noch so hohen Strafe, durch die Flucht zu entziehen.

Auf Antrag des Angeklagten Marxwald wird der vom Staatsanwalt zitierte Artikel über den Patriotismus der Sozialdemokratie verlesen. Hierbei wird festgestellt, daß der Artikel einen

ganz anderen Sinn

hat, als der Staatsanwalt behauptet.

Angeklagter Marxwald:

Der Herr Staatsanwalt, dem soeben schlagend betwiefen worden ist, daß er einen Artikel von mir, ganz gelinde gesagt, völlig mißverständlich zitiert hat, hat meine persönliche Ehrenhaftigkeit angezweifelt. Er sagt, ich hätte die Verfälschung des Artikels erst zugegeben, als mir nichts anderes mehr übrig blieb. Ich habe jedoch, als die Anklage kam, es sofort für meine selbstverständliche Pflicht gehalten, die volle und alleinige Verantwortung für den Artikel zu übernehmen. Vielleicht hat der Herr Staatsanwalt deshalb, weil er mir das Ehrgefühl absperrt, auch meine sofortige Verhaftung beantragt. Ich lege kein Gewicht auf die Ansicht des Herrn Staatsanwalts über meine Ehre. Wohl aber lege ich Gewicht auf die Ansicht meiner Parteigenossen hierüber. Selbst wenn die gegen mich verhängte Strafe noch hinausgehen sollte über das vom Herrn Staatsanwalt beantragte Strafmaß, so würde ich mich doch nie dieser Strafe durch feige Flucht entziehen.

Mein Verteidiger hat in seinem glänzenden und meines Erachtens unüberleglichen Plaidoyer die juristischen Gründe zusammengefaßt, welche eine Freisprechung bedingen. Mir selbst wird es, und zwar schon angesichts des hohen beantragten Strafmaßes, nicht bereut werden können, Ihre Aufmerksamkeit in Anspruch zu nehmen, wenn ich die Gründe zusammenfasse, die mich moralisch zur Veröffentlichung meines Artikels berechtigt haben. Sämmtliche Zustände waren es in der Tat, welche zum Zusammenbruch der alten preussischen Monarchie bei Jena führten. Zur Begründung dieser Behauptung berufe ich mich auf den größten Herrscher der Hohenzollernhäuser, Heinrich v. Treitschke. Vom Jahre 1795 an bis zum Jahre 1806 war die auswärtige Politik Preußens eine

ununterbrochene Kette von antinationalen Handlungen

gegen die deutsche Nation. Immer rief Preußen Frankreich zu Hilfe, um ein möglichst großes Stück von anderen deutschen Staaten zu erhalten. Treitschke schreibt, der Wettkampf der dynastischen Hahler habe vernichtet, was im Reiche noch vorhanden war an Treu und Glauben, an Pflicht und Ehre. Kaum war die Schlacht von Jena geschlagen, da war der König zum Frieden unter den demütigendsten Bedingungen bereit. Ich will mich nicht eingehend über die Behauptung verbreiten, daß die Königin Luise am gebrochenen Herzen gestorben sei. Man hat mir vorgeworfen, ich hätte kein Verständnis für den Schmerzgefühl einer gepreßten Mutter. Aber dann darf es keine Komödie sein, wie in diesem Falle. Die Königin hatte einfach die ihr von Hardenberg aufgedrängte Rolle auswendig gelernt. Die Volkserhebung im Jahre 1813 mußte dem Könige aufgegeben werden. Würde ein Journalist, der alles dies weiß, seine Pflicht gegen die Wahrheit und gegen die Wissenschaft gröblich verletzen, wenn er anlässlich der Enthüllung eines der Erinnerung an jene Zeit gewidmeten Denkmals nicht den Mut findet, den geschichtlichen Entstellungen und Unwahrheiten rückhaltlos entgegenzutreten? Den Inhalt des Artikels billige ich auch heute noch vollkommen. Ich habe damit nur meine Pflicht getan.

Nach dreiviertelstündiger Beratung verkündet der Vorsitzende das

Urteil:

Es kann gar keinem Zweifel unterliegen, daß der Angeklagte beabsichtigt hat, mit seinem Artikel die Aufmerksamkeit seiner Leser darauf zu lenken, daß in Remel nicht ein Nationaldenkmal, sondern eine Schandsäule errichtet wird. Es ist vollständig unglaubwürdig, wenn der Angeklagte erzählt, daß er mit dem Ausdruck Schande nur das preussische Dreiklassenwahlrecht habe treffen wollen. Davon ist in dem Artikel überhaupt nicht die Rede. Die ganzen historischen Ausführungen sind in dem Artikel nur gemacht, um den Anfang und den Schluß in einen Zusammenhang zu bringen. Die Teilnehmer an dem nationalen Fest sollten herabgewürdigt werden. Als Teilnehmer kam in erster Linie

in Frage der Kaiser. Mit einem Pathos, der in einer Volksversammlung mehr erbracht ist als im Gerichtssaale, hat der Angeklagte lange historische Ausführungen gemacht. Diese Tatsachen sind als unerheblich betrachtet worden. Was die Täterschaft des Angeklagten Marchionini anlangt, so hat der Gerichtshof den Angaben der beiden Angeklagten in diesem Punkt Glauben geschenkt und Marchionini wird daher freigesprochen. Der Angeklagte Marxwald ist bei der Tat mit großer Ueberlegung vorgegangen. Er wollte einen Bombenerfolg erzielen. In Anbetracht seiner vielen Vorstrafen erschien eine Gefängnisstrafe von 1 Jahr und 3 Monaten am Platze. Der Angeklagte wird sofort in Haft genommen, da kein Anlaß vorliegt, von der Regel abzuweichen. — Auf Antrag des Verteidigers beschließt das Gericht, daß Marxwald gegen eine Kaution von 10 000 M. freizulassen ist.

Wann werden die Invalidenrenten erhöht?

Wenigstens spricht man jetzt von der großen Forderung, verlangt oder gewährt Teuerungszulagen, weil mit den festgesetzten Gehältern nicht mehr auszukommen ist.

„Vater Staat“ soll den Gemeinden mit gutem Beispiele vorangehen, heißt es und den Beamten eine Aufbesserung ihrer Gehälter gewähren. Das ist nicht nur allein Tagesgespräch, sondern wird in manchen Fällen auch bereits praktisch durchgeführt. Sogar die Pensionen sollen erhöht werden, wie die deutsche Lehrerschaft jetzt ernsthaft fordert, da die bisherigen Sätze unzureichend sind, der herrschenden Teuerung nicht stand halten können. Gut! Das alles für die Beamten! Und die Arbeiter? Diese haben kein festes, kein sicheres Einkommen, statt Teuerungszulagen, jetzt Arbeitslosigkeit oder Lohnreduktion zu gewärtigen! Und erst die Invaliden der Arbeit? Wenn die Pensionen der Beamten nicht mehr ausreichen, die jährlich 1-2000 M. oft betragen, was sollen da erst die Invaliden- und Altersrentenempfänger sagen?

Wir Recht hat unsere Forderung schon vor 10 Jahren im Reichstage bei der Beratung des Invalidengesetzes von den ausgeworfenen Hungerrenten gesprochen. Und wie haben sich seit diesen Jahren die wirtschaftlichen Verhältnisse geändert, trotz enormer Teuerung sind die Hungerrenten geblieben, auch der Reichszulage wurde nicht erhöht. Wer denkt bei dem chronischen Dalles der Regierung an die Erhöhung dieses Zuschusses?

Die armen Invaliden müssen deshalb notgedrungen sich mit der erbärmlichen Rente zufriedeln geben, die im Höchstfalle beträgt

I	183 Mark pro Jahr
II	166 „ „ „
III	192 „ „ „
IV	217 „ „ „
V	229 „ „ „

Das sind Durchschnittsrenten und müssen deshalb Tausende mit noch viel niedrigeren Sätzen zufrieden sein. Renten von 185 M. auch in Lohnklasse II und III sind keine Seltenheit. In vereinzelter Fällen sehen auch die Landes-Versicherungsanstalten selbst ein, daß diese Hungerrenten nicht mehr ausreichen, obgleich sie niemals ausgereicht haben.

So schreibt die Landes-Versicherungsanstalt „Weimar“:

„Da sich die Höhe der Renten nach Zahl und Höhe der geleisteten Beiträge richtet, so sind diese z. B. naturgemäß noch gering, und schwanken von 115 M. bis 220 M. jährlich. Dieser Betrag erwies sich als zur Deckung der notwendigsten Lebensbedürfnisse namentlich in den Fällen als unzulänglich, in denen andere Einkommensquellen oder die Unterstützung durch Familienangehörige nicht zu Gebote standen. Insbesondere traf dies auf alleinstehende Personen zu, denen es außerdem an einem geeigneten Unterkommen und der erforderlichen Pflege gebrach.“

Aus Hunger, aus Not müssen deshalb diese Kernsten ihre letzten Kräfte wagen und ein neues Arbeitsverhältnis aufnehmen, sofern sie den Unternehmern ihre Invalidität verheimlichen können. Sie werden zu Lohnträgern wider Willen, weil sie ja wenig mehr leisten können, belasten die Krankenkassen aus neu, sicken dann früh dahin, da der Rest der Kräfte aufgebraucht ist.

Die Versicherungsanstalten gehen nur langsam dazu über, eigene Anstalten für Invaliden zu errichten, um diesen Aufnahme zu gewähren. Sie geben damit zu, daß die Rentempfänger mit diesen Beträgen nicht mehr auskommen können.

Als die Novelle zum Invalidengesetz am 1. Januar 1900 in Kraft trat, wurde es den Versicherungsanstalten ermöglicht, eigene Invalidenheime zu errichten, was es die Versicherungsanstalt „Thüringen“, welche die erste Anstalt zum Preise von 75 000 M. käuflich erworben hatte. Diefem Beispiele folgten bald andere Versicherungsanstalten, so daß nach den amtlichen Nachrichten des Reichsversicherungsamtes Nr. 4 1907 heute die Versicherungsanstalten „Berlin“, „Oberbayern“, „Schwaben und Neuburg“, „Thüringen“, „Braunschweig“, „Hanfsstädte“ usw. eigene Invalidenheime besitzen, neue errichten, ziele 930 Invaliden heute untergebracht sind! Doch was will diese kleinere Zahl bedeuten!

Der Bericht der Versicherungsanstalt „Thüringen“ gibt uns auch genaue Aufschluß über die Höhe der Pflegekosten eines Invaliden.

Die Ernährung beträgt, wobei die einzelnen Speisen genau aufgezählt sind, pro Tag 64 Pfennige, für Wäsche, Miets, Heizung, Zoidengelid usw. wurden noch 41 Pfennige pro Tag vorausgabt, so daß sich ein Pflegeetat auf 1,05 Mark stellt. Man denke, bei eigener Anstalt, bei 14 527 Pflegeetagen, rationeller Wirtschaft und Beschäftigung der Pflegeringe nach Möglichkeit, eine Ausgabe von 1,05 M. pro Tag = 31 Mark pro Monat.

Nun beträgt aber die Monatsrente nur 12 bis 16 Mark! Die Versicherungsanstalten haben deshalb oft mehr als den doppelten Betrag der Rente aufzuwenden, um die Rentempfänger unterzubringen. Aus welchen Mitteln soll nun der „freie“ Rentempfänger diese Zuschüsse leisten?

Die Versicherungsanstalt „Niederrhein“ schreibt in ihrem Bericht pro 1906, daß sie auch der Invalidenhauspflege ihre Aufmerksamkeit geschenkt habe. Statt eine eigene Anstalt zu erbauen, hat sie ihre Invaliden in Privatpflege gegeben, und sie bemerkt:

„In dem mit dem Hpt. St. Jorck in Landshut (Westph. und Vordalder J. Hiffermayer) verbundenen Invalidenhause der Versicherungsanstalt für Niederrhein finden Rentempfänger und Rentempfängerinnen Aufnahme mit bester Verpflegung und Pflege ohne Unterschied der Konfession.“ Als Pflegeetage sind teils der Versicherungsanstalt für männliche Personen 40 Mark und für weibliche 35 Mark monatlich zu zahlen.“

Die Invalidenhauspflege verursachte einen Aufwand von 44 340 Mark, wovon 25 168 Mark durch Renten und andere Einnahmen (wie Armenpflegezuschüsse, Unfallrenten usw.) gedeckt wurden, so daß ein Zuschuß von 19 172 Mark verblieb.“

Die viel größere Versicherungsanstalt „Sachsen“ hatte nur den Betrag von 15 520 Mark für Invalidenhauspflege aufgewendet. Da kein eigenes Heim vorhanden, so hat die Versicherungsanstalt die Pflegeringe in Privatanstalten untergebracht. Der Pflegeetat betrug pro Tag 1,06 Mark durchschnittlich, worauf eine durchschnittliche Einnahme von 0,42 M. in Anrechnung kam, so daß die Versicherungsanstalt im Durchschnitt täglich einen Zuschuß von 0,64 Mark für jeden Pflegering zu leisten hatte“. Die Rente betrug also pro Tag nur 42 Pfennige, während der Pflegeetat 1,06 Mark betrug.

Auch die Versicherungsanstalt „Württemberg“ besitzt noch kein eigenes Invalidenhaus, hatte aber im Jahre 1906 insgesamt 107 Rentempfänger in fremden Heimen untergebracht. Sehr billige Pflegeetagen boten ihr die vorhandenen Stiftungen, Stifte, die nur 260 M. pro Jahr Pflegegeld verlangten. Die Pflegeanstalt Liebenau z. B. 1 Mark pro Tag Pflegegeld und „12 Mark jährlich

für Bettmiete — zusammen 377 M. pro Jahr. Das Männerheim Karlsöhe verlangt dagegen 400 M. pro Jahr als Pflegegeld. So kam es, daß die Versicherungsaussicht auf die eigentlichen Renten in Höhe von 10 778 M. nur noch 8088 M. in bar zuzurechnen mußte; weil die große Mehrzahl der Invaliden zu einem Pflegegeld von 250 M. pro Jahr untergebracht wurden.

Doch überall die gleiche Erscheinung! Sehr niedrige Renten und erhebliche Zuschüsse der Versicherungsanstalten zu den Pflegegeldern. Alle Berichte sprechen von einer erheblichen Zunahme der Anträge auf Invalidenhauspflege. Kein Wunder! Wer kann mit 35 bis 42 Reichspfennigen pro Tag sich selbst ernähren? Wer soll als Rentempfänger auch damit noch eine Familie erhalten?

Die Hungerrenten schreien förmlich nach einer Erhöhung! Ob der Blockadler wohl eine Antwort davon hat?

Soziales.

Deutscher Vortag 1908.

Der deutsche Vortag 1908 wird vom 25. bis 27. Juni in Danzig stattfinden. Als vorläufige Tagesordnung sind folgende Gegenstände festgesetzt: 1. Unterweisung und Erziehung der Schuljugend zur Gesundheitspflege; 2. Bericht der Krankentosenkommission über die gegenwärtige Lage auf dem Gebiete der Reform des Krankenversicherungsgesetzes. Im Anschluß hieran soll das Verhältnis der Ärzte zu den freiwilligen Hilfsklassen zur Besprechung gelangen. 3. Der Beschäftigung auf dem weiten des Verbandes deutscher Lebensversicherungsgeellschaften zur Regelung der zukünftigen Honorierung der hausärztlichen und vertrauensärztlichen Zeugnisse gemachten Vorschläge, sowie eventuell zu dem Entwurf eines neuen Vertrages mit dem Verbande. Weiter ist beschlossen worden, von einer Kommission an der Hand eines von dieser zu entwerfenden Fragebogens durch Rundfrage bei den Bundesvereinen eine Erhebung veranstalten zu lassen über die Beziehungen der Ärzte zu den Berufsge nossenschaften.

Rechtsprechung gegen Arbeiterschaft.

Am 8. d. M. berichteten wir unter dieser Überschrift über die Verhandlung vor dem Kammergericht, welche die Arbeiterschaftsvorschriften nicht auf den Wälschbetrieb der Aktiengesellschaft Kaiser-Café und Kaiserfeller angewandt willen will, weil die Wälscherei als Nebenbetrieb des Restaurationsbetriebes weder eine Fabrik noch eine Werkstätte sei. In diesem Bericht ist infolge eines Druckfehlers als Name des angeklagten und freigesprochenen Direktors der Aktiengesellschaft Jandorf genannt, in Wirklichkeit heißt er Lombard.

Aus Industrie und Handel.

Ausichten.

Im Jahresbericht der Berliner Handelskammer wird die Wirtschaftslage durchaus nicht sehr optimistisch beurteilt, der Verfasser glaubt aber doch, die Krise werde keine sehr tiefgehenden Wirkungen haben. Es wird in dieser Beziehung bemerkt: Unerfreulich ist, daß die beiden Hauptfaktoren, welche den Rückgang herbeigeführt haben: die Teuerung des Kapitals und die Teuerung der sämtlichen Lebensbedürfnisse nebst der daraus folgenden Schwächung der Kaufkraft der Bevölkerung, zunächst noch schwer auf dem Erwerbsebenen lasten. Indessen fehlt es doch nicht an Gründen, welche eine Milderung dieser unangenehmen Schwierigkeiten erhoffen lassen. Die Knappheit des Kapitals rührt wesentlich her aus der sehr starken Entspannung der Gewerbetätigkeit diesseits und jenseits des Atlantischen Ozeans, sowie ferner aus der Erschlüpfung des Kredits in den Vereinigten Staaten. Der gewerbetätigen Tätigkeit ist bereits seit längerer Zeit durch den ganz abnorm hohen Zinssatz die Bremse angelegt worden; sie wirkt hüben mit mäßiger, drüben mit sehr großer Kraft, was in der Stilllegung zahlreicher Betriebe oder Betriebsteile, in der rücksichtslosen Entlassung von Arbeitern und in dem überaus starken Rückstrom von Auswanderern aus den Vereinigten Staaten nach Europa zutage tritt. Ist somit auf ein Nachlassen des Kapitalbedarfs in der Industrie zu schließen, so müssen andererseits die gewaltigen Geldsummen, welche durch die Kreditkrise der Vereinigten Staaten vom Markte verschwinden sind, doch über kurz oder lang wieder zum Vorschein kommen und als Kapital Veranlassung suchen.

Auf der Seite des Konsums, der Kaufkraft der deutschen Bevölkerung, sprechen für eine Erhaltung des bestehenden Standes zunächst die günstigen Einnahmen der landwirtschaftlichen Bevölkerung aus den letzten Jahren. Aber auch die hohen Löhne und Gehälter der Arbeiter und Angestellten werden wohl, wie oben dargelegt, im allgemeinen nicht wesentlich zurückgehen. Die Zahl ihrer Verbraucher wird vielleicht mit dem Umfange der Beschäftigung der Industrie noch etwas zusammenschrumpfen, doch wird der Konsumismus, den die deutsche Industrie im Gegenatz zum Beispiel zur nordamerikanischen in der Erhaltung ihres Arbeiterstandes zu üben pflegt, dazu beitragen, auch hier Uebersättigungen zu verhindern, den Arbeitern ihr Brot, der Industrie aber und den Landwirten die breite Abnehmerkraft zu erhalten. Daß die Arbeiter selbst angefaßt der abgeklärten Konjunktur und des reichlicher gewordenen Angebots von Arbeitskräften Störungen des sozialen Friedens vermeiden werden, ist von ihrer gewachsenen wirtschaftlichen Einsicht und taktischen Schulung zu erhoffen. Der Abzug nach dem Auslande sieht sich der im Jahre 1906 eingetretenen ungünstigen Veränderung seiner handelspolitischen Bedingungen gegenüber. Die statistische Zunahme seines Gesamtumlaufes — für je die ersten neun Monate 1907 gegen 1906 um reichlich eine Milliarde Mark oder etwa um 25 Proz. — kann ja noch nicht als für die Dauer verdrängt gelten, aber sie läßt doch immerhin der Hoffnung Raum, daß unsere Industrie, wenn auch unter manchen Veränderungen in den ausländischen Artikeln und in den ausgelassenen Ländern, doch schließlich die ihr notwendige ausländische Kundenschaft sich werde zu wahren wissen. Die Hoffnung wird verstärkt im Hinblick auf die mehrerwähnte Verbesserung der handelspolitischen Voraussetzungen unserer Konmerzgebiets Leistungsfähigkeit. Ihr gegenüber verliert namentlich auch der vielfach als übermächtig gefürchtete industrielle Wettbewerb der Vereinigten Staaten auf dritten Märkten viel von seinem Schrecken.

Annulierung von amerikanischen Aufträgen. Im Textil- und Bekleidungsgebiete macht gegenwärtig die Annulierung von amerikanischen Aufträgen von sich reden. Unter der Einwirkung der sehr günstigen Konjunktur hatten die Amerikaner auf lange Zeit hinaus ganz erhebliche Aufträge erteilt, ohne dabei mit der Möglichkeit einer Abschwächung der Aufnahmefähigkeit des amerikanischen Marktes zu rechnen. Infolge der im letzten Viertel des Jahres 1907 eingetretenen Depression hat diese Aufnahmefähigkeit abgenommen und die erteilten Aufträge sollen reduziert oder rückgängig gemacht werden. In den Kreisen der deutschen Fabrikanten nimmt man zu diesen Annulierungen eine verschiebenartige Stellung ein. Man sucht einestseits auf die amerikanischen Wünsche einzugehen, obgleich man sich sagt, daß ein Teil der amerikanischen Einkäufer die Aufträge nur annulliert, um bei einem niedrigeren Preisniveau sofort wieder einen Teil der Aufträge neu zu erteilen. Andere Fabrikanten wollen freilich die Amerikaner zwingen, die bestellten Waren innerhalb der vereinbarten Frist zu den abgemachten Preisen abzunehmen.

Reise in der Schwarzwälder Uhrenindustrie. In Schwenningen, wo heute in einer Anzahl Uhrenfabriken 3488 Arbeiter und außerdem noch 558 Heimatbeiter beschäftigt sind und die Jahresproduktion 5 812 000 Stück Uhren umfaßt, ist ein starker Mangel an Aufträgen eingetreten, so daß die tägliche Arbeitszeit von 9 1/2 auf 8 Stunden herabgesetzt wurde.

Fiskalmärkte in der Schweiz. Die herrschende Teuerung hat die Behörden in St. Gallen, Winterthur, Schaffhausen, Biel und verschiedenen anderen Gemeinden, denen sich noch immer weitere anreihen, veranlaßt, den direkten Bezug von Seefischen (aus See-

risinde) zu organisieren und sie zum Selbstkostenpreise an das Publikum abzugeben. In St. Gallen wurden in kürzester Zeit 30 Zentner abgesetzt an Käufer aus allen Kreisen der Bevölkerung.

Aus der Frauenbewegung.

Der Kampf um politische Gleichberechtigung.

Daß wir uns der Existenz eines Frauenstimmrechtsverbandes erfreuen, dürfte den meisten Leserinnen unbekannt sein. Ein solches Gebilde besteht jedoch nicht nur, es hat sogar ein besonderes Organ. Dieses erscheint als Beilage zur „Frauenbewegung“ und wird redigiert von Dr. Anita Augspurg. Das Blatt hat vielleicht ein paar Tausend Abonnentinnen, von denen auch vielleicht einige die Stimmrechtsartikel lesen. Das ist das, was von der bürgerlichen Frauenstimmrechtsbewegung zu erwähnen ist. Ein neuer Beweis dafür, daß den bürgerlichen sogenannten liberalen Gründungen keine Kraft, kein Saft innewohnt. Ob der Liberalismus den weiblichen oder männlichen Unterrod anzieht, er ist immer gleich wackelbändig. Und das ist ganz natürlich. Die konservativen und zentralistischen Bestrebungen sind getragen von einer festen Weltanschauung, der Liberalismus der Kopie. Wiener, Augspurg ist ein Konglomerat von Volkstümlichkeit, Ehrate, Inkonsistenz, Gerchmannesucht und Feigheit. Und daher die Unfruchtbarkeit des Liberalismus, daher der Uebermut der Reaktion.

Niemand, der auch nur etwas politisches Verständnis besitzt, kann sich der Einsicht verweigern, daß die augenblickliche Macht und das Selbstbewußtsein der Reaktion eine echte, rechte Blockade ist. Der offizielle Liberalismus hatte es tatsächlich in der Hand, die Wahlrechtsreform in Preußen zu fördern. Die Blockade war die Existenz Wilhoms. Ohne den Liberalismus konnte die gegenwärtige Regierung nach dem Ausfall der letzten Reichstagswahl nicht weiter existieren. Der Liberalismus konnte seine Bedingungen stellen, er konnte, er mußte die Wahlrechtsreform fordern. Was aber tat er? Er erging sich in Bekundungen der Ergebenheit für den Block. Und Ironie der Weltgeschichte: Anstatt daß die Liberalen die Bedingungen stellten, Wilkow akzeptiert unsere Forderungen oder er steigt, erklärt der Reichstagspräsident: entweder der Liberalismus lüßt, läßt die konservative Partei — oder ich gehe! Rühmlich der Liberalismus lüßt! Darf man sich da noch wundern, daß die Reaktion lähmer denn je das Haupt erhebt?

Und die bürgerlichen Frauen haben den Liberalen das Unfassbare wahrlich nicht erwidert. In der vorausgegangenen Wahlrechtsbewegung, bei den Wahlrechtsdemonstrationen, hörte man nichts vom Frauenstimmrechtsbund, nichts von einer Stimmrechtsbewegung. Die liberale Frauenpartei ist gerade so wie der Hochfiskus auf das Sprichtlein eingeschworen: Stille, stille, kein Geräusch gemacht! Dabei wollen wir allerdings auch freimütig konstatieren, daß die Anteilnahme der proletarischen Frauen bei den bisherigen Wahlrechtsaktionen und durchaus noch nicht befriedigt. Gewiß waren Frauen teilweise massenhaft in den Versammlungen erschienen, aber der große Zug fehlte. Der Kampf für Eroberung des Reichstagswahlrechts in Preußen wird in hervorragender Weise zu einer Demonstration für die politische Befreiung der Frau — wenn diese zielbewußt und energisch in den Kampf eintritt.

Auf dem letzten Parteitag ist in der Frage der Taktik dahin entschieden worden, daß bei allen passenden Anlässen die Forderung des aktiven und passiven Wahlrechts für die Frau erhoben werden soll. Eine bessere Gelegenheit, die Forderung mit in den Vordergrund zu schieben, als die preussische Wahlrechtsbewegung, gibt es aber nicht. Daß die Proletarierinnen, daß die Klassenbewußte Arbeiterschaft dabei nicht auf nachdrückliche Unterstützung der bürgerlichen Frauen rechnen kann, das hat die Erfahrung bewiesen. Der sogenannte Liberalismus muß naturgemäß ein sehr unsicherer Kantoniist auf diesem Gebiete sein. Er steht, wie bemerkt, nicht auf dem sicheren Fundament einer tiefgewurzten Weltanschauung, er jagt nach Wohlstandsbröcklein, die vom Tische der Regierung und der Junkerclique abfallen; er beugt sich gern mit einigen Scheinkongressen, die seinen eigenen Portemonnaieintressen nicht schaden und der großen Masse Sand in die Augen streuen.

Wirkliche Reformen, allgemeine gleiche Staatsbürgerrechte für Mann und Frau, müssen in letzter Linie denen zugute kommen, die das Bürgerrecht als seine wirtschaftlichen Gegner betrachtet. Und da ist es erklärlich, daß der Liberalismus nicht mit Begeisterung und Energie für das Frauenwahlrecht eintritt. Und weil die Klasseninteressen der bürgerlichen Frau mit denen der liberalen Männer zusammenfallen und viel stärker sind als der moralische Trieb, die Rechtlosigkeit der Frau zu bekämpfen, so können auch die bürgerlichen Frauen sich nicht zu energischen Wahlrechtskämpfen aufraffen.

Es ist gut, sich das zu vergegenwärtigen, dann verfällt man nicht auf den irrigen Gedanken, man werde eben, von jener Seite Unterstützung finden. Das Proletariat muß sich mit der Tatsache abfinden, daß es den Emanzipationskampf allein durchzuführen hat und die proletarische Frau muß wissen, daß die Eroberung politischer Gleichberechtigung mit dem Ratze in der Hauptsache ihr Werk sein muß.

Die englischen Frauen erkennen immer neue Mittel, um vor die Öffentlichkeit mit ihrem Anspruch auf das Wahlrecht zu treten. Vorhien Freitag organisierten sie in acht Polizeigerichtshöfen von London eine Kundmachung. Nach jedem Gericht begab sich eine Delegation von Frauen, nahm im Zuhörerraum Platz und wartete auf die Gelegenheit, daß eine Frau als Angeklagte dem Richter vorgeführt wurde. Ganz gleichgültig, welche Anklage vorlag, die Frauen erhoben sich sofort zu einem lauten Protest dagegen, daß eine Frau verurteilt werde auf Grund von Gesetzen, die nur von Männern gemacht seien. In einigen Fällen ließen die Richter die Frauen hinauswerfen, andere begnügten sich mit Drohungen gegen die Anwesenden; ein Vorsitzender forderte die protestierende Frau sehr energisch auf, den Mund zu halten. In einem Gericht ließ man sie, als der Frauenrechtleri verdächtig, das Lokal nicht betreten. Ein Richter war sehr höflich und erklärte, daß er seines Amtes walten müsse; die Frauen erwiderten ebenso höflich, daß sie das wohl verstanden und nichts gegen seine Amtshandlung einzuwenden, sondern die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf das Unrecht lenken wollten, welches den Frauen dadurch geschieht, daß man sie nicht als gleichberechtigt ansieht.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Ritzdorf, Dienstag, den 7. Januar, abends 8 1/2 Uhr, bei Ziel, Vergstraße 161/162. Vortrag. Genosse Stur „Japanische Kultur.“
Sonnenberg, den 11. Januar, Nachmittags bei Frisch, Anseebesitz 49.
Friedensau, Dienstag, den 7. Januar, bei Grube Generalversammlung. Mitgliedsbuch mitbringen.

Gerichts-Zeitung.

Zweierlei Recht?

Vor dem Ritzdorfer Schöffengericht wurden dieser Tage zwei sehr bemerkenswerte Urteile verhandelt.

1. In dem einen Fall handelt es sich um einen hundeseindlichen, gestrenghen Hauswirt. Der Hauswirt August Kimmel, der in seinem Hause Treptow, Ede Eisen- und Niesholzstraße, eine Schenkwirtschaft betreibt, war wegen Mißhandlung der Arbeiterfrau Fischer, einer Mieterin des

Kimmelschen Hauses, angeklagt. Der Hauswirt Kimmel hatte dem Ehepaar Fischer befohlen, ihren Hund abzuschaffen.

Am 30. Mai vorigen Jahres fand die Ehefrau Fischer mit ihrem Hund vor der Haustür und wollte fressen die Haustür aufschließen, um sich nach ihrer Wohnung zu begeben. Plötzlich nahe der gestrenghen Hauswirt Kimmel, mochte nochmal auf sein Hundesverbot aufmerksam und entließ der Frau Fischer mit Gewalt deren Hundeschlüssel mit den Worten: „Sie dürfen passieren, der Hund aber kommt nicht rein in mein Haus!“ Frau Fischer fragte: „Wie kommen Sie dazu, mir meinen Hundeschlüssel wegzunehmen?“ Bei längerem Hin- und Herstreiten rief Frau Fischer dem Kimmel zu: „Kommen Sie mit nicht noch einmal so frech, sonst haue ich Ihnen eine in die Nase.“ Nach der Aussage zweier Augenzeugen schlug der Hauswirt Kimmel hierauf der Arbeiterfrau Fischer mit der Faust ins Gesicht und ins Genick, daß ihr der Putz vom Kopf flog. Es sammelte sich eine größere Menschenmenge an, die gegen Kimmel und für die nun ausgesperrte Arbeiterfrau Partei nahm.

Frau Fischer bat einen gerade nebenan schliefenden Wächter, ihr das Haus aufzuschließen. Dieser verweigerte jedoch, ihr das Haus aufzuschließen. Wie lange die arme Frau schließlich noch nachts auf der Straße lampieren mußte und ob sie überhaupt mit dem Hunde Einlaß in fraglicher Nacht gefunden, ging aus der Gerichtsverhandlung nicht hervor.

Der Amtsanwalt billigte dem Angeklagten, der von Frau Fischer durch ihr Verhalten und ihre beleidigenden Worte gereizt worden sei und in der Erregung gehandelt habe, mildere Umstände zu, hob hervor, daß die Tat des Angeklagten einer Frau gegenüber eine ziemlich rohe sei und beantragte 25 M. Geldstrafe. Das Gericht kam gar zu einem freisprechenden Urteil. In den Gründen hieß es, der Angeklagte sei von der Frau Fischer gereizt und beleidigt worden und habe eine Verleumdung mit einer leichten Körperverletzung auf der Stelle erwidert. Rühmlich sei er zwar für schuldig aber für krafftlos zu erklären.

Uns dünkt, eine Verurteilung wegen roher Verleumdung und wegen Nötigung hätte dem Rechtsempfinden mehr entsprochen, dem Urteil nicht widersprochen.

2. In dem zweiten Fall vor demselben Gericht war nicht ein Hauswirt, sondern ein einfacher Handelsmann Max Brann angeklagt. Der Fall interessierte auch durch die hineinziehende Frage: Ist ein Butterbrot ein gefährliches Werkzeug?

Der Angeklagte kam am 14. Oktober 1907 von einer Geschäftstour durch die Eisenerstraße. Er hatte stark gezecht und befand sich in sehr ausgelassener Stimmung. Er begegnete den Arbeitern Kühn, Jäger und Halpert. Aus Uebermut schlug er diesen mit einer großen Stulle eines Bauerabrats im Vorübergehen ins Gesicht. Von einem Schuhmann wurde er zur Wade gebracht und Anklage wegen tätlicher Verleumdung gegen ihn erhoben. Der Amtsanwalt hält eine solche Verleumdung von Passanten für eine große Noheit, die eine ganz exemplarische Strafe verdient und beantragt 2 Wochen Gefängnis. Auch das Gericht schloß sich dieser Ansicht an, ging aber noch über den amtsonwärtigen Antrag hinaus und verurteilte den Angeklagten zu 4 Wochen Gefängnis.

Der gewiß nicht schöne und nicht zu billige „Sberg“ dürfte eher als großer Unfug wie als Verleumdung anzusehen sei. Sicherlich wird die Konstruktion der Stulle zu einem gefährlichen Werkzeug lebhaftes Bedenken erregen. Wie viele Studenten würden im Gefängnis sitzen, wenn wegen ähnlicher Kadautaten gegen sie gleich hohe Strafen ausgeworfen würden!

Ein eigenartiges Jagdabenteuer.

fürhte gestern der Berliner Schriftsteller Hans Hyan unter der Anklage des Jagdvergehens vor die 1. Strafkammer des Landgerichts III. Hyan hatte am 20. Juni v. J. auf der Jagd einen Rebhock geschossen, diesen aber nicht so getroffen, daß er auf der Stelle verendete. Der Hock tat sich vielmehr umpeit des Schützen schwer verletzt nieder und Hyan hegte nun seinen sehr scharfen Hund auf das kranke Wild. Jetzt wurde der Hock schlägt und ging über die Grenze in die königliche Forst. Dort saßte und würgte ihn der Hund, worauf das gut dressierte Tier durch lautes Bellen, beim Hock lebend bleibend, seinen Herrn herbeirief. Der Jäger ging nun, unter Juridilassung seines Gewehres, in den Wald hinein, um seinen Hund zu holen. Bei ihm angekommen, sah er, daß der Rebhock noch mit den Kräusen schlug, und ging nun den Hock ab, um dessen Qualen zu beenden und um ihn auch für den rechtmäßigen Besitzer, nämlich den Forstfiskus, zu sichern. Dann requirierte er einen Wagen, fuhr nach der zuständigen Försterei und brachte den Förster Schulz mit seinem Kutschknecht zu dem erlogten Wilde hin. An Ort und Stelle angekommen — es war inzwischen 11 Uhr nachts geworden —, übergab er dem Förster den Hock, ja, er half ihm denselben noch auspreden. Trotzdem wurde Hyan von dem Vorgesetzten des Schulz, dem Oberförster Brewer, wegen Jagdvergehens zur Anzeige gebracht. In der vom Oberförster selbst geleiteten Voruntersuchung wurde behauptet, H. habe die Absicht gehabt, sich den Hock anzueignen. — Dieser Vorfall, der für die Jägerwelt ein über die Person des Angeklagten hinausgehendes Interesse hat, war seinerzeit in Liebenwalde Gegenstand einer Schöffengerichtsverhandlung. Der vom Rechtsanwalt Dr. Halpert verteidigte Angeklagte wurde dort zu 10 M. Geldstrafe verurteilt. Das Gericht hatte sich allerdings auf den vom Sachverständigen, Schloßverwalter Dehnde in Admigs-Wusterhausen, vertretenen Standpunkt gestellt, daß Hyan jede eigennützige Absicht fernzulegen habe, hatte indessen in der Tatfrage des Abnehmens eine Art der Jagdausübung erblicken zu müssen geäußert und war so zur Verurteilung gekommen. — Einen wesentlich anderen Standpunkt nahm die Berufungskammer ein. Zum Termin waren außer Herrn Dehnde noch der Jagdverwalter Hah und von Seiten der Staatsanwaltschaft wiederum Oberförster Brewer als Sachverständiger geladen. Nach Schilderung der Sachlage durch den Angeklagten, dem voller Glauben beigewiesen wurde, und Verleumdung der Rechtslage durch Rechtsanwalt Dr. Halpert, glaubte der Gerichtshof auf die Sachverständigen bezichtigen zu können. Es wurde als erwiesen erachtet, daß sich zwar der Angeklagte der Jagdausübung durch das Abtöten des Hocks objektiv schuldig gemacht habe, daß ihm aber andererseits das Bewußtsein einer solchen Handlung und somit der Verletzung einer fremden Rechtspflicht vollständig fernzulegen habe. Er habe im Gegenteil geglaubt, das Interesse seines Reviernachbarn zu wahren und tatsächlich alles getan, was dazu dienen konnte. Deshalb wurde auf Freisprechung erkannt und die Kosten wurden der Staatskasse auferlegt.

Für einen schweren Straßenunfall.

wurde gestern der aus der Untersuchungshaft vorgeführte Ruffert Albert Stidel vor der 5. Strafkammer des Landgerichts I zur Verantwortung gezogen. Die Anklage lautete auf fahrlässige Tötung. Als am 11. November an der Haltestelle der Straßenbahn an der Ecke der Ring- und Schopenhauer Straße verschiedene Personen vor dem Straßenbahnwagen standen, um ihn zu besteigen, stießen sie plötzlich auseinander, da sie sahen, daß der Angeklagte mit seinem schweren Lastwagen im Trabe dahergefahren kam und ohne Rücksicht auf die am Straßenbahnwagen stehende Menge sowie unter Verhöhnung des strengen polizeilichen Gebots, an haltenden Straßenbahnwagen langsam vorbeizufahren, im schnellen Tempo zwischen Straßenbahnwagen und Bordsteine sich hindurchzwängen wollte. Mehrere Personen, die in dringender Gefahr waren, retteten sich noch durch schnelle Flucht auf den Bürgersteig; einem 78 Jahre alten Rütterchen, der Frau Langze, gelang dies aber nicht mehr. Sie wurde dicht an der Bordsteinkante von einem der Pferde erfaßt und zu Boden gemorfen. Der Angeklagte hatte die Herrschaft über die Pferde gänzlich verloren, er vermochte den Wagen nicht zum Stehen zu bringen und so ging denn Vorder- und Hinterrad des mit 80 Zentner belasteten Wagens über die unglückliche hinweg. Sie ist bald darauf gestorben. — Das Gericht hielt eine ganz exemplarische Strafe für einen so rücksichtslosen Wagenführer am Plage und verurteilte den Angeklagten zu einem Jahr sechs Monaten Gefängnis.

Von ähnlich hohen Strafen gegen rücksichtslose Autobesitzer ist uns nichts bekannt.

Am Mittwoch findet für Berlin und Vororte der Jahlabend statt.

Partei-Angelegenheiten.

Wilmersdorf. Am Mittwoch, den 8. d. M., abends 8 1/2 Uhr findet die Generalversammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstandes, des Kassierers und der Expedition. 2. Neuwahl des Gesamtvorstandes. 3. Vereinsangelegenheiten. Verschiedenes. Vor Beginn der Versammlung werden die Bezirksführer Beiträge entgegennehmen.

Zur Erledigung einer dringenden Parteiarbeit ersuchen wir die Genossen, um 6 Uhr am demselben Abend sich in ihren Bezirkslokalen einzufinden.

Genossen! Die Notwendigkeit der Parteiarbeit sowie die Wichtigkeit der Generalversammlung erfordert es, daß alle Genossen zur Stelle sind. Der Vorstand.

Steglitz. Da am Mittwoch der übliche Jahlabend stattfindet, fällt die Versammlung aus und wird in allen Bezirken reger Besuch erwartet.

Treptow-Baumfischweg. Die heutige Versammlung fällt aus. Zum morgigen Jahlabend werden die Genossen ersucht, unter allen Umständen eine Stunde früher zu erscheinen. Der Vorstand.

Cöpenick. Der Jahlabend am Mittwochabend findet Umstände halber bereits um 7 1/2 Uhr statt und zwar in folgenden Lokalen: Altstadt: Augustin, Grünstr. 14; Nieß-Vorstadt: Feidler, Müggelheimer Straße 29; Cöpenicker Vorstadt: Seidel, Grünauer Straße 31; Damm-Vorstadt: Ritter, Bahnhöfstr. 44. — Wir ersuchen dringend, zur festgesetzten Zeit anwesend zu sein. Der Vorstand.

Grüner. Die Genossen werden darauf hingewiesen, daß am Mittwoch, den 8. Januar, die Generalversammlung des Wahlvereins stattfindet. Der wichtigste Tagesordnung wegen ist es dringend notwendig, daß alle Genossen erscheinen.

Kaußdorf. Den Genossen zur Kenntnis, daß am Mittwoch Jahlabend stattfindet. Zahlreichen Besuch erwartet. Der Vorstand.

Pankow. Die Generalversammlung des Wahlvereins findet heute abend 1/2 9 Uhr im Gesellschaftshaus, Kreuzstr. 8/4, statt. Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstandes und der Revidoren. 2. Statutenberatung. 3. Neuwahl des Vorstandes. 4. Stellungnahme zur Kreisgeneralversammlung. 5. Verschiedenes. Die Genossen werden dringend ersucht, zahlreich und pünktlich zur Stelle zu sein. Mitgliedsbuch legitimiert. Der Vorstand.

Wilmersdorf. Den Genossen zur Nachricht, daß die Mitglieder-Versammlung heute nicht stattfindet. Dafür wird den Genossen zur Pflicht gemacht, morgen Mittwoch den Jahlabend bei Barth, Viktoriastraße 7, zu besuchen. Der Vorstand.

Spandau. Am Mittwoch, den 8. Januar: Jahlabend in allen Bezirken. Das Erscheinen aller Genossen ist unbedingt notwendig. Am Donnerstag, den 9. Januar, findet bei Schwabe, Seegelbstraße, eine öffentliche Versammlung für Männer und Frauen statt, in welcher wichtiger Protest eingelegt werden soll gegen das elende Landtagswahlrecht. Männer und Frauen Spandau! Erscheint in Massen in dieser Versammlung. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Achtung! Kaufmannsgerichtswahlen!

Die Listen der Arbeitgeberwähler liegen vom 3. bis 9. Januar im Wahlbureau des Magistrats, Poststraße 16 aus. Nur der kann am Wahltage wählen, der in die Wählerliste eingetragen ist.

Wir machen darauf aufmerksam, daß alle Gewerbetreibenden wahlberechtigt sind, die einen kaufmännischen Angestellten (Buchhalter, Reisenden, Expedienten, Lageristen, Maschinenschreiberin, Verkäufer, Verkäuferin, Lehrling, Lehrmädchen) beschäftigen.

Als Legitimation gilt die Bescheinigung der Eintragung in das Handelsregister oder die Gewerbesteuerquittung.

Wir ersuchen die Gewerbetreibenden, für ihre Eintragung in die Wählerliste zu sorgen.

Stadtrat D. Schaefer ist plötzlich im Alter von 68 Jahren in der Nacht zum Sonntag gestorben. Am vergangenen Donnerstag lagte er bereits über Unwohlsein infolge eines Falles, wohnte aber der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung noch bei. Stadtrat Schaefer war Vormitglied der städtischen Markthallen-Deputation, Mitglied der städtischen Schuldeputation und als solches Deputierter für die städtischen Schulbauten. Ferner war Schaefer Mitglied des Kuratoriums der Hauptstiftungstafel, städtischer Militärkommissar bei den Landwehrraj- und Aushebungskommissionen.

Aus der Praxis eines Kinderarztes.

Dem Kinderkrankenhaus in der Reiniken-dorferstraße, das früher ein Unternehmen privater Wohltätigkeit war, aber seit einigen Jahren der Stadt gehört, ist oft nachgerühmt worden, daß es eine Musteranstalt sein wolle. Um so mehr sind wir erstaunt über das folgende Vorkommnis, das uns aus diesem Krankenhaus berichtet wird. Eine Familie R. mußte ein Kind, das an Diphtherie erkrankt war, dem Kinderkrankenhaus überweisen und sollte vorsichtshalber auch ein zweites Kind dort untersuchen lassen, ob es bereits angesteckt worden sei. Frau R. begab sich mit diesem Kinde, einem Knaben von knapp 4 1/2 Jahren, nach der Anstalt und wurde auf Saal 20 einem Arzt vorgeführt. Der Arzt — seinen Namen hat man uns leider nicht angeben können — wollte dem Jungen ein löffelförmiges Instrument in den Mund stecken, um die Untersuchung vorzunehmen zu können. Als nun der Kleine, dem diese Manipulation Unbehagen bereitete, sich dagegen wehrte, gab der Arzt ihm einen Schlag ins Gesicht. Das Kind hatte an einem Mundwinkel eine wunde Stelle, die mit Schorf etwa in der Größe eines Markstückes bedeckt war. Der Arzt wiederholte seinen Versuch und mühte sich ab, dem Jungen den Mund zu öffnen. Dabei plagte der Schorf, ein Blutstrahl spritzte heraus und ergoß sich über die Jade des Jungen sowie über den weißen Kittel des Arztes. Der Arzt sprang auf und rief ärgerlich: „Das ist ja ein ganz gefährlicher Esel!“ Während dann die Mutter das Blut zu stillen suchte, entwiderte sich zwischen ihr und dem Arzt ein erregtes Zwiegespräch, das von ihr folgendermaßen dargestellt wird: Der Arzt habe geschimpft: „Das Schœufal fass ich überhaupt nicht mehr an!“ Darauf habe sie geantwortet: „Herr Doktor, das ist ja auch nicht nötig.“ Er: „Dann erziehen Sie doch Ihre Kinder

anders.“ Sie: „Wenn das Kind nicht still hält, kann ich auch nicht ändern.“ Sie nahm ihren Jungen und sagte zu ihm: „Na, dann wollen wir nur gehen.“ Aber nun fuhr der Arzt, der wohl inzwischen zur Besinnung gekommen war, hastig dazwischen: „Weichen Sie hier, erst muß ich das Kind verbinden“. Er stülpte das Blut und bedeckte die Wunde schließlich wiederholte er nochmals den Versuch, dem Jungen den Mund zu öffnen. Wieder wehrte sich der Junge, aber durch einen Handgriff, den jetzt der Arzt am Hals des Kindes ausübte, wurde es erreicht, daß der Mund sich aufstieß und die Untersuchung vorgenommen werden konnte. Der Arzt entließ Mutter und Kind mit den Worten: „Morgen um zehn sind Sie wieder hier; denn so heilt das nicht“. Frau R. hat es vorgezogen, nicht wiederzukommen, weil sie diesen Kinderarzt nicht ein zweites Mal bemähen wollte. Den Angaben, die sie uns über jenes Vorkommnis machte, hat sie die Versicherung hinzugefügt, sie habe trotz der großen und begrifflichen Erregung, in die sie durch dieses Benehmen des Arztes versetzt wurde, sich in keinem Punkte verhört. Wer kann uns sagen, wie der Arzt heißt? Wir möchten seinen Namen gern weitesten Kreisen bekanntgeben. Der Herr Doktor wird ja wohl mal dem Kinderkrankenhaus den Rücken kehren und die dort an den Kindern armer Leute erworbenen Kenntnisse in einträglicher Privatpraxis zum Segen der Kinder von Vermittelten verwerten wollen. Da wäre es vielleicht ganz interessant, wenn später einmal festgestellt werden könnte, wie derselbe Herr als Privatarzt die Kinder seiner wohlhabenden Kundschaft behandelt. Aber am Ende wird nach dieser Veröffentlichung er selber das Bedürfnis verspüren, sich bei uns zu melden und der Darstellung der Frau R. seine eigene Auffassung entgegenzusetzen.

Aus der Verklüfte der Steuerverwaltung.

Wie weit in Berlin bei der Steuereinzahlung die tatsächlichen Einnahmen hinter den ausgeschriebenen Beträgen zurückbleiben, darüber kann man sich aus den alljährlichen Verwaltungsberichten der Steuerdeputation des Magistrats unterrichten. Der Prozentsatz derjenigen Beträge, die als Reste in das folgende Jahr hinübergenommen werden müssen oder wegen Unbeitreulichkeit bzw. wegen Nichtverpflichtung niedergeschlagen werden müssen, ist bei den einzelnen Steuerarten verschieden. Er wechselt auch im Laufe der Jahre, und zwar zeigt sich hierbei ein unverkennbarer Einfluß der jeweiligen Wirtschaftslage auf das Ergebnis der Steuereinzahlung. Interessant in dieser Hinsicht ist besonders das Einziehungsergebnis der Einkommensteuern. Die Einkommensteuern sind die allgemeinsten Steuern; sie erfassen den größten Teil der Bevölkerung. Sie sind auch die wichtigsten, weil sie den höchsten Ertrag liefern.

Im Steuerjahr 1906 (laufend vom 1. April bis zum 31. März folgenden Jahres) mußten bei der Gemeinde-Einkommensteuer von ihrem Sollbetrag 3,23 Proz. wegen Nichtverpflichtung und 2,06 Proz. wegen Unbeitreulichkeit niedergeschlagen werden und 2,14 Proz. mußten als Rest ins folgende Jahr mit hinübergenommen werden, so daß die Isteinnahme nur 92,57 Proz. des Sollbetrages brachte. Da aber auch hiervon noch 1,55 Proz. für Rückzahlungen abgingen, so blieben als Reingewinn nur 91,02 Proz. Bei der Staats-Einkommensteuer, die ja durch die Steuerverwaltung der Stadt mit eingezogen wird, betrugen die Niederschlagungen wegen Nichtverpflichtung 3,93 Proz., wegen Unbeitreulichkeit 2,31 Proz., die Reste 1,98 Proz., also die Isteinnahme 91,78 Proz., ferner die Rückzahlungen 0,96 Proz., mithin die Reineinnahme nur 90,82 Proz. Beachtung verdienen besonders die Niederschlagungen wegen Unbeitreulichkeit, sie zeigen seit mehreren Jahren eine ununterbrochene Zunahme. Ihr Anteil war in den vier Steuerjahren 1903, 1904, 1905, 1906 bei der Gemeinde-Einkommensteuer 1,42 Proz., 1,51 Proz., 1,73 Proz., 2,06 Proz., bei der Staats-Einkommensteuer 1,54 Proz., 1,70 Proz., 1,90 Proz., 2,31 Proz. des Sollbetrages.

Für die Staats-Einkommensteuer werden in den Jahresberichten der Steuerverwaltung neben diesen Hauptzahlen noch die besonderen Einziehungsergebnisse der beiden Gruppen von Einkommen unter 3000 M. und über 3000 M. mitgeteilt. Sie sind sehr lehrreich. Im Steuerjahr 1906 mußten bei den Einkommen über 3000 M. vom Sollbetrag der Steuer nur 2,64 Proz. wegen Nichtverpflichtung und nur 0,26 Proz. wegen Unbeitreulichkeit niedergeschlagen werden und nur 1,19 Proz. blieben in Rest. Dagegen betrugen bei den Einkommen unter 3000 M. die Niederschlagungen wegen Nichtverpflichtung 8,47 Proz. und wegen Unbeitreulichkeit 9,54 Proz. des Sollbetrages der Steuern und in Rest blieben noch 4,76 Proz., so daß schließlich nicht viel mehr als drei Viertel der ausgeschriebenen Steuern hereingebraucht werden konnten. Am schärfsten ist der Gegensatz zwischen den beiden Gruppen bei den Niederschlagungen wegen Unbeitreulichkeit. Stellt man auch diese aus den letzten vier Jahren zusammen, so ergeben sich für 1903—06 bei den Einkommen über 3000 M. nur 0,32 Proz., 0,27 Proz., 0,26 Proz., 0,26 Proz. des Steuerbills, aber bei den Einkommen unter 3000 M. 6,77 Proz., 7,32 Proz., 7,92 Proz., 9,54 Proz. des Steuerbills. Der Anteil der Niederschlagungen wegen Unbeitreulichkeit ist bei den Einkommen über 3000 M. nicht größer geworden, dagegen ist er bei den Einkommen unter 3000 M. so beträchtlich gestiegen, daß hier im letzten Jahr die als unbeitreulich niedergeschlagenen Beträge fast schon ein Zehntel des ganzen Steuerbills dieser Einkommensgruppe ausmachten.

Einkommenschätzung und Steuerveranlagung zeigen uns den Gegensatz der Klassen, in die die Gesellschaft sich scheidet. Vervollständigt wird aber dieses Bild noch durch das Ergebnis der Steuereinzahlung, wie es in den oben mitgeteilten Zahlen sich darstellt. Der Unbemittelte entbehrt viel schwerer die paar Mark Steuern, die er von seinem geringen Verdienst hergeben muß, als der Wohlhabende die Hunderte von Mark, mit denen sein bedeutendes Einkommen besteuert wird. Die Sozialdemokratie fordert eine Einkommensteuer, die mehr als bisher die Wohlhabenden belastet und dafür die Unbemittelten entlastet. Aber das ist eine jener „umstürzlerischen“ Forderungen, von denen die besitzende Klasse nichts hören mag.

Arbeiter-Bildungsschule Berlin.

Durch die am Donnerstag stattfindenden Volksversammlungen veranlaßt, fällt die Bibliothekstunde an diesem Tage aus. Die Mitglieder, welche zu diesem Abend per Karte geladen waren, werden gebeten, am Freitag, den 10. d. M., abends zwischen 8 und 9 Uhr zu erscheinen.

Tausende von Schlittschuhläufern bevölkerten am Sonntag den Müggelsee, dessen Eisbahn noch am Sonntag polizeilich freigegeben worden ist. Der Verkehr nach der gewaltigen Eisbahn war ein bedeutender. Auch die übrigen Natureisbahnen auf der Havel, Oberpree und Dahme waren gut besucht und nicht minder stark war der Verkehr auf den Kunsteisbahnen in Berlin. Der Eisport hat auch eine Anzahl Opfer gefordert. So ertrank in der Oberpree bei Marienlust ein Schlittschuhläufer. Ein junger Mann hatte sich auf eine verbotene Stelle hinaufgewagt und er sollte seinen Leichnam mit dem Tode büßen. Vom nahen Forst aus beobachteten Spaziergänger, wie er plötzlich im Eise einbrach und unter der Eisdecke verschwand. Sofort vorgenommene Rettungsversuche hatten leider keinen Erfolg mehr. In größter Lebensgefahr schwebten zwei Geschwister bei einem Unfall, der einen glücklicheren Verlauf nehmen sollte. Auf der Havel bei Schlittenhorn waren die beiden ebenfalls an einer nicht freigegebenen Stelle Schlittschuh gefahren. Sie kamen dabei an eine Stelle heran, die schon einmal aufgehauen worden und die nur mit einer dünnen Eisschicht überzogen war. Die Unvorsichtigen stürzten beide ins Wasser und wären auf ihre jämmerlichen Hülfserufe nicht Spaziergänger zu ihrer Rettung hinzugeeilt, so wären sie zweifellos ertrunken. Auf der Weiseseebahn stieß der Gymnasiast Artur Kossall, Weiseseebahn 35 wohnhaft mit einem anderen Schlittschuhläufer so festig zusammen, daß er mit voller Wucht auf die Wagn geschleudert wurde und eine schwere Ausrenkung des linken Armes erlitt. Einen komplizierten Armbruch zog sich der Student Fritz Strüber aus der Chausseestraße zu, der beim Eislaufen auf dem Müggelseestützte.

Das Opfer eines Aufstiegers

Ist am Sonntag ein vierjähriges Mädchen in Charlottenburg geworden. Amtlich wird über den Vorfall, der an die Kinderschlächterei in der Prenzlauer Allee erinnert, folgendes gemeldet: Berlin, 6. Januar. Gestern nachmittag gegen 5 Uhr wurde die Tochter des in Charlottenburg, Knobelsdorffstr. 37, wohnenden Malers Julius Michle namens Elise, geboren am 5. Oktober 1903 zu Graudenz, im Hausflur des genannten Grundstücks von einem bisher noch nicht ermittelten, anscheinend dem Arbeiterstande angehörenden etwa 20 Jahre alten Manne mittels scharfen Instrumentes am Bauch schwer verletzt und nach dem Krankenhaus Westend übergeführt. Dort ist das Kind sofort operiert worden, wobei folgende Verletzungen festgestellt wurden: Der anscheinend mit einem scharfen Messer ausgeführte Schnitt ist mindestens 20 Zentimeter lang, er soll nach Ausspruch des Arztes von oben nach unten geführt sein und geht vom rechten Rippenbogen senkrecht bis unter die Nabelhorizontale zwei Finger von der Mittellinie entfernt. Durchschnitten sind drei Rippenknorpel in der rechten Bauchhöhle, das Zwerchfell, der Leberlappen und der Magen am unteren Rande. Geschlechtlich gebrauchte soll das Kind nach dem äußeren Befund nicht sein. Die Aussicht auf Erhaltung des Lebens war sehr gering, da mit einer Bauchfellentzündung gerechnet werden mußte. Der Täter hat dem Kinde, wie die Verhaftung der Kleidung ergab, diese anscheinend hochgehoben und den Schnitt durch das geschlossene Trikot geführt. Das Kind war nicht vernehmungsfähig.

Wie nun die sofort eingeleiteten Recherchen ergaben, haben um die angegebene Zeit die in demselben Hause wohnende zwölfjährige Luise Jesse mit ihrem fünf Jahre alten Bruder Berthold und der Verletzten vor dem genannten Grundstück auf dem Bürgersteig gespielt und dabei bemerkt, wie der junge Mann mehrere Male vor dem Hause auf- und abging. Das vierjährige Kind soll dann in das Haus gegangen und der Mann ihr gefolgt sein. Kurze Zeit darauf ist er wieder auf die Straße zurückgekommen und hat der Jesse zugerufen, sie solle in das Haus gehen, die Kleine sei hingefallen. Hierauf soll sich der Mann mit eiligen Schritten die Sophie-Charlottenstraße entlang in der Richtung nach dem Kaiserdamm entfernt haben.

Als nun die Jesse sich zur Haustür begab und diese öffnete, kam ihr die Verletzte taumelnd entgegen und sagte: „Au, mir tut mein Bauch so weh.“ Da die Jesse sah, daß das Kind blutete und sich nur mühsam fortzuschleppen, hingelte sie an der im Hausflur befindlichen Wohnungstür des Wohnarbeiters Adolf Wolff, der das Kind, das mittlerweile an der Treppe niedergefallen war, sofort nach der im Quergebäude liegenden elterlichen Wohnung trug, von wo es mittels Krankentragens nach dem genannten Krankenhaus geschafft wurde.

Ferner wurde ermittelt, daß gegen 5 Uhr nachmittags ein Mann, auf welchen die beigelegte Personalbeschreibung zutrifft, die Bahnsteigperrre B des Bahnhofs Westend passiert hat, dessen rechte Hand und Fahrkarte nach Angabe des Bahnsteigwärters mit Blut bedeckt war. Ob dieser Mann als Täter in Frage kommt, ließ sich bisher nicht feststellen.

Vom Polizeipräsidium Charlottenburg ist folgende Bekanntmachung erlassen worden:

Am 5. d. M., nachmittags gegen 5 Uhr, wurde der vierjährige Elise Michle im Hause des Grundstücks Knobelsdorffstr. 37 zu Charlottenburg von einem unten näher bezeichneten Manne mittels scharfen Instrumentes — Messer — der Bauch aufgeschlitzt. Das Kind ist den Verletzungen erlegen.

Der Täter wird wie folgt beschrieben: Etwa 20 Jahre alt, mittelgroß, blaßes Gesicht, Anflug von dunklem Schnurbart, blonde Haare. Bekleidet war derselbe mit Jockey- oder Radfahrermütze, grauem Jackett und dunkler Hose, spricht Berliner Dialekt.

Sachdienliche Mitteilungen, insbesondere über die Persönlichkeit des Täters, sind an die Kriminalpolizei, Charlottenburg, oder an die nächstgelegenen Polizeireviere zu richten.

Inzwischen ist auch bereits eine Verhaftung erfolgt. Es ist ein Arbeiter Albert Strider, der gestern in Charlottenburg gewesen ist. Schutzmänner trafen ihn abends in der Siegesallee im Bereich des dritten Reviere. Strider bekennt jede Schuld. Die beiden Zeugen machen keine bestimmten Angaben. Der Bahnsteigwärtner Wolff sagt, Strider sei wahrscheinlich nicht der Täter, den er mit blutender Hand in der kritischen Zeit sah. Lucie Jesse glaubt bald, er sei der Täter, bald wieder nicht. Weil Strider aber über Blutflecke an seinem Anzug noch nicht genügende Auskunft gegeben hat, so wurde er mittags nach Charlottenburg gebracht, um dort gestern nachmittags bei der Deffnung an die Leiche geführt zu werden.

Ein großer Einbruchdiebstahl in ein Warenhaus ist in der vorgehenden Nacht verübt worden. Eine aus etwa sechs Äpfeln bestehende Einbrecherbande drang in das Warenhaus von Emil Goldstein, Greifswalderstr. 192, ein und erbeutete für nahezu 10 000 M. Waren. Die Täter nahmen ihren Weg durch den Keller. Sie mußten, um in den Verkaufsraum gelangen zu können, drei schwere eiserne Türen erbrechen und zu gleicher Zeit traten drei Steinmassen in Funktion. In dem Laden richteten die Diebe eine heillose Verwüstung an. Aus sämtlichen Regalen rissen sie die Verkaufsgegen-

stände heraus und was ihnen nicht Begehrenswert erschien, schleuderten sie auf den Erdboden. Nur wertvollere Waren, wie feine Plüsch, kostbare Teppiche, Vorläufer usw. eigneten sie sich an. Sie packten ihre Beute in große Koffer und Reiseförde und schleppten alles ungehindert davon. Als das Verkaufspersonal gestern morgen das Warenhaus betrat, bot sich ihm ein Bild der Verwüstung.

Ein Liebesdrama hat sich Sonntagabend in der Brannenstr. 103 abgespielt. Die dort wohnhafte 23jährige Näherin Minna Jang hatte mit dem Schneider Ferdinand J. ein Liebesverhältnis unterhalten, das auch zu einer Heirat führen sollte. Im nächsten Monat wollten die beiden Hochzeit feiern. Sonntagmorgen suchte J. seine Braut in deren Wohnung auf. Das junge Mädchen, das in dem Glauben war, der Bräutigam nehme die Sache mit dem Heiratsvertrag nicht mehr ernst, stellte ihn daraufhin zur Rede, und es kam nun zwischen dem Paare zu einem heftigen Austritt. In der Erregung eilte die J. an die Kommode, holte einen Revolver hervor und jagte sich vor den Augen des Bräutigams eine Kugel in die Brust. J. hatte die Braut an der Ausführung ihres Vorhabens hindern wollen, er war jedoch schon zu spät gekommen. In bedenklichem Zustand wurde die Schwerverletzte nach dem Lazarus-Krankenhaus gebracht.

Zu der Explosionskatastrophe in Hatesee ist noch mitzuteilen, daß der verunglückte Arbeiter Müller im Krankenhaus seinen schweren Verletzungen erliegen ist. Der andere Arbeiter Neumann, der auf so entsetzliche Weise bei der Katastrophe ums Leben gekommen ist, heißt Max Neumann, ist 23 Jahre alt, unverheiratet und wohnt Wasserstraße 65.

Schwere Brandwunden erlitt die kleine Lucie Voh bei einem Brande, der gestern mittig in einer Wohnung in der Gaudystraße 7 ausbrach. Die Feuerwehre brachte das Mädchen nach dem Lazarus-Krankenhaus in der Bernauer Straße.

Weder einen Selbstmord nach einem Kampf mit Polizeibeamten wird berichtet: Am Sonntagmorgen erschien auf der Wache des 88. Polizeiregiments die 21 Jahre alte Frau Ramin und teilte mit, daß sich ihr Schwager, der von der Polizei gesuchte geisteskrante 29 Jahre alte Verbrecher Wilhelm Ramin in der Wohnung seiner Geschwister, der Näherin Auguste Meßner, im Hause Meyer Straße 48, aufhalte. Die Schutzmänner Meßner und Weidner sowie der Kriminalbeamte Sester begaben sich sofort nach dem genannten Hause, um den als gewalttätig bekannten Menschen zu holen. Trotz mehrmaliger Aufforderung öffnete Ramin die im Keller des Seitenflügels belegene Wohnung nicht, so daß man einen Schloß herbeirief. Während dieser an dem Türschloß beschäftigt war, ließ Ramin aus dem Kellerfenster und gab auf den Kriminalbeamten Sester, der auf dem Hofe stand, einen Schuß ab. Die Kugel drang durch den Winterüberzieher und glitt an einem Notizbuch, das im Jockel steckte, ab. Sester taumelte zurück und rief die übrigen Beamten. Darauf sprang Meßner auf den Hof und schuß, da er Ramin mit erhobenem Revolver am Kellerfenster hocken sah, zwei Kugeln auf ihn ab. Da Ramin sich nicht mehr rührte, glaubte Meßner, ihn getroffen zu haben und schritt auf ihn zu. Diesen Augenblick benutzte Ramin, um in den Keller zurückzuschlüpfen. Inzwischen hatte man die Türe geöffnet und sofort fiel ein Schuß. Nun betrat der Bruder des Gewalttätigen das Wohnzimmer und erklärte, Ramin habe sich erschossen. Er lag schwer atmend auf einer Feldbettstelle mit einer Schutzwunde in der Herzgegend. Als ein herbeigerufener Arzt erschien, war der Tod bereits eingetreten. Der Revolver, aus dem R. geschossen hatte, enthielt noch vier Patronen. Außerdem wurde in der Nähe des Feuers eine geöffnete Pappschachtel mit scharfen Patronen gefunden.

Selbstmord verübt hat der 36 Jahre alte Restaurateur und Kassendirektor der Kranten- und Begräbnisfälle Deutscher Antscher, Alfred Scholz, Blumenstr. 47. A. Scholz war lange Zeit Rentant obengenannter Kasse und hatte in seinem Lokal in der Blumenstraße eine Zählstelle des Vereins inne. Schon seit einigen Tagen trug Scholz ein eigentümliches Wesen zur Schau. Als nun ganz unerwartet eine Revision der Kasse vorgenommen wurde, äußerte Scholz zum Revisor, wenn nicht alles klappe, schicke er sich tot. Welches Resultat die Revision hatte, ist noch nicht bekannt. Jedenfalls entfernte sich Sch. nur notdürftig mit Strickjacke und Hülpantoffeln bekleidet und ging nach dem Friedriehshain, wo er sich eine Angel in den Kopf jagte. Noch Lebenszeichen von sich gebend, brachten ihn Schutzeleute mittels Drohkäse nach dem Krankenhaus, wo er bald darauf seinen Verletzungen erliegen ist. Die Leiche ist von der Staatsanwaltschaft noch nicht freigegeben.

Töblicher Unglücksfall eines Greises. Im Straßenverkehr seinen Tod gefunden hat gestern nachmittag ein Greis. Der 70 Jahre alte Kartoffelhändler Karl Ohlshaus aus der Bornsdorferstr. 11 hatte am Kreuzungspunkt der Birlikauer, Petersburger Straße und Frankfurter Allee den Fahrdamm überqueren wollen. Er übersah dabei das Herankommen eines Journeauxwagens der Firma Hörslein u. Co. und wurde von der Deichsel umgestoßen. Die Räder gingen dem alten Manne über den Kopf hinweg und zermalnten diesen fast vollständig. Auf dem Transport nach dem Krankenhaus am Friedriehshain erlag D. den schweren Verletzungen.

Die Ortsverwaltung Groß-Berlin des Verbandes der freien Gewerkschaften bringt den Kollegen sowie den Gewerkschafts- und Parteigenossen hiermit zur Kenntnis, daß in unserem soden erscheinenden Mitgliederverzeichnis bedauerlicherweise einige Arbeitsnachweise Aufnahme gefunden haben, die nicht den Ansprüchen der modernen Arbeiterbewegung entsprechen.

Die Ortsverwaltung Groß-Berlin.
J. A. G. Dießner, Schriftführer.

Berliner Kgl. Verein für Obdachlose. Im Monat Dezember 1907 nächtigten im Männerzuhause 21 266 Personen, wovon 5793 badeten, im Frauenzuhause 8776 Personen, wovon 1755 badeten.

Der Schiller-Saal, Charlottenburg, eröffnet heute das neue Programm für die Monate Januar bis April. Es umfaßt eine Reihe alljährlicher Veranstaltungen, die sich auf 14 bzw. 12 Wochen erstrecken und an denselben Wochentagen zu der gleichen Stunde wiederkehren. Eine wesentliche Neuerung gegen die früheren Veranstaltungen bietet die Zeitung damit, daß sie zu sämtlichen Zyklen Abonnementshefte ausgibt. Sowohl für den ganzen Zyklus als für die erste und zweite Hälfte gesondert. Diese Abonnementshefte sind unparitätisch und also übertragbar. Die Abonnementshefte für 14 Veranstaltungen kosten 6 M., nur für die an den Dienstagen stattfindenden Wiederabende sind drei Preise angelegt, nämlich 6 M., 12 M. und 18 M. An den Sonntagen finden abends 8 Uhr Dichter- und Liedabende statt. Der Mittwochabend (9 Uhr) ist den „Klassikern der bildenden Kunst“ gewidmet, wobei die Vorträge durch „Klassiker“ erläutert werden. Für die Freitagabende sind 14 Vorträge über „Komponisten der Neuzeit“, erläutert durch Gesang und Instrumentalmusik, angelegt. Für die Wiederabende (am Dienstag) sind hervorragende Sänger und Pianisten gewonnen. Der Sonntagabend bringt zwei Veranstaltungen in einem 12ständigen Zyklus. Abends (9 Uhr) wird Dr. Max Burkhardt über „Das deutsche Lied“ sprechen. Seine Vorträge werden von ihm selbst am Klavier erläutert und außerdem durch den Gesang von Marietta Bernhar und Hjalmar Reiberg illustriert werden. Die Abonnementshefte und die Eintrittskarten zu den einzelnen Abenden sind an den Kassen und in den Billettabteilungen beider Schiller-Theater und bei Wertheim zu haben, wo auch überall unentgeltlich das neue Programm des Schiller-Saales ausgegeben wird.

Wintergarten. Das Januarprogramm dieser Variétébühne enthält verändernde recht akzeptable Nummern. Ursprünglich wies ein offener Variété-Theater. Der Affe als Kopfmeister in Fraad und weicher Weise, die Noten vor sich liegend, handhabt mit Virtuosität den Taktstock und dirigiert seine Kapelle in einer Weise, daß ein wirklicher Kopfmeister seine volle Freude daran haben könnte. Und dann die Produktionen der Künstler, wenn der Vorhang aufgeht! Musikwunder, Akrobaten, Antipodenspieler, alles ist da; nichts fehlt, was zu einem wirklichen Variété gehört.

Weder eine volle, reine Stimme verfügt die Sängerin Ruth Vincenz vom Eric-Theater in London; ihre Vorträge sind ein Genuß. Vollendetes leistet auch der Vogelschläger Alexander auf seinem Gebiete. Auch die Kaufmann-

Truppe ist wieder da. Diese aus acht Damen bestehende Gesellschaft erweist sich als gekaufte Kadavertuppe. Weniger wert ist die Pariser Soubrette Marie Deming. An Variétébühnen zweiten und dritten Ranges findet man in dieser Gattung Duzende von Soubretten, man braucht sie nicht erst von Paris zu beziehen. Daß Robert Steidl als Humorist wieder vollen Erfolg hatte, braucht nicht besonders betont zu werden.

In den Arbeiterheimen Brückenstraße 8 und Rottbuser Ufer 33 finden am Dienstag, den 7. Januar, Vorträge von Aerzten über Gesundheitslehre statt. Die Teilnahme ist unentgeltlich. Gäste sind sehr willkommen.

Ein sehr gefährlicher Kellerbrand kam am Montagabend in dem Industriegebäude in der Veitstraße zum Ausbruch. Dort brannten in einem Keller des Postamt 19, angeblich infolge von Kurzschluss, Kabel und Petroleumvorräte. Der 17. Hühnerzug fand bei seinem Eintreffen schon eine kritische Situation vor. Das über dem Keller befindliche Postamt schien gefährdet, auch befürchtete man, daß die in dem Nebenkeller, einer großen Automobilremise, lagernden Benzinvorräte in Brand geraten könnten. Durch energisches Vorgehen und tüchtiges Wassergeben gelang es schließlich, die Flammen auf den Keller zu beschränken. Die Kabel und der Rohrpoststempel waren so beschädigt, daß sie nicht mehr benutzt werden konnten. Die Automobile des „V. A.“ und „Berl. Lokal-Anz.“ waren vorläufigerhand aus dem Keller entfernt worden.

Feuerwehrbericht. Zahlreiche Wasserrohrbrüche und Brände von Weibnachtsabenden haben in den letzten Stunden die Feuerwehr beschäftigt. Wasserrohrbrüche, Leberdampfwunden wurden unter anderem aus der Karbarinenstr. 1, Landbergstr. 43, Kurfürstenstraße 98 ufm. gemeldet, und Tannenbaumbrände mahnten unter anderem in der Stephanstr. 21, Kurfürstenstr. 29 ufm. gelöscht werden. Im Neubau des Heibel-Theaters in der Königsgrabenstraße 54 kam nachts Feuer aus. Es brannte dort eine Wandbude. Um die Flammen zu löschen, mußte die Wehr kräftig Wasser geben. Der 7. Zug hatte längere Zeit in der Justizbürgerstr. 18 zu tun, wo ein Spähnefeller in Flammen stand. Um an den Brandherd zu gelangen, mußte ein Rohrführer mit einem Sauerstoffapparat ausgerüstet werden. Vor dem Hause Wittlicher Straße 112 brannte nachts um 12 Uhr eine Benzinautomobilbrosche. Küchenbrände beschäftigten die Wehr in der Liederstraße 66, Friedenstraße 17 und an anderen Stellen. Ein Belle-Alliance-Platz 14 brannten Möbel sowie das Juweliergeschäft vom Erd- und Kellergesch. Der 20. Zug wurde abends um 8 Uhr nach der Nikolaikirche gerufen. Neben einem Turndach brannte ein Schornstein ohne Gefahr für die Räume. In der Weihenburger Straße 71 wurden trockene Blumen ein Raub der Flammen und in der Französischen Straße 37 brannten Fußböden, Wollen usw. Wohnungsbrände entstanden in der Oranienstraße 98, Oranienburger Straße 58, Hölste Straße 20 ufm. Ferner hatte die Wehr in der Dreißigstraße auf einem Neubau, Daldorfer Straße 1, Burgdorferstraße 13, Köthener Straße 12, Friedrichstraße 227, Petersburger Straße 58, Wilhelmstraße 100 und an anderen Orten zu tun.

Vorort-Nachrichten.

Wilmerdorf.

Der Tod eines Offiziers, der bereits vor einem Vierteljahr durch Erschießen erfolgte, beginnt jetzt erst ein öffentliches Interesse zu gewinnen. Im Hause Kaiser-Allee 222, Ede Schaperstraße, wohnte der aus Kassel stammende 37 Jahre alte Privatoberförster Lewandowski mit seiner 36 Jahre alten aus Sternberg gebürtigen Ehefrau. Lewandowski war Oberförster auf dem v. Mühlingschen Gute Stephanowo bei Bentschen in Posen und oft dienstlich von hier abwesend. Seine Frau soll nun, wie Hausgenossen wissen wollen, wiederholt Herrenbesuch empfangen haben. Am Sonntag, 29. September, kam der Oberförster ganz unvermutet um 8 Uhr nach Hause. Er merkte, daß etwas nicht in Ordnung war, und wollte, da er im Schlafzimmer niemand fand, in das daneben gelegene Ankleidezimmer gehen, in dem er einen Schatten an den Glasscheiben der Tür wahrnahm. Der Verdacht wurde noch stärker, als er die Tür verriegelt fand und seine Frau ihn von dem Versuche, sie zu öffnen, zurückhalten wollte. In großer Erregung schloß er nun mit seiner Brunningspistole durch die Türe in das Ankleidezimmer hinein. Die Kugel durchschlug die Türfüllung und drang dem Leutnant v. Schmid aus Spandau, der sich in dem Zimmer befand, in den Unterleib. Frau L. eilte darauf zum Förstner hinunter und teilte ihm mit, einem Herrn, der zum Besuch bei ihrem Manne und ihr weile, sei ein schweres Unglück zugestoßen. Beim Aufleiden sei aus dem Revolver, den er in einer besonderen Tasche der Weinkleider trage, ein Schuß losgegangen und das Gesicht sei ihm in den Unterleib eingebunden. Mit Hilfe der Frau des Oberförsters brachte der Förstner den Verletzten in eine Droschke und mit dieser zu einem Arzt, der ihn verband, und dann nach dem Krankenhaus bringen ließ. Hier starb v. Schmid bereits nach sechs Stunden. Die Darstellung, daß ein Unglück geschehen sei, erschien an sich durchaus glaubwürdig, weshalb die Leiche zur Beerdigung freigegeben wurde.

Lewandowski löste bald darauf seinen Haushalt auf. Die Stütze seiner Frau, ein Fräulein Supply, zog nach Brandenburg a. N., das Ehepaar wurde am 22. November als „unbekannt auf Reisen“ abgemeldet und wohnt seit Anfang Dezember am Kurfürstendamm 103/4. Von Brandenburg aus machte nun Ende vorigen Monats die frühere Stütze die Mitteilung, daß es sich bei jenem Vorfall am 29. September nicht um ein Unglück, sondern um ein Verbrechen handle. Die Schönberger Kriminalpolizei leitete darauf eine Untersuchung ein, die zur Verhaftung des Lewandowski führte. Er legte ein Geständnis ab und wurde der Staatsanwaltschaft zugeführt.

Groß-Lichterfelde.

Die ordentliche Generalversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins erfreute sich eines guten Besuchs. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Versammlung das Andenken der verstorbenen Genossen in üblicher Weise. Den Jahresbericht gab Genosse Fischer, der unter anderem auch den lauen Besuch der Vereinsversammlungen durch die Mitglieder rügte.

Den Kassenbericht erstattete Genosse Karl Pints. Demselben ist zu entnehmen, daß die Gesamteinnahme während des verflohenen Geschäftsjahres 989,00 M. betrug, wovon 727,54 M. an den Kreis abgeliefert wurden. Der Mitgliederbestand war am 1. Januar 1907 342, am 31. Dezember 193.

Die Lokalkommission gab ihren Bericht durch den Genossen Schönwetter, der hauptsächlich die Sperre über das Reifensche Lokal behandelte und die Ursachen derselben eingehend beleuchtete. Nach seiner (des Redners) Meinung hätten Mitglieder des Zentralsportverbandes durch einseitige Informationen von der Reifenschen Seite ihr Urteil über das Verhalten der Lichterfelder Genossen trüben lassen.

In der Diskussion nahm Genosse Wenzel das Wort, um den Verbandsbericht zu ergänzen und auch über die Sperre des Reifenschen Lokals sich zu äußern. Nach seiner Meinung müsse sich in solchen Fällen der Zentralvorstand, unbeschadet seiner sonstigen Stellungnahme, in erster Linie an die Leitung der örtlichen Organisation wenden, um sich zu informieren. Diese trage die Verantwortung für alle in dieser Beziehung getroffenen Maßnahmen. Jeder Parteigenosse, der unsere örtlichen Verhältnisse kenne, wisse aber, daß die Ursachen der Differenzen mit dem Bier-Reifen in dessen Verhalten zu suchen seien und daß er der sozialdemokratischen Arbeiterpartei den Führenden hinworfen habe. Die Sperre sei vollkommen berechtigt und müsse — ohne den Gerichtsstand zu füttern — durchgeführt werden.

In den Vorstand wurden die bisherigen Genossen wiedergewählt, mit Ausnahme des 1. Vorsitzenden, an dessen Stelle Genosse Wenzel einstimmig bernannt wurde, und des abtretenden Genossen Pfah, für den nunmehr Genosse Otto Pints als Revisor fungiert. Als Bibliothekar wurde Genosse Frobe, in die Lokalkommission die Genossen Schönwetter und Wiemann, als Revisoren Kohl und Hering gewählt.

Beisitzer sind: Otto Wenzel, Siege, Fuhs, Tillad, Prescher, Schulze, Pangel, Laban, Mahlow, Paul Pints, Koad. Zum Punkt „Ausstellung der Kandidaten zur Gemeindebevertreter-Wahl“ entspann sich eine lebhaft Debatte über kommunale Angelegenheiten, an der sich die Genossen Pints, Fischer, Dering, Postowski und Wenzel beteiligten. Hierauf wurden als Kandidaten nominiert: Karl Pints, Zigarettenhändler, Kaspar Wenzel, Zeitungsexpedient und Ernst Siege, Maurer.

Ein Ausführantrag gegen das Mitglied Kaker Beder wurde gegen zwei Stimmen angenommen und dem Vorstand zur weiteren Behandlung überwiesen.

Charlottenburg.

In der am 3. Januar im „Volkshaus“ stattgehabten Sitzung der Charlottenburger Gewerkschaftskommission wurden zu dem am 16. Januar stattfindenden Gewerkschaftswahltag folgende Kandidaten aufgestellt: 1. Bezirk: Paul Lindenblatt, Amts- und Landratskassagärtner, und Adolf Richter, Porzellanbrenner; 2. Bezirk: Karl Gräber, Bauhilfsarbeiter, Wilhelm Grig, Zimmerer, und Emil Seemann, Maurer; 3. Bezirk: Albert William, Gärtler, Otto Ehardt, Schlosser, Karl Reumann, Antiker, und Fritz Thunau, Bauhilfsarbeiter; 4. Bezirk: Rudolf Handke, Bauhilfsarbeiter, und Heinrich Wosche, Fuhrer; 5. Bezirk: Albert Lange, Moler, und Heinrich Pfefferkorn, Bauhilfsarbeiter; 6. Bezirk: Johann David, Maurer, und Wilhelm Stelter, Zimmerer; 7. Bezirk: Hans Hannemann, Kellner, und Fritz Schulz, Antiker; 8. Bezirk: Franz Hugol, Schneider.

Vorher erläuterte der Obmann, Genosse Flemming, die Technik der Wahl. An der sich hieran anschließenden Diskussion beteiligten sich die Genossen Gebert, Ahrens, Wilde, Saeible, Scheel, Kropf und Hugol. Zum Revisor wurde noch der Genosse Vohla, Gastwirtsgehilfe, gewählt. Nicht vertreten waren unentschuldig die Buchbinder, Freireisergehilfen und Sämlede.

Lichtenberg.

Ein braver Streiter, der Genosse Georg Treue, ist uns in der Nacht zum Sonntag im Alter von 47 Jahren durch den Tod entzogen. Mehr als zwei Jahre hat der Verstorbenen an den Folgen eines Schlaganfalls leiden müssen. Treue, der als Hauptkassierer des Verbandes der Textilarbeiter in der Gewerkschaftsbewegung sich der größten Ertreue erweist, hat auch in der Partei im letzten Jahrzehnt seinen Mann gestanden. Die Lichtenberger Genossen betrauten ihn mit dem Amte eines Gemeindevertreters, das er bis zu seiner Erkrankung gewissenhaft verwaltete und erst im verflohenen Jahre niederlegte. Sein Andenken wird, wohlverdient, in Ehren gehalten werden. Ein tragisches Geschick will es, daß mit dem Verstorbenen nunmehr der achte am Anfang dieses Jahrzehnts in die Gemeindevertretung eingezogenen Parteigenossen aus dem Leben scheidet. Die Beerdigung des Verstorbenen findet am Donnerstag nachmittag 2 Uhr von der Kronprinzenstraße 48 aus statt.

Potsdam.

Beim Schiffschuhlaufen auf dem Schwielowsee brachen vorgestern der sechszehnjährige Gastwirtssohn Emil Genfide und der Maurerlehrling Dege aus Mittelbach auf der dünnen Eisdecke ein und ertranken, ehe ihnen Hilfe gebracht werden konnte. Auf dieselbe Weise wäre bald der in der Mühlentstraße zu Rowades wohnhafte Deizer Leubner, der bei der Zeltovlanal-Dampfschiffahrt beschäftigt ist, ums Leben gekommen. Er wollte aus Schiffschuhlaufen unterhalb der Kaiserbrücke den Friedrich-Leopoldkanal von der Olentiker Parkseite her durchfahren und geriet dabei in vollem Tempo in ein offenes Wasserloch. Der Chauffeurmeister Scheife bemerkte den Unfall und eilte dem mit dem Tode des Ertrinkenden Ringenden zur Rettung herbei mit einer Rettungsboje, die er von einem benachbarten Grundstück holte. Mit Hilfe eines Rettungsringes, der aus dem Dampferdepot geholt wurde, gelang dann die Rettung des völlig erstarrten Mannes aus den eisigen Fluten.

Gerichts-Zeitung.

Wahrnehmung berechtigter Interessen durch Gewerkschaftsbeamte.

Wegen vermeintlicher Beleidigung des Direktors Hübn von der Erfurter Straßenbahn-Gesellschaft war der besoldete Gewerkschaftssekretär Himpel vom Verbands der Handels- und Transportarbeiter in Berlin zu einer Geldstrafe von 100 Mark verurteilt worden, und zwar als verantwortlicher Redakteur des Verbandsorgans „Courier“. Die Beleidigung wurde in einem unter den Mitteilungen für Straßenbahn- und Omnibusangestellten erschienenen Artikel gefunden, der sich über Mängel an den Schienen- und Weichenanlagen der Erfurter Straßenbahn ausließ, die nicht beseitigt würden. Inkriminiert war ein Passag, daß Beschwerden der Wagenfahrer nutzlos seien und diese bei Zusammenstößen bestraft und für Materialschaden verantwortlich gemacht würden. Das Landgericht nahm an, es sei die Wahrheit nicht erwiesen, und Direktor Hübn, der den Strafbescheid gestiftet hatte, sei beleidigt. Der Schuß des § 193 des Strafgesetzbuchs (Wahrnehmung berechtigter Interessen) wurde dem Angeklagten verweigert. Nur das Interesse, zur Vergrößerung des Verbandes beigetragen, habe er gehabt. Wenn dies Interesse auch ihm angehe, so könne es doch nicht rechtfertigen, einen anderen öffentlich bloßzustellen. Er hätte der Polizei Anzeige machen können. Es sei aber nicht eine Wahrnehmung öffentlicher Interessen, ohne Rücksicht darauf, ob es erweislich wahr sei oder nicht, etwas zu behaupten, bloß um es zu besprechen.

Der Angeklagte legte Revision ein. Diese kam am Freitag vor dem zweiten Strafsenat des Kammergerichts zur Verhandlung. Rechtsanwalt Kurt Rosenfeld als sein Vertreter plädierte namentlich für Jubiligung des Schusses des § 193 des Reichs-Strafgesetzbuchs, indem er hervorhob, daß es sich um einen besoldeten Gewerkschaftsbeamten handele, der ihm anvertraute Interessen wahrnehme, wozu er berufsmäßig verpflichtet sei. Es sei übersehen, daß Angeklagter der Angeklagte einer Organisation sei, die sich über ganz Deutschland erstreckt, und daß er berechtigtes Interesse der Mitglieder wahrnehme. — Der Vertreter der Oberstaatsanwaltschaft verriet erheblichen Mangel von Kenntnissen der tatsächlichen Verhältnisse, aber auch der Jubilatur des Reichsgerichts, durch seine Weigmaussführungen, die darin gipfelten, eigentlich hätte der Angeklagte, der im Solde des Verbandes Mitglieder gewinnen wollte, für sein Portemonnaie gearbeitet.

Der Anwalt trat dem klar entgegen und betonte, höchstens könnte man sagen, Angeklagter habe für das Portemonnaie der Mitglieder seines Verbandes gearbeitet; aber auch damit würde man den idealen Kulturbestrebungen der Gewerkschaften nicht gerecht.

Das Kammergericht trat den Ausführungen des Verteidigers bei, hob die Vorentscheidung auf und verwies die Sache zu nochmaliger Entscheidung an das Landgericht zurück. Das

Vermischtes.

Landgericht habe im Anschluß an das Reichsgericht allerdings richtig eingeschätzt, daß der Redakteur nicht berechtigt sei, unter dem Vorwande, berechnete Interessen wahrzunehmen, die Ehre anderer zu verletzen. Aber das Landgericht habe nicht berücksichtigt, daß Angeklagter nicht bloß Redakteur, sondern gleichzeitig Gewerkschaftssekretär sei. Das hätte nicht unberücksichtigt bleiben dürfen. Es hätte geprüft werden müssen, wie weit Angeklagter als Gewerkschaftssekretär berechtigt sei, die Interessen der Straßenbahnfahrer wahrzunehmen, und ob ihm in dieser Eigenschaft § 193 zur Seite stehe. Das Verurteilte müsse das Gericht nachholen. Wenn ihm dann an sich der Satz des § 193 zugesprochen würde, wäre selbstverständlich weiter zu prüfen, ob aus der Form oder den Umständen die Absicht der Beleidigung hervorgehe.

Diese Entscheidung steht, soweit sie das landgerichtliche Erkenntnis aufhebt, im Einklang mit der Judikatur des Reichsgerichts. Das Reichsgericht hat übrigens in einem in den 80er Jahren entschiedenen Fall darüber hinausgehend anerkannt, daß der Redakteur eines Fachblattes, eines Blattes zur Vertretung bestimmter Berufsinteressen auch als Redakteur berechnete Interessen wahrnimmt.

Unterschlagung von Kassengeldern.

Wegen Unterschlagung von 5000 M. zum Schaden der Sterbe- und Unterhaltungskasse des Gast- und Schankwirtsvereins Wedding hatte sich der langjährige Kassier und Gastwirt Paul Karl Caspers vor der Strafkammer am Landgericht IV zu verantworten. Caspers, der in der Müllerstr. 40a früher eine gutgehende Gastwirtschaft betrieb, war seit 1891 Kassier des Schankwirtsvereins Wedding. Er selbst setzte die Kasseneinträge an und hatten die Kasseneinträge bis zum Jahre 1907 alles in völliger Ordnung gefunden. Sehr überrascht war deshalb der Verein, als Caspers im August vorigen Jahres, als er Sterbegeld für einen verstorbenen Kollegen auszahlen sollte, dem Vorsitzenden des Vereins Koeder einen Brief übersandte, in dem er mitteilte, daß außer einliegenden 100 M. das ganze Vermögen des Vereins verloren sei. Seitens des Vereins wurde nun gegen Caspers Anzeige erhoben. In der Verhandlung vor dem Landgericht gab C. zu, seit 12 Jahren Unterschlagungen begangen zu haben. Da er immer selbst die Kasseneinträge anzusetzen gehabt hätte, so wäre es ihm möglich gewesen, zu diesem Tage die fehlenden Kasseneinträge von der Buchhalterin, Landré, Richter und anderen Frauenteilen zu leihen, nach fiktiver Revision hätten die Betroffenen dann ihr Geld wieder zurückerhalten. Im August vorigen Jahres wäre es dann zum Klappen gekommen; nur durch schlaue Geschäfte und aus Not getrieben wollte er so gehandelt haben. Der Vorsitzende des Vereins, Gastwirt Koeder, beziffert den Schaden auf über 5000 M. und beklagt, daß Caspers aus Not gehandelt habe. Der Verein ist sogar jetzt noch der Ansicht, daß Caspers das Geld hinter sich habe. Der Staatsanwalt beantragte gegen Caspers eine Gefängnisstrafe von 6 Monaten. Das Gericht glaubte nicht, daß der Angeklagte aus Not gehandelt habe und erkannte auf 5 Monate Gefängnis.

Zum Nord in Allenstein. Die Anklage gegen Hauptmann v. Goeben wird in diesen Tagen erhoben werden. Das Verfahren soll, wie die „Allenstein Zeitung“ schreibt, nicht mit dem gegen Frau v. Schoenebeck verknüpft werden, was an sich zulässig wäre durch Ueberweisung der Strafsache an die Zivilbehörde. Dagegen spricht unter anderem der Umstand, daß voraussichtlich gegen Frau v. Schoenebeck eine längere Beobachtung ihres Gesundheitszustandes beantragt werden wird. Dadurch müßte auch die Strafsache gegen Frau v. Schoenebeck auf längere Zeit verschoben werden.

Feuer in der Kaserne. Sonntagmorgen brannte Augsburgs Meldung zufolge ein Flügel der Kaserne des Ueberzuegers-Regiments nieder. Der abgebrannte Flügel stößt an die Ulrichskirche an, die zeitweilig sehr gefährdet war. Der Flügel brannte vollständig aus. In den oberen Stockwerken befanden sich Mannschaftsstellungsküden, von denen im Werte von etwa 135 000 M. verbrannt sein sollen. Das Feuer ist, wie die „Augsburger Abendzeitung“ meldet, vermutlich durch Alenmyer verursacht worden, die gestern auf dem Dach gearbeitet haben.

Von Steinen begraben. Wie aus Osnabrück berichtet wird, wurden in einer Mergelgrube des Doberges bei Wände zwei Arbeiter von herabstürzenden Gesteinsmassen erschlagen. Ein Dritter wurde schwer verletzt.

Eisenbahnunfälle. Amlich wird aus Koblenz gemeldet: Am Sonntagabend um 6 Uhr 40 Minuten fuhr im Bahnhof Weidenturm der von Koblenz kommende Zug 111 infolge Ueberfahrens des Haltsignals mit dem entgegenkommenden Güterzuge 6504 zusammen. Neisende des Zuges 111 wurden nicht verletzt. Vom Personal des Güterzuges 6504 wurden einer schwerer, zwei andere leicht verletzt. Der Verkehr wurde zunächst durch Umsteigen aufrechterhalten. Gegen 9 Uhr konnten Züge durchgeführt werden.

Nach einer Meldung aus Paris stieß bei Coufance in der Nähe von Bar-le-duc ein Güterzug mit einer Lokomotive zusammen. Der Lokomotivführer und ein Schaffner wurden getötet. Wie aus Cremona berichtet wird, stieß in der Nacht ein von Treviso kommender Zug mit einem von Vercelli kommenden zusammen. Mehrere Personen erlitten leichte Verletzungen. Der Verkehr wurde nicht gestört.

In's Herz gestochen. Am Sonntagabend gegen 8 Uhr wurde nach einer Meldung aus Frankfurt a. M. in der Altstadt der 18jährige Wetterbedachter beim physikalischen Verein Paul Wäitz von einem Unbekannten ins Herz gestochen. Der äußerst gefährlich Verletzte wurde nach einer Klinik gebracht, wo er einer Operation unterzogen wurde. Sein Befinden war am späten Abend befriedigend.

Nichts der Arbeit. Auf der Königl. Schächanlage bei Amroth brach einer Meldung aus Jährze zufolge beim Hundieren von Eisenträgern ein 15 Meter hohes Gerüst zusammen. Sechs Arbeiter der Donnermarktstraße stürzten in die Tiefe. Ein Arbeiter war sofort tot, die übrigen sind lebensgefährlich verletzt.

Dampfkesselexplosion. Bei Ouessant explodierten, wie aus Ouessant berichtet wird, am Sonntag die Kessel eines argentinischen Dampfers. Der Dampfer sank; die aus elf Personen bestehende Besatzung wurde gerettet.

Ruderverein Vorwärts. Wegen der Protestveranstaltungen fällt unsere Sitzung am Donnerstagabend aus. Die Sitzung findet am Freitag, den 10. d. Mts. statt.

Amlicher Marktbericht der städtischen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. Markttag: Fleisch: Zufuhr stark, Geschäft reger, Preise für Hammelfleisch ansehend, für Kalbfleisch nachgebend, sonst un verändert. Wild: Zufuhr reichlich, Geschäft sehr still, Preise wenig verändert. Geflügel: Zufuhr gering, Geschäft sehr still, Preise in Gänzen gedrückt, sonst befriedigend. Fisch: Zufuhr mäßig, Geschäft ruhig, Preise wenig verändert. Butter und Käse: Geschäft befriedigend, Preise un verändert. Gemüse, Obst und Süßfrüchte: Zufuhr reichlich, Geschäft schlepplend, Preise besapfelt.

Witterungsübericht vom 6. Januar 1908.

Stationen	Barometerstand am 6. Jan. um 9 Uhr	Windrichtung	Windstärke	Temperatur in °C	Stationen	Barometerstand am 6. Jan. um 9 Uhr	Windrichtung	Windstärke	Temperatur in °C
Stettin	768	SW	3	0	Dachau	743	R	4	10
Hamburg	769	SW	5	1	Petersburg	751	SE	2	14
Berlin	771	SW	1	1	Seitz	767	SW	4	9
Frankfurt	774	SW	2	1	Aberdeen	768	SE	4	6
München	776	SW	1	1	Paris	774	SE	1	7
Wien	775	SW	1	1					

Wetterprognose für Dienstag, den 7. Januar 1908.

Bärner, zunächst noch trübe mit Regenschauern und ziemlich starken südwestlichen Winden; später wieder zeitweise aufklarend.

Berliner Wetterbureau

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 5. 1. um 11 Uhr	am 6. 1. um 11 Uhr	Wasserstand	am 5. 1. um 11 Uhr	am 6. 1. um 11 Uhr
Remel, Elbe	289 ⁹	+1	Saale, Großhau	200	-6
Bregel, Jüterburg	67 ⁷	+4	Havel, Spandau	86	-4
Seigal, Tchern	250 ⁹	+8	Havel, Rathenow	125	+5
Oder, Ratibor	158 ⁷	-6	Spree, Spremberg	104	0
Strossen	169	-7	Beslow	144 ⁷	0
Frankfurt	170 ⁹	-12	Weser, Minden	-67	+18
Weser, Schrimm	142 ⁷	+126	Weser, Wieden	10 ⁹	-12
Landenberg	118 ⁷	-16	Rhein, Marienhausen	300	-4
Rehe, Vordamm	148	+1	Kaub	111 ⁷	-11
Elbe, Leitmeritz	-35	-11	Rhein	101 ⁷	-9
Dresden	-180 ⁹	-25	Redar, Heilbronn	17	-12
Barby	121 ⁷	-12	Rhein, Wertheim	80 ⁷	-50
Magdeburg	116 ⁷	-12	Weser, Exter		

+) + bedeutet Wauch, - Fall. - ? Unterpegel. - ? Wasserstand. - ? Starke Grundbeib. - ? Wasserstand, höchster Wasserstand am 4. um 4 Uhr nachmittags 148 cm. - ? Schwaches Treibeis. - ? Starkes Treibeis. - ? Treibeis.

Für den Ankauf der Intereze übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Dienstag, 7. Januar.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Königl. Opernhaus. Das Rheingold.
Königl. Schauspielhaus. Die Madonnen.
Deutsches. Was ihr wollt.
Kammertheater. Vogel und sein Ring. (Anf. 8 Uhr.)
Vorhng. Die Zauberflöte. (Anf. 7 1/2 Uhr.)
Berliner. Wandl. Neues Schauspielhaus. Zwischen Ra und Rein.
Rachmitzings 3 Uhr: Frau Holle.
Reising. Die gelbe Nachtigall.
Neues. Rudolf Schloffer.
Kleines. Mandragola.
Schiller. Schiller-Theater.
Schiller Charlottenburg. Der Meißler.
Friedrich-Wilhelmstädt. Schauspielhaus. In Vertretung.
Westen. Ein Walzertraum.
Theater an der Spree. Hofkapelle.
Romische Oper. Die verkaufte Braut.
Neutral. Frau Harvans Gewerbe.
Neuberg. Ganz der Papa.
Luisen. Krieg im Frieden.
Volkstheater. Dularschaber.
Trionon. Fräulein Josette — meine Frau.
Thalia. Die gelbe Gefahr.
Vernard. Die Dattentochter.
Wagner. Schauspielhaus. Onkel Wally.
Carl-Sauerland-Theater. Spezialitäten.
Wierow. Das muß man seh'n.
Wielka. Hymne. La belle Alexia.
Gentel.
Waltha. Spezialitäten.
Polka Caprice. Mal was andre.
Dumle Punkte. Eine anständige Frau.
Gehr. Herrfeld. Papa und Genossen.
Parodie. Poppenreich. Lannhäuser.
Wonna Wonna.
Kafino. Wiederleite.
Wintergarten. Robert Steidl. Spezialitäten.
Palace. Die singenden Engel.
Wolfe. Spezialitäten.
Sorussia Variété. Adlerstr. 6/7. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Urania. Tautenstr. 18-19. 8 Uhr: Kairo und die Pyramiden.
Sternwart. Anwaltdamm 57/62.

Berliner Theater.

Gastspiel d. Neuen Operetten-Theaters.
Blaubart.
Sonabend, 11. Jan., nachm. 3 Uhr:
Till-Eulenspiegel.
Presse um die Hälfte ermäßigt.

Urania

Wissenschaftliches Theater.
Tautenstr. 43/49.
Abends 8 Uhr:
Kairo und die Pyramiden.

Neues Theater.

Zum erstenmal:
Rudolf Schloffer.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Mittwoch: Rudolf Schloffer. Hierauf: Vision der Salome.
Donnerstag: Rudolf Schloffer. Hierauf: Vision der Salome.

Kleines Theater.

Abends 8 Uhr: **Agnes Sorma.**
Mandragola.
Mittwoch, Donnerstag, Freitag: Mandragola.
Sonabend: Mandragola.

Theater des Westens.

8 Uhr: **Ein Walzertraum.**
Operette von Oscar Strauß.
Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr halbe Preise:
Die lustige Witwe.

Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.

In Vertretung.
Anfang 8 Uhr.
Mittwoch: Kriemhilds Rache.
Donnerstag: Jugend von heute.
Freitag, Sonnabend: In Vertretung.

Lortzing-Oper.

Belle-Alliancestr. 7-8.
Dienstag, 7. Jan., abends 7 1/2 Uhr:
Die Zauberflöte.
Mittwoch nachm. 3 1/2 Uhr: Rumpelstilzchen. Abends 8 Uhr: Der Trompeter von Säckingen. Donnerstag 7 1/2 Uhr: Die Zauberflöte. Freitag 8 Uhr: Die Entführung aus dem Serail.
Abends 8 Uhr:
Sujarensieber.

Luisen-Theater.

Reichenbergstr. 34.
Abends 8 Uhr:
Krieg im Frieden.
Mittwoch, 8. Januar: Coprienne oder: Wir lassen uns schreiben.
Donnerstag: Coprienne oder: Wir lassen uns schreiben.
Freitag: Erziehung zur Ehe.
Sonabend nachm. 4 Uhr: Ray und Rocly. Abends: Der Leiermann und sein Vließel.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Romeo und Julia. Abends: Coprienne oder: Wir lassen uns schreiben.
Montag: Coprienne oder: Wir lassen uns schreiben.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Salmer-Theater).
Dienstag, abends 8 Uhr:
College Crampton.
Komödie in 5 Akten von Gerhart Hauptmann.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Die Hermannschlacht.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Philister. Hierauf: **Die Lore.**

Schiller-Saal (Charlottenburg)

Dienstag abends 8 Uhr: **Liederabend.** Maria Cerri (Gesang) und Maria Vergweil (Klavier).
Mittwoch abends 8 Uhr: Vortrag von **Fritz Stahl: Rembrandt** (I. Teil). Weiter: **Reinhold** der bildenden Kunst.
Biogr-Theater „Westend“
Anfang 8 Uhr: **Neu! Elegant! Interessant!**
Täglich Vorstellung von 5-11 Uhr.
Sonntag von 3-11 Uhr.
Charlottenburg, Potsdamerstr. 11. Stetiger Eingang von Neubetten

Haben Sie schon
die
Deutschen Konzerthallen,
An der Spandauerbrücke 3, besucht???

XIII. Saison. Zirkus Busch

Dienstag, den 7. Januar 1908, abends 7 1/2 Uhr:
Große Vorstellung.
Kunst d. Herrn Kommissionsrat Gust. Stensbeck, Dir. d. Berliner Zirkus als Gatt. Bros. Clarkons aus Amerika. Sensationell. Die Arme Familie. 10 Personen. Ferner: Frä. Martha Rohse als Schür. Herr Ernst Schumann, Reutbr. Fräul. Ethel Bernol. Um 7 10 Uhr: **Auf der Galg!** Dr. Menge-Außl. Gast d. Zirkus Busch in 4 Akte. Das Geheimnis der tauchenden Sirenen. Vorher das große Programm!

Residenz-Theater.

Direktion: Richard Alexander. — Anfang 8 Uhr.
Ganz der Papa.
Schwank in 3 Akten von Mars und Deßallères. Deutsch v. R. Schönan. Baron des Indras: M. Alexander. Sonntag, den 12. Januar, nachm. 3 Uhr: **Haben Sie nicht zu vergessen?**

Zentral-Theater.

Gastspiel des Heibel-Theaters. Abends 8 Uhr:
Frau Warrens Gewerbe.
Drama in 4 Akten von Bern. Cham.

Rixdorfer Theater

Bürgerstr. Bergstr. Nr. 117.
Mittwoch, den 8. Januar 1908:
Die Stützen der Gesellschaft.
Schauspiel in 4 Akten v. Henri Fabien.
Anfang 8 Uhr.

Freie Volksbühne

Freitag, den 10. Januar, 8 1/2 Uhr:
Lortzing-Theater: Die Entführung aus dem Serail.
Luisen-Theater: Erziehung zur Ehe.

Mitglieder werden noch in allen Zahlstellen aufgenommen.
Werbet
Mitglieder
für die
Abend-
abteilungen

Freitag:
Gastkarten
a 1 Mark
auch in beiden Theatern beim
Obmann abends 7
bis 8 Uhr.

Sonntag, den 12. Januar, nachm. 3 Uhr:
Berliner Theater 17./18. Abteilung:
Ledige Leute.
Neues Schauspielhaus 2./3. Abteilung:
Phigene auf Tauris.

26. Kunstabend im Rathaus:
Montag, den 20. Januar, 8 1/2 Uhr:
Deutsche Romantik.
Einlaßkarten a 30 Pf. nur noch in den Zahlstellen zu haben.
Wagner-Feier
Sonabend, den 15. Februar, im Mozart-Saal.
2102*

Theater an der Spree

Köpenickerstr. 65, dicht am
Bahnhof Jannowitzbrücke
Täglich 8 Uhr:
Hokuspokus
Neue Ballett-Posse m. Gesang
u. Tanz von Louis Herrmann.
Neu! Neu!
Auf schriftl. od. teleph. Bestell.
(IV. 2535) werden 4. Billets in
Berlin s. schill. ororien gegen
Nachn. (ohne jede Preiserhöhd.)
in die Wohnungen geschickt!
Das größte
Zugutück der Saison!

Apollo Theater

Das Programm der Attraktionen
und Novitäten.
Abends 8 Uhr:
La belle Alexia, die Königin
des Tanzes.
Walzerwahn von Mary u. Alfred
Marquard.
Hymack
Der Mann mit den Handflächen.
Siegwart Genies in seinem
Stück: **Die Opernprobe.**
Die 3 goldenen Jungfrauen.

W. Noacks Theater

Direktion: Rob. All. Baumstr. 16.
Der größte Erfolg der Saison.
In der Irre.
Schauspiel u. d. gleichn. Morgenpost.
Roman.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Ehren- und Vorzugsstellen gütig!
Donnerstag: **Geld und Rame.**
Trionon-Theater. Anfang
8 Uhr.
Fräulein Josette — meine Frau.
Sonntag nachm. Coprienne.

Dernhard Rose Theater

Or. Jannowitzstr. 132.
Der
Hüttenbesitzer.
Anfang 8 Uhr. — Boderstagdreife.
Mittwoch Ensemble. Gastspiel des
Zentral-Theaters: Die Wölfe.
Donnerstag: Die Verlobung im
Zeit. Die oberen Rechten.

Fabrikniederlage

Vert.: Udo Staugenberg, Amt 4
Zigaretten u. Tabak en gros. 9460.
49 Verkaufsstellen in Berlin und Vororten.

Tabakarbeiter-Genossenschaft Hamburg

empfiehlt ihre
anerkannt
vorzüglichen
Qualitätszigarren.

Metropol-Theater

Anfang präkise 8 Uhr.
Das muß man seh'n!!!
 Gr. Revue in 4 Akten (12 Bildern) von J. Freund. Musik von Viktor Hollaender. In Szene gesetzt von Direktor Richard Schultz.
G. Thielscher, F. Massary, B. Darmand, Bender, Giampietro, Josephi etc.
 Rauchen gestattet.
Sonntag, den 12. Januar,
 nachmittags 3 Uhr:
Die Herrn von Maxim.

WINTERGARTEN

Neues Programm.
Ruth St. Vincent
 Gesangskünstlerin.
Kaufmann-Truppe
 reizende Radfahrkünstlerinnen.
Der Affe als Kapellmeister.
Robert Steidl
 der beliebte Humorist, und viele andere
 erstklassige Spezialitäten.

Passage-Theater.
 Abends 8 Uhr:
Die Tochter des Herodias.
Cavaliere Giroto
 The 6 Idols.
Rudolf Mälzer.
Die singenden Engelsköpfe.

Palast-Theater
 Burgstraße 24.
 Heute 8 Uhr
 Entree 20 Pf.
 Der Januar-Spielplan.
Les 4 Orans.
Paul Richard.
Manöverliebe.
 Serie.

Fröbel's Allerlei-Theater
 Schönhauser Allee 148.
 Dienstag, den 7. Januar 1908:
Gastspiel des Bernh. Rose-Theaters.
Liane, die zweite Frau.
 Schauspiel in 5 Akten nach d. gleichnamigen Erzählungen v. G. Harfitt i. d. Gartenlaube u. P. Blumenreich.
 Kaffeeöffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.

Gebr. Herrnfeld-Theater.
 57 Kommandantenstraße Nr. 57.
 Anf. 8 Uhr. Vorverkauf 11-2 Uhr.
 Die von der gesamten Presse als erfolgreichster Schläger bezeichnete Novität:
Papa und Genossen
 Komödie in 2 Akten m. d. Autoren Anton und Donat Herrnfeld in den Hauptrollen.
 Vorher:
Madame Wig-Wag.
 Morgen: Dieselbe Vorstellung Sonntag nachm. 3 Uhr: **Die Mayerhain.**

Theater
Folies Caprice
 Linienstr. 132, Ecke Friedrichstraße.
 Berlin's Tagesgespräch!
Mal was Anderes.
 Revue in 3 Bildern.
Dunkle Punkte.
 Eine anständige Frau.
 Anfang 8 Uhr.
Kajino-Theater.
 Zoffingerstr. 37. Täglich 8 Uhr:
Ueber 2 Monat total ausverkauft.
 Nur noch kurze Zeit!
Biederleute.
 Sonntag 4 Uhr: **Rick Carter.**

Walhalla-Variete-Theater
 Weinbergsweg 19/20, Rosenth. Tor
 Abends 8 Uhr:
Das große Programm.
 Die erste Sensation im neuen Jahr:
Der Kraftjongleur Acosta.
14 elektrische Sterne
 musikalisch Ausstattung.
Mestrum, Romifer.
 Prolongiert 1 Prolongiert 1
12 Akrobaten Lorch 12.
46 Varietékünstler.
 Lunnet: Regimentskapelle, Tiroler
 Theaterbesuchern freier Eintritt

Parodie-Theater.
 Dreßdenerstr. 97. Anfang 8 Uhr.
Vorsicht Woche.
 Zum 62. Male:
Zapfenreich.
Tannhäuser.
Monna Vanna.

Sanssouci
 Kottbuser Straße 6
 Direktion: Wilhelm Reimer.
 Heute Dienstag:
1. Große Spezialitäten-Vorstellung.
 Glanznummern!!
 Erstklassige Künstler:
Tanz-Kränzchen.
 Sonntag Beginn 8 Uhr.
 Sonntag 8 Uhr.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sängers.
 Anfang: Hochentags 8 Uhr.
 Sonntag 7 Uhr.

Borussia Variete-Theater und Festsäle
 Inh.: J. Leschkowski.
 Ackerstraße 6-7.
 Täglich:
 Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
 Auftrot. v. 15 Künstler-Spezialist.

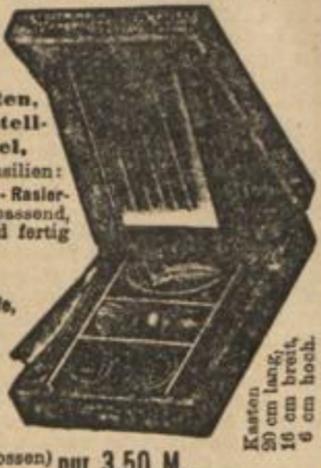
Buggenhagen
 Moritzplatz
 im Theateraal täglich
Albert Böhme
 und das
großartige Januar-Programm.
 Entree 50 Pf. Vorverkauf 40 Pf.
 Im unteren Konzertsaal täglich
 die allerersten Militärkapellen: Beder, Orgemann, Götlich, Weumann, Offener, Lütlich.

F. Happoldts
 Neuer Konzertsaal.
 Hasenheide (Eingang Gräfestraße)
 Haltehalle Friedrichstraße.
 Dienstag: 1. Lustiger Abend.
 Mittwoch: Kunstabend. Donnerstag:
 2. Lustiger Abend mit
 Heberaufzügen. Sonntag:
 2 Konzerte. (Mittag Walzer.)

Hygienische
 Bedarfsartikel. Neues Katalog
 M. Empfehlung A. A. Prof. grad. auf
 H. Vager, Gummiwarenfabrik
 Berlin NW. - Friedrichstraße 91/92

Dr. Simmel
 Spezial-Arzt
 für Haut- und Harnleiden.
 Prinzenstr. 41, Moritzplatz,
 10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4

Anerkannt sehr leistungsfähig ist die Welt-Firma
Gebrüder Rauh Gräfrath
 bei Solingen
 Stahlwarenfabrik. Versandhaus I. Ranges.
 Alleinige Fabrikanten der berühmten Marke „BRILLANT“
 Solinger Stahlwaren
30 Tage zur Probe!
Rasier-Garnituren „Colonia“
 No. 2210. Unübertroffen
 „praktisch u. billig.“
 Fein polierter Holzkasten,
 verschließbar, mit verstellbarem Rasier-Spiegel,
 enthaltend sämtl. Rasier-Utensilien:
 1. Ein hochfeines Silberstahl-Rasiermesser für jeden Bart passend, fein hohl geschliffen und fertig zum Gebrauch,
 2. einen guten Strichriemen,
 3. eine Dose Schärftmasse,
 4. eine Dose antisept. Rasierseife,
 5. einen Rasierpinsel,
 6. einen vernickelten Rasiernapf.
Alles zusammen nur 3 M.
 No. 2211. Dieselbe Garnitur, aber Rasiermesser mit Schutzvorrichtung für Ungeübte (Verletzung ausgeschlossen) mit Anleitung, nur 3,50 M.
Haarschneidemaschine „Perfekt“ No. 264
 mit zwei Aufschiebekämmen für 3, 7 und 10 mm Haarlänge mit Gebrauchsanweisung, wonach jedermann sofort Haare schneiden kann, nur 4,30 M.
Haarschneidemaschine „Symbol“ No. 264 1/2
 Leichtere Ausführung nur 3,50 M.
Aufträge von 15 M. an erfolgen portofrei innerhalb Deutschlands u. Oesterreich-Ungarns.
Versand unter Nachnahme oder gegen Vorauszahlung des Betrages.
Garantieschein: Nichtgefallende Waren tauschen wir bereitwilligst um oder zahlen Betrag zurück.
Umsonst und portofrei ohne Kaufwunsch versenden wir auf Wunsch an jedermann unseren großen illustrierten **Pracht-Katalog** ca. 6000 Gegenstände enthaltend und zwar: Alle Arten Solinger Stahlwaren, Haus- und Küchengeräte, Werkzeuge, Luxus- u. Geschenkartikel, Waffen, opt. Waren, Bijouterie, Gold- und Silberwaren, Uhren, Lederwaren, Pfeifen, Zigarren, Stöcke, Schirme, Musikinstrumente, Kinderspielwaren und viele andere Artikel in größter Auswahl.
 Wir bemerken, daß nur elegante, gediegene und preiswürdige Ware zum Versand kommt.
 Ueber 5000 lebende Anerkennungs-schreiben bestätigen Güte und Qualität unserer Waren.
 Bei Sammel-Aufträgen Extra-Vergünstigungen.



Dr. Schünemann
 Spezial-Strg für 14762
Haut- und Harnleiden, Frauenkrankheiten.
 Friedrichstr. 203, Ecke Schützenstr.
 10-2, 5-7, Sonnt. 10-12 Uhr.

Hygienische Bedarfsartikel.
 Gummiwaren, 10000 Anerk. V. Prof. u. Aerz. empf. bill.
 Apoth. S. Schweitzers Fab. hyg. Präp., Berlin O., Holzmarktstr. 69-70. Off. verlang

Erfindungen
 faust oder feingliedert. Offerten unter P. 8063 an Haasenstein & Vogler A.-G., Frankfurt a. M.

Bilz
 Sinalorium
 Dr. G. H. H. Bilz
 Lösung: Herr. m. d. Laga. nach. Nizza. Prospekt frei.
 Winter-Kuren
 Bilz Naturheil- u. H. H. Mollath verp.
 2-jährige Kuren können bei Bilz Naturheil- u. H. H. Mollath verp. 1130 Zeit. ca. 200 Abbild. u. 100 Texte.
 In hundert Jahren

Zur Aufklärung!
 Dr. Schmeißer's Saucen-Würfel dient nicht, wie vielfach irrtümlich angenommen wird, als Zusatz oder Verbesserung für fertige Saucen, sondern zur ursprünglichen Herstellung derselben ohne irgend welche weitere Zusatz. Heberall zu haben. 5892
 M. Schmeißer's Nahrungsmittel-Fabrik, G. m. b. H., Leipzig, Filiale Berlin, Oranienburgerstr. 17. Amt IIIa 4729.



Arbeiter-Bildungsschule Berlin.
 Schullokal: Grenadierstr. 37, Hof geradezu 1 Tr.
Lehrplan für das 1. Quartal 1908.

Montag: Naturerkenntnis.
 Die chemischen Elemente. Atom- und Elektronen-Theorie. Die Radioaktivität. Die Formen und die Erhaltung der Energie. Die Gravitationsgesetze. Das Weltall. Die Nebular-Hypothese. Sonne, Planeten und Fixsterne. Die Erde im Weltraum. Der Mond. Die Entwicklung der Erdoberfläche. Die Erdzeitalter. Das Lebensproblem und die Entwicklung der Lebewesen. Der Darwinismus. Die Abstammung des Menschen. Die Urzeit des Menschen.
 Vortragender: Emanuel Wurm.

Montag: Nationalökonomie (Einführung in die Nationalökonomie II.)
 Das geschichtliche Eingreifen des Kapitals in die Produktionsbedingungen. Der Charakter der Wirtschaftsgeschichte seit dem Ausgang des Mittelalters. Die Entwicklung der mittelalterlichen Produktionsweise über Kooperation und Manufaktur hinweg bis zur großen Industrie der Gegenwart. Der Einfluß dieser geschichtlichen Umwälzungen auf die Lage der Arbeiterklasse.
 Vortragender: Julian Borchardt. Dieser Kursus findet in Tempelhof bei Mokuly, Berlinerstr. 9, statt.

Montag: Geschichte (Die neueste deutsche Geschichte, die Geschichte der deutschen Sozialdemokratie)
 Die fünfziger Jahre. Marx und Engels. Lassalle. Der preussische Verfassungstreit. Krieg und Wahlrecht. Die Gründung des Deutschen Reiches. Millardensagen. Lassalleaner und Eisenacher. Das Sozialistengesetz. Nach dem Sozialistengesetz.
 Vortragender: Heinrich Schulz. (Dieser Kursus findet in Steglitz bei Schellhase, Ahornstr. 15a, statt.)

Dienstag: Rednerschule.
 1. Wiederholung: Die Bedeutung und Notwendigkeit der freien Rede. Die Grenzen der natürlichen Beredsamkeit. Die Redekunst. Die Rede nach Form und Inhalt. Dispositionslehre. 2. Technische Hilfsmittel: Die Registratur. Die Nachschlageliteratur. Das Manuskript. 3. Praktische Übungen im Reden und Diskutieren.
 Vortragender: Max Grunwald.
 Die Teilnehmer dieses Kursus, die den wegen Krankheit des Lehrers unterbrochenen Kursus des letzten Quartals belegt hatten, zahlen nur 50 Pf. nach. Für Neueintretende, wie üblich, 1 M.

Mittwoch: Gesetzeskunde (Die Entwicklung des deutschen Rechts.)
 I. Bis zur Schwelle der Neuzeit. 1. Wesen und Entstehung des Rechts. Privatrecht und öffentliches Recht. Triebkräfte der Entwicklung: Soziale Organisation und Gewalt. Wirtschaft und Recht. 2. Die Rechtsverhältnisse der alten Germanen. a) Sippe und Volk, b) Gemeingut und Privateigentum, c) die Stände, Staat und Monarchie, d) das Strafrecht. 3. Die germanischen Reiche. Grundherrschaft und Hörigkeit. Das Volkengericht. Die Stellung der Kirche im Frankenreich. 4. Die Ausbildung des Feudalsystems. Das deutsche Königtum. Die Rechtebücher. 5. Der Bauernstand. Freie Bauern und Hörige. Herrenrecht und Volksrecht. 6. Das Städtewesen. Wirtschaftliche Grundlagen. Schutz und Rechtsbildung. Die Leistungen der genossenschaftlichen Organisation. Die Städtebünde. Städtische Verfassungskämpfe. Gilden und Zünfte. 7. Die Gesellenverbände. Die unehrlichen Leute. Die Rechtstellung des Proletariats. 8. Die Kirche und das Kirchenrecht. Das Zinsverbot. Die Juden. 9. Das Strafrecht. Von der Buße zur Folter. Die Ketzerverfolgung. Das Femgericht. 10. Kaisertum und Landesfürst. Die Kurfürsten. Der Reichstag. Der Landfriede. Die Kreisenteilung. Die Landstände. 11. Der Niedergang des Bauernstandes und der Volksfreiheit. Der Sieg des Fürstentums. Das römische Recht. 12. Kirchenrevolution und Bauernkriege. Die Niederlage des deutschen Volkes.
 Vortragender: Simon Katzenstein.

Donnerstag: Nationalökonomie (Einführung in die theoretische Nationalökonomie. Zweiter Teil).
 1. Wiederholung: Kapitalistische Wirtschaftsordnung. Ware, Gebrauchswert, Tauschwert, Geld, Preis. 2. Die Verwandlung von Geld in Kapital. 3. Die Erscheinungsformen des Kapitals. 4. Mehrwert. 5. Arbeitskraft, Arbeitslohn. 6. Die Entwicklungstendenzen der kapitalistischen Weltwirtschaft.
 Vortragender: Max Grunwald.
 Auch hier gelten dieselben Bedingungen wie für den Dienstag-Kursus in Redeübung.

Freitag: Literaturgeschichte (Von der Revolutionsdichtung bis zur neuesten Zeit.)
 Berthold Auerbach. Friedrich Bodenstedt. Christian Grabbe. Friedrich Hebbel. Otto Ludwig. Viktor v. Scheffel. Annette v. Droste-Hülshoff. Emanuel Geibel. Julius Wolff. Gottfried Keller. Konrad Ferdinand Meyer. Wilhelm Raabe.
 Vortragender: Frau Regina Ruben.

Sonntag: Geschichte (Moderne Kolonialgeschichte.)
 1. Die Spanier in der neuen Welt. 2. Ostindien und die Portugiesen. 3. Niederländische Kolonialpolitik. 4. Die Anfänge der englischen Kolonialpolitik. 5. England und Amerika. 6. Die Engländer in Ostindien. 7. Französische Kolonialgeschichte. 8. Englische Kolonialgeschichte im 19. Jahrhundert. 9. China und die Großmächte. 10. Deutsche Kolonialgeschichte.
 Vortragender: Dr. A. Conrad.

In Berlin beginnt der Unterricht in Naturerkenntnis:
 Montag, den 20. Januar; Rednerschule: Dienstag, den 21. Januar; Gesetzeskunde: Mittwoch, den 22. Januar; Nationalökonomie: Donnerstag, den 23. Januar; Literaturgeschichte: Freitag, den 24. Januar; Geschichte: Sonnabend, den 25. Januar; Geschichte in Steglitz: Montag, den 26. Januar; Nationalökonomie in Tempelhof: Montag, den 26. Januar.

Jeder Kursus erstreckt sich auf zehn Abende und beginnt pünktlich um 9 Uhr und endet pünktlich um 11 Uhr. Die reichhaltige Bibliothek ist an diesen Abenden von 8-9 Uhr geöffnet.
 Der Mitgliedsbeitrag beträgt pro Monat 25 Pf.; das Unterrichtsgeld für jedes Fach beträgt pro Kursus 1 Mark und ist spätestens am zweiten Abend zu zahlen.
 Die Aufnahme neuer Mitglieder und Schüler erfolgt am besten bei Beginn jedes Kursus im Schullokal Grenadierstraße 37, Hof geradezu 1 Treppe, und in nachstehenden Zahlstellen: Gottfr. Schulz, Admiralstr. 40a; Reul, Barnimstr. 42; Vogel, Lortzingstr. 37; Fahren, Ravenstr. 6; Horsch, Engelufer 15; Schellhase, Steglitz, Ahornstr. 15a.
 Alle Zuschriften sind an den Vorsitzenden Otto Geithner, Berlin NO. 18, Friedenstraße 70 III, rechts Goldsendungen an den Kassierer H. Königs, Berlin S. 59, Hasenheide 56, zu senden.
 Der Vorstand.

Engelhardt-Malzbier das beliebteste, überall käuflich.
 Preis 10 Pf. pro Flasche.
Brauerei Ernst Engelhardt Nachf., Pankow.
 Größte Malzbier-Brauerei Deutschlands.

Bruch-Pollmann
 empfiehlt sein Lager in Bruchbänden, Leihbüchern, Gradedhalten, Spritzen, Suspensorien sowie sämtliche Artikel zur Krankenpflege. Eigens Werkstatt. Dieser f. Ort- u. Hülf-Krankenfällen.
 Berlin N., 1469.
 jeh Lothringer Straße 60.

Robert Hecht,
 Berlin S.,
 Oranienstr. 142.
 liefert schnell und billig alle Arten
Stempel
 in bester Ausführung.
 Kautschuk-Typen, Perforations- und Zusammenlegen einzelner Blätter sowie ganzer Ede von 1,50 M. an